



# Konjunktur aktuell

4/2020

16. Dezember 2020, 8. Jahrgang

Arbeitskreis Konjunktur des IWH **s. 103**

## Neue Pandemiewelle verzögert konjunkturelle Erholung in Deutschland

Während die Weltwirtschaft zweigeteilt ist – die Wirtschaft in Ostasien und in den großen Schwellenländern hat sich zügig erholt, für Nordamerika und Europa ist mit einem schwachen Winterhalbjahr zu rechnen –, lässt der Shutdown die Produktion in Deutschland zum Jahresende zurückgehen. Nach Lockerung der Infektionsschutzmaßnahmen, dank Impfkampagnen und milder Witterung dürfte die Erholung ab dem Frühjahr langsam wieder in Gang kommen. Im Jahr 2021 wird das BIP um 4,4% zunehmen, nach einem Rückgang um 5% im Jahr 2020. In Ostdeutschland fällt sowohl der Rückgang als auch der Wiederanstieg deutlich geringer aus.

## Inhaltsverzeichnis

- 103** Konjunktur aktuell: Neue Pandemiewelle verzögert konjunkturelle Erholung in Deutschland  
Arbeitskreis Konjunktur des IWH
- 150** Hohes öffentliches Defizit nicht nur wegen Corona – Mittelfristige Handlungsmöglichkeiten für den Staat  
Andrej Drygalla, Katja Heinisch, Oliver Holtemöller, Axel Lindner, Matthias Wieschemeyer, Götz Zeddies

# Konjunktur aktuell: Neue Pandemiewelle verzögert konjunkturelle Erholung in Deutschland\*

Arbeitskreis Konjunktur des IWH<sup>1</sup>

## Zusammenfassung

Am Ende des Jahres 2020 ist die internationale Konjunktur zweigeteilt: Während sich die Wirtschaft in Ostasien weiter zügig von ihrem pandemiebedingten Einbruch im Frühjahr erholt, ist für Nordamerika und für weite Teile Europas mit einem schwachen Winterhalbjahr zu rechnen. Vor allem in Europa dürften die erneute Ausbreitung der Pandemie und die Einschränkungen im Bereich der persönlichen Dienstleistungen zu Produktionsrückgängen führen. Für den Frühsommer ist witterungsbedingt mit einem Abflauen der Pandemie in der nördlichen Hemisphäre zu rechnen. Für die Zeit ab Mitte 2021 wird in dieser Prognose angenommen, dass es in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften mit dem Einsatz von Impfstoffen nach und nach gelingt, die Pandemie unter Kontrolle zu bringen. Die Produktion dürfte dann auch in Europa und in den USA recht kräftig expandieren.

In Deutschland wird der jüngst beschlossene Shutdown die Produktion schrumpfen lassen, freilich in deutlich geringerem Maß als im Frühjahr. Denn der Rückgang dürfte im Wesentlichen auf die besonders betroffenen Dienstleistungsbranchen beschränkt bleiben. Das Verarbeitende Gewerbe profitiert dagegen weiter von der Erholung der Weltwirtschaft. Im ersten Quartal 2021 überlagern die positiven Effekte einer schrittweisen Lockerung des Shutdowns den Dämpfer auf den privaten Konsum durch das Auslaufen der befristeten Mehrwertsteuersenkung. Für die Zeit ab Sommer 2021 wird angenommen, dass sich das Pandemiegeschehen mit fortschreitender Impfung weiter Teile der Bevölkerung stetig verringert. Auch die Wirtschaft normalisiert sich dann wieder, was mit recht kräftigen Zuwachsraten von privatem Konsum und Investitionen einhergeht. Das Hauptrisiko für die Konjunktur ist die Ungewissheit, ob Impfungen die Pandemie in den kommenden Quartalen tatsächlich beenden werden. Zudem könnte die derzeitige Pandemiewelle die für den Export wichtige Nachfrage aus dem europäischen Ausland einbrechen lassen. Gefährdet ist auch das Güterangebot in Deutschland. Lieferketten könnten durch Produktionsausfälle in einzelnen Betrieben reißen, etwa krankheitsbedingt oder weil die Schließung von Kindertagesstätten und Schulen manche Arbeitnehmer zwingt, ihre Arbeit zu verlassen, um Kinder zu betreuen.

## Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2020 bis 2022

	2019	2020	2021	2022
	Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in %			
Deutschland	0,6	-5,0	4,4	3,2
darunter: Ostdeutschland <sup>1</sup>	1,3	-2,8	3,6	2,4
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Arbeitsvolumen	0,6	-4,3	2,0	1,5
Tariflöhne je Stunde	3,2	2,5	1,6	2,4
Effektivlöhne je Stunde	3,1	3,0	-0,4	1,7
Lohnstückkosten <sup>2</sup>	3,2	4,3	-2,7	0,4
Verbraucherpreisindex	1,4	0,5	1,2	1,4
	in 1 000 Personen			
Erwerbstätige (Inland)	45 269	44 822	44 857	45 282
Arbeitslose <sup>3</sup>	2 267	2 698	2 666	2 464
	in %			
Arbeitslosenquote <sup>4</sup>	5,0	5,9	5,8	5,4
darunter: Ostdeutschland <sup>1</sup>	6,4	7,3	7,2	6,7
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Finanzierungssaldo des Staates	1,5	-5,1	-4,3	-1,8
Leistungsbilanzsaldo	7,1	6,1	5,3	6,7

<sup>1</sup> Ostdeutschland einschließlich Berlin. – <sup>2</sup> Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – <sup>3</sup> Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – <sup>4</sup> Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2020: Prognose des IWH (Stand: 16.12.2020).

\* Dieser Beitrag wurde als [IWH-Pressemitteilung 26/2020](#) am 16. Dezember 2020 veröffentlicht.

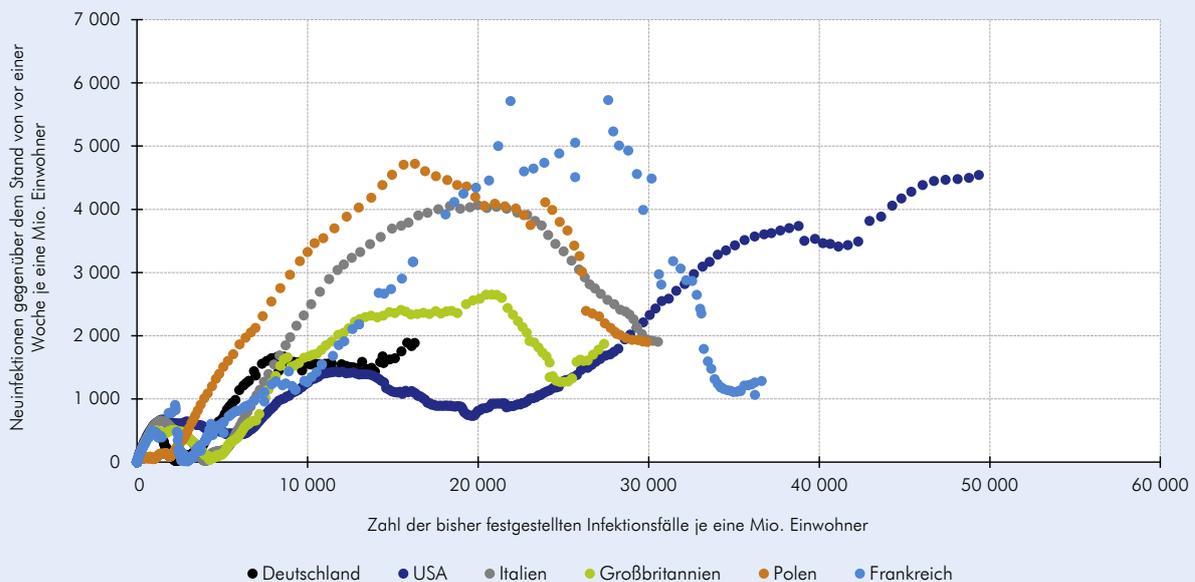
<sup>1</sup> Brautzsch, Hans-Ulrich; Claudio, João Carlos; Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Lindner, Axel; Müller, Isabella; Schultz, Birgit; Staffa, Ruben; Wieschemeyer, Matthias; Zeddies, Götz.

## Gute Chancen auf eine Erholung der Weltwirtschaft im Jahr 2021

Am Ende des Jahres 2020 ist die Konjunktur in den großen Wirtschaftsräumen der Welt zweigeteilt: Während sich die Wirtschaft in Ostasien und mit Abstrichen auch in großen Schwellenländern wie Indien und Brasilien weiter zügig von ihrem pandemiebedingten Einbruch im Frühjahr erholt, ist für Nordamerika und für weite Teile Europas mit einem schwachen Winterhalbjahr zu rechnen. Vor allem in Europa dürften die erneute Ausbreitung der Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen im Bereich der persönlichen Dienstleistungen zu deutlichen Produktionsrückgängen führen.

Nahezu überall in Europa sind mit dem Einsetzen der kühleren Witterung die Infektionszahlen, die im Sommer stark zurückgegangen waren, rasant gestiegen, und zwar anders als im Frühjahr auch in Mitteleuropa. Die Restriktionen zum Zweck der Infektionsvermeidung wurden verschärft.<sup>2</sup> Dabei wurden in den großen Nachbarländern Deutschlands entsprechend der zunächst größeren Infektionsdynamik einschneidendere Maßnahmen ergriffen als hierzulande. Dass mittlerweile in Großbritannien, Frankreich und Italien die Infektionshäufigkeit nicht mehr höher als in Deutschland ist, zeigt Abbildung 1. Jeder Punkt stellt für ein bestimmtes Land und einen Tag zwischen Ende Januar und Mitte Dezember 2020 die Kombination aus der Zahl der bis dahin bestätigten Covid-19-Infektionen je eine Million Personen und der Zahl der Neuinfektionen gegenüber dem Stand von einer Woche zuvor dar. Noch deutlich höher als in Europa sind die Infektionszahlen in den USA, der Anstieg gegenüber dem Sommer ist aber weniger drastisch, was zum Teil erklärt, dass die Eindämmungsmaßnahmen dort insgesamt bisher nicht wesentlich verschärft wurden.<sup>3</sup> Ganz anders ist die Lage in Ostasien, wo es schon im Frühjahr gelang, die Pandemie unter Kontrolle zu bringen.

**Abbildung 1**  
 Neuinfektionen und Gesamtzahl der Infektionsfälle relativ zur Bevölkerung  
 Tagesdaten vom 29.01.2020 bis 13.12.2020



Quellen: Johns Hopkins University; Berechnungen des IWH.

In China hat die gesamtwirtschaftliche Produktion ihr Niveau von vor der Pandemie (also von Ende 2019) bereits wieder übertroffen. Weltweit konnten im dritten Quartal vom Produktionsrückgang um fast 10% annähernd 8 Prozentpunkte wieder aufgeholt werden (vgl. Abbildung 2). Rasch erholen sich vor allem die Industrieproduktion und

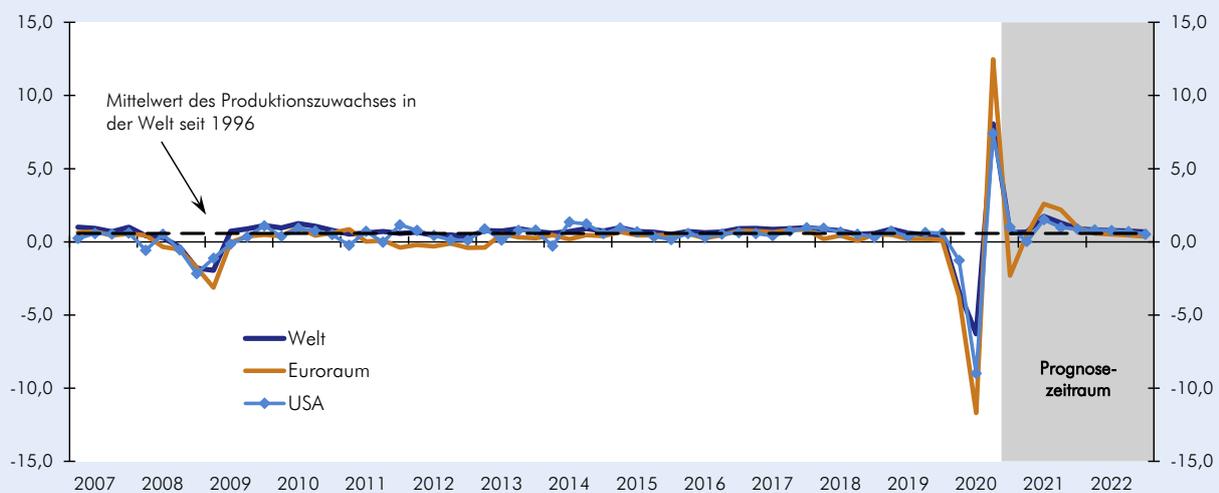
<sup>2</sup> Die Menschen haben aber auch von sich aus ihre Mobilität eingeschränkt. Indikatoren, die seit Pandemiebeginn von Apple und Google veröffentlicht werden, zeigen für den Herbst neben einem sprunghaften Rückgang aufgrund neuer Restriktionen auch stetiges Sinken der Personen-Mobilität. Vgl. etwa <https://www.apple.com/covid19/mobility>.

<sup>3</sup> Zudem sind die wöchentlichen Sterbezahlen relativ zur Bevölkerung in den USA trotz dichteren Infektionsgeschehens gegenwärtig kaum höher als in Deutschland; hier dürfte eine Rolle spielen, dass die US-Bevölkerung im Schnitt jünger ist.

der internationale Warenhandel, der im September nur noch wenig unter seinem Niveau von Ende vergangenen Jahres lag. Die weltweit hohe Nachfrage nach vor allem in China produzierten Industriegütern führt gegenwärtig sogar zu erheblichen Engpässen beim Seetransport. Dagegen sind Dienstleistungen, die mit viel Personenkontakt einhergehen, zumal im touristischen Bereich, weiter in der Krise. Aber auch für die derzeitigen Krisenbranchen haben sich die Aussichten zuletzt aufgehellt. Nachrichten über erfolgreiche Zwischenergebnisse der Wirksamkeitsstudien von Impfstoffen haben im Lauf des Novembers Hoffnungen verstärkt, dass die Pandemie im späteren Verlauf des kommenden Jahres in vielen Ländern unter Kontrolle gebracht werden kann. Dies dürfte der wesentliche Grund dafür sein, dass Aktienkurse und Preise für Energie und Industrierohstoffe im November deutlich gestiegen sind. Aktien (gemessen am MSCI World-Index) und wichtige Industriemetalle sind damit gegenwärtig teurer als vor der Krise, Erdöl mit knapp 50 US-Dollar je Barrel (Brent) allerdings noch um ein Viertel billiger. Kaum Spuren hat die Pandemiekrise bis jetzt am schon seit längerer Zeit vielerorts deutlichen Anstieg der Immobilienpreise hinterlassen.

**Abbildung 2**  
Bruttoinlandsprodukt der Welt, der USA und des Euroraums

Vierteljährliche Zuwachsraten in %



Quellen: OECD; IWF; Eurostat; nationale Statistikämter; 2020 bis 2022: Schätzung und Prognose des IWH.

Die Aussichten konnten sich jüngst auch deshalb so deutlich verbessern, weil die allermeisten Volkswirtschaften dem historisch einmaligen Schock bisher bemerkenswert robust widerstanden haben. Zwar war der Produktionseinbruch im Frühjahr noch viel tiefer als der während der Finanzkrise 2008/2009 (vgl. Abbildung 2), und gerade viele einkommensschwache Haushalte haben durch die Pandemie deutliche Einkommenseinbußen erlitten. Finanzkrisen sind aber bisher ausgeblieben, obwohl Banken weltweit beträchtliche Wertberichtigungen vornehmen mussten, weil die Krise die Finanzkraft viele ihrer Schuldner geschwächt hat. Risikoprämien für festverzinsliche Wertpapiere von Emittenten, sei es Unternehmen oder Staaten, denen eine eher niedrige Bonität zugesprochen wird, haben sich im Frühjahr nur vorübergehend erhöht. Die Renditen solcher Wertpapiere sind am Ende des Jahres 2020 sogar zumeist deutlich niedriger als zu Jahresanfang.

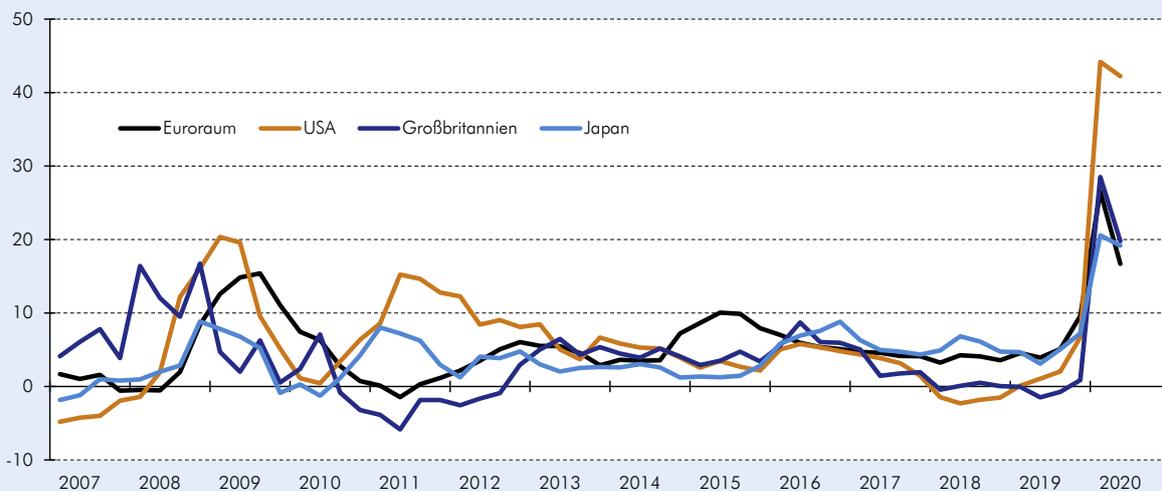
Was die Weltwirtschaft in der Krise stabil gehalten hat, ist wohl vor allem zweierlei: Zum einen hat auch vor dem erfolgreichen Abschluss der Impfstudien die Vorstellung geherrscht, dass es in naher Zukunft gelingen wird, die Pandemie und damit die Ursache der Krise zu beseitigen, und dass es nur darum geht, die Zeit bis dahin möglichst wenig beschädigt zu überstehen. Deshalb konnten die Banken in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften in großem Umfang Liquiditätskredite an die von Pandemie und Shutdown betroffenen Unternehmen vergeben, ohne selbst Vertrauen an den Kapitalmärkten zu verlieren. Zum anderen hat die Wirtschaftspolitik mit größtem Aufwand versucht, bleibende Schäden gering zu halten, etwa indem sie vielfach für Bankkredite Bürgschaften übernahm. Auch haben Transferzahlungen des Staates an von der Krise betroffene Unternehmen und Haushalte Insolvenzen ein Stück weit verhindert und private Einkommen gestützt. So stiegen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in den USA vom ersten zum zweiten Quartal 2020 um 10%, obwohl die Produktion in diesem Zeitraum um 9% sank. In Großbritannien schrumpfte die Produktion um 19,8%, die Einkommen der privaten Haushalte aber nur um 3,3%. Die recht stabilen

Einkommen haben die Haushalte zusammen mit der teilweise erzwungenen Konsumzurückhaltung viel sparen lassen; in den USA ist die Sparquote im dritten Quartal trotz kräftiger Konsumzuwächse gegenüber dem Frühjahr mit 16% noch gut doppelt so hoch wie im Jahr zuvor. Weniger in den USA, aber in den größeren Ländern der Europäischen Union, in Großbritannien und in Japan sind die Transfers so ausgestaltet, dass der Anreiz besteht, Beschäftigungsverhältnisse aufrecht zu erhalten. Überall schlagen sich die massiven Stützungsmaßnahmen im Jahr 2020 in Defizitquoten nieder, die in Friedenszeiten beispiellos sind. Unter den G7-Volkswirtschaften dürfte nur für Deutschland das gesamtstaatliche Defizit im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt mit 5,1% deutlich unter der 10%-Marke bleiben, für die USA ist mit einer Quote von über 18%, für Großbritannien von mehr als 16% und für Japan von mehr als 10% zu rechnen. Im Jahr 2021 dürften die Defizitquoten vor allem aufgrund der konjunkturellen Erholung und des Auslaufens vieler Hilfsprogramme deutlich niedriger liegen, aber immer noch erheblich sein.

Der sprunghafte Anstieg der öffentlichen Defizite in den meisten Ländern hat an den Finanzmärkten bislang offensichtlich zu keinen Zweifeln an der Schuldentragfähigkeit geführt, vielmehr sind die Renditen für Staatstitel in der Krise gesunken. Ausschlaggebend war dafür die expansive Geldpolitik der Zentralbanken. Gegenwärtig liegen die Leitzinsen in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften bei null, und die Notenbanken geben zu verstehen, dass auf absehbare Zeit mit keinen Erhöhungen zu rechnen ist. Zudem kaufen die Notenbanken, auch in etlichen Schwellenländern, in großem Umfang längerfristige Wertpapiere, um auch deren Renditen niedrig zu halten. Besonders stark sind die Zinsen am kurzen wie auch am langen Ende in den USA gesunken; rentierten 10-jährige US-Staatstitel zu Beginn des Jahres noch mit 1,8%, sind es (trotz leichten Anstiegs im November) gegenwärtig nur 0,9%. Das ist wohl der Hauptgrund dafür, dass der US-Dollar gegenüber den meisten Währungen seit April 2020 im Lauf des Jahres abgewertet hat, gegenüber dem Euro um etwa 10% und real effektiv um 6%.

**Abbildung 3**  
Reale Geldmenge M1

Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in %



Quellen: Federal Reserve Board; Bank of England; Bank von Japan; Europäische Zentralbank; US Bureau of Economic Analysis; Office for National Statistics, UK; Cabinet Office, Japan; Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Geldpolitik kann auch deshalb so expansiv sein, weil die Pandemie-Krise die Dynamik der gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften (bei starken Bewegungen der relativen Preise) insgesamt bislang gedämpft hat. Die Kernrate der Verbraucherpreisinflation lag im November in den USA bei 1,6%, im Euroraum bei 0,4% und im Oktober in Japan bei -0,2%. Allerdings haben die Kaufprogramme der Zentralbanken zusammen mit der privaten Kreditexpansion die Geldmengen bemerkenswert stark steigen lassen. So ist M1, also der Bargeldumlauf außerhalb des Bankensystems zuzüglich der Sichteinlagen von Nichtbanken, in der jetzigen Krise viel schneller gestiegen ist als während der Finanzkrise (vgl. Abbildung 3). Gegenwärtig benötigen von der Pandemie betroffene Unternehmen und Haushalte viel Liquidität, während die Zentralbanken damals den angeschlagenen Finanzsektor durch

eine breitere Geldbasis stabilisierten. Dass die damalige Politik nicht zu hoher Inflation führte, sagt wenig über mittelfristige Inflationsgefahren in der Gegenwart, denn der steile Anstieg der Geldmenge M1 kann im Fall eines weltweiten Aufschwungs viel direkter auf die Realwirtschaft und Güterpreise wirken als die Geldbasis.

Allerdings nimmt die neuerliche Pandemiewelle der Weltkonjunktur im Winterhalbjahr erst einmal ihren Schwung. Im Schlussquartal 2020 wird die Produktion in Europa sogar wohl wieder sinken, im ersten Quartal 2021 dürfte es pandemiebedingt in den USA zu einer Stagnation des Bruttoinlandsprodukts kommen. Der Einbruch fällt damit aber deutlich schwächer aus als im Frühjahr 2020, denn er wird sich im Wesentlichen auf Dienstleistungen beschränken, die mit physischen Kontakten einhergehen. Auch in den Schwellenländern mit hohen Infektionszahlen wie Mexiko oder Russland dürfte die Konjunktur im Winterhalbjahr schwach bleiben. Aufwärts gerichtet ist dagegen die Konjunktur in Indien und Indonesien, Ländern mit relativ zur Bevölkerungsgröße viel niedrigeren Infektionszahlen, und in Brasilien, wo sich die Pandemie im Sommer deutlich schneller verbreitete als gegenwärtig. In Ostasien dürfte die Pandemie unter Kontrolle bleiben und die zügige Erholung auch im Winterhalbjahr anhalten. Für den Frühsommer ist witterungsbedingt mit einem Abflauen der Pandemie in der nördlichen Hemisphäre zu rechnen. Für die Zeit ab Mitte 2021 wird in dieser Prognose angenommen, dass es in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften mit dem Einsatz von Impfstoffen aufgrund ihrer im Allgemeinen leistungsfähigen Gesundheitssysteme nach und nach gelingt, die Pandemie unter Kontrolle zu bringen.

**Tabelle 1****Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt**

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022
Europa	28,5	1,5	-6,6	4,5	3,7	2,1	1,2	1,5	1,8				
EU 27	20,2	1,6	-6,8	4,5	3,8	1,4	0,6	0,9	1,4	6,8	7,2	7,7	7,1
Großbritannien	3,7	1,3	-11,0	5,2	4,8	1,8	0,9	1,3	1,6	3,8	4,7	7,0	6,0
Schweiz	0,9	1,2	-3,3	3,5	2,2	0,4	-0,7	0,3	0,4	2,3	4,7	5,2	4,8
Norwegen	0,5	1,2	-1,5	3,6	2,0	2,2	1,3	2,0	2,0	3,7	4,7	4,9	4,5
Russland	2,2	1,3	-3,1	2,7	1,8	4,5	3,4	3,5	3,5				
Türkei	1,0	0,9	1,1	6,4	3,0	15,2	11,4	11,2	10,0				
Amerika	35,6	1,9	-4,3	4,1	3,3								
USA	27,7	2,2	-3,5	3,8	3,4	1,8	1,2	1,8	2,2	3,7	8,1	6,0	4,8
Kanada	2,2	1,7	-5,5	4,6	2,5	1,9	0,7	1,3	1,9	5,7	9,5	8,1	7,3
Lateinamerika <sup>3</sup>	5,7	0,6	-7,5	4,9	3,2								
Asien	35,9	4,3	-1,4	7,4	4,2								
Japan	6,6	0,7	-5,1	2,8	1,4	0,5	0,1	0,2	0,3	2,4	2,8	2,8	2,6
China ohne Hongkong	18,6	6,1	1,7	8,6	5,0								
Südkorea	2,1	2,0	-1,0	3,6	3,4	0,4	0,6	0,9	1,1	3,8	4,0	3,8	3,7
Indien	3,7	4,2	-7,1	14,6	6,5								
Ostasien ohne China <sup>4</sup>	4,9	3,3	-4,2	4,9	4,0								
Insgesamt <sup>5</sup>	100,0	2,6	-3,9	5,4	3,7								
fortgeschrittene Volkswirtschaften <sup>6</sup>	65,7	1,7	-5,0	4,0	3,3	1,5	0,8	1,3	1,6	4,8	6,6	6,3	5,5
Schwellenländer <sup>7</sup>	34,3	4,4	-1,7	7,9	4,6								
nachrichtlich:													
Exportgewicht <sup>8</sup>	–	2,3	-5,4	4,6	3,8								
gewichtet nach Kaufkraftparitäten <sup>9</sup>	–	2,9	-3,9	6,0	4,0								
Welthandel <sup>10</sup>	–	-0,4	-6,0	6,2	3,6								

<sup>1</sup> Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2019 in US-Dollar. – <sup>2</sup> Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2019. – <sup>3</sup> Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile. – <sup>4</sup> Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas). – <sup>5</sup> Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2019 in US-Dollar. – <sup>6</sup> EU 27, Großbritannien, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur. – <sup>7</sup> Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika. – <sup>8</sup> Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2019. – <sup>9</sup> Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, Oktober 2019. – <sup>10</sup> Realer Güterhandel. Wert für 2019 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; ab 2020: Prognose des IWH.

Die Produktion in Europa und in den USA dürfte dann recht kräftig expandieren, auch weil die privaten Haushalte wieder mehr konsumieren. Allerdings werden einige wirtschaftliche Aktivitäten wie der Tourismus, aber auch die für überregionales Wirtschaften schwer verzichtbare Mobilität von Arbeitskräften eingeschränkt bleiben.

In Ostasien dürfte sich die Konjunktur zu diesem Zeitpunkt allerdings schon wieder normalisiert haben, während südliche Schwellenländer noch mit der Pandemie zu kämpfen haben dürften. Die Weltproduktion sinkt nach vorliegender Prognose im Jahr 2020 um 3,9%, um im Jahr darauf um 5,4% und im Jahr 2022 um 3,7% zuzulegen (vgl. Tabelle 1).<sup>4</sup> Der Welthandel mit Gütern geht dieses Jahr um 6,0% zurück, für das Jahr 2021 wird eine Expansionsrate von 6,2% prognostiziert, für 2022 eine von 3,6%.

## Risiken

Das zentrale Risiko für die internationale Konjunktur ist die Unsicherheit darüber, wie sich die neuen Impfstoffe im Einsatz bewähren werden. Die vorliegende Prognose geht von einem Erfolg aus, auch wenn es einen so raschen und umfänglichen Einsatz eines neuen Impfstoffs, wie er geplant ist, noch nie gegeben hat. Von möglichen Problemen seien nur die folgenden genannt: Es ist unbekannt, ob geimpfte Personen, auch wenn sie nicht erkranken, das Virus nicht doch übertragen können. Ebenfalls nicht bekannt ist, ob die Impfwirkung länger als einige wenige Monate anhält. Schließlich ist nicht abzusehen, ob die logistische Herausforderung, ganze Bevölkerungen innerhalb von einigen Monaten zu impfen, zu bewältigen ist. Im Fall von Entwicklungsländern scheint dies sogar höchst zweifelhaft.

Ein anderer Risikofaktor ist das Ausmaß der dämpfenden Effekte von Krisenfolgen. Insbesondere steigen derzeit die Schuldenstände weltweit drastisch. Das betrifft zum einen die Verschuldung von Staaten. Im Jahr 2021 dürfte unter den G7-Ländern die deutsche Schuldenquote etwas weniger als 70% betragen, die anderen Quoten werden nach dem OECD Economic Outlook (November 2020) zwischen 131% (Kanada) und 243% (Japan) liegen. Gegenwärtig gelten solch hohe Schuldenstände nach vorherrschender Meinung als beherrschbar. Sollten die Akteure an den Finanzmärkten die Risiken jedoch wieder höher gewichten als gegenwärtig, könnten Risikoprämien rasch steigen und die weltweit hohe Staatsverschuldung die internationale Konjunktur auch kurzfristig belasten.

Stark gestiegen ist schließlich auch die Verschuldung von Unternehmen an Kapitalmärkten und bei Banken. Es ist damit zu rechnen, dass ein Teil dieser Schulden auf Dauer ausfallen wird, etwa, wenn gegenwärtig stützende wirtschaftspolitische Maßnahmen wie Schuldenmoratorien oder die Befreiung von der Pflicht, gegebenenfalls Insolvenz anzumelden, auslaufen. Im Euroraum spielen Banken als Kapitalgeber, etwa verglichen mit den angelsächsischen Volkswirtschaften, eine besonders große Rolle. Nach Schätzungen der EZB sind die bislang von Banken des Währungsgebiets vorgenommenen Rückstellungen für Problemkredite deutlich zu niedrig.<sup>5</sup> Fallen Kredite in den kommenden Jahren in großem Maßstab aus, könnten Banken zu restriktiver Kreditvergabe gezwungen sein, um Eigenkapitalanforderungen nicht zu verletzen. Dadurch verschlechterte Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und Haushalte würden die Konjunktur im Euroraum schwächen.

Ein weiteres Risiko für die Konjunktur in Europa ist nach wie vor, dass die Übergangsphase im Prozess des Austritts Großbritanniens aus der EU zur Jahreswende ohne ein Anschlussabkommen endet. Für die vorliegende Prognose ist unterstellt, dass ein Handelsabkommen noch in letzter Minute, nämlich vor Weihnachten 2020, abgeschlossen werden kann. Beide Seiten haben aber jeweils für ein *No Deal*-Szenario Vorbereitungen getroffen, um abrupte Brüche in den Wirtschaftsbeziehungen gering halten zu können. Dennoch wäre im Fall ohne Abkommen mit spürbaren gesamtwirtschaftlichen Verlusten nicht nur für Großbritannien, sondern auch für den Euroraum und Deutschland zu rechnen.<sup>6</sup>

---

<sup>4</sup> Die Rate bezieht sich auf den auch von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose betrachteten Länderkreis, wobei die Zuwachsraten mit dem nominalen Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2019 auf der Basis von Marktwechsellkursen gewichtet wurden.

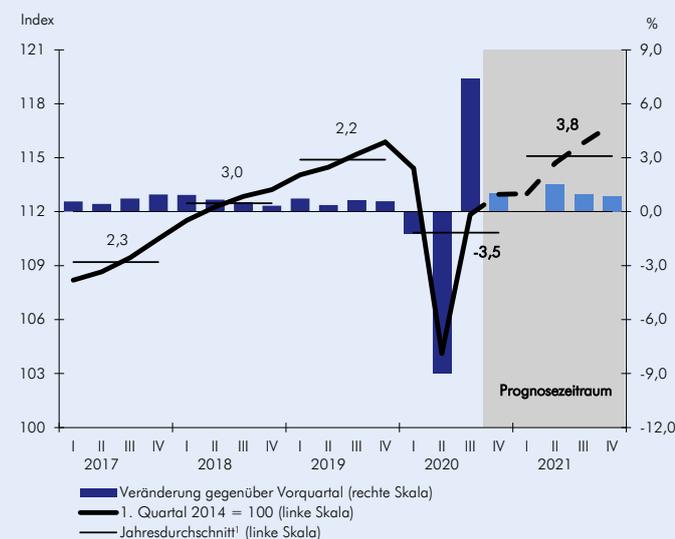
<sup>5</sup> Vgl. EZB: Financial Stability Review November 2020, Seite 13. Für Deutschland vgl. auch *Gropp, R. E.; Kötter, M.; McShane, W.: The Corona Recession and Bank Stress in Germany. IWH Online 4/2020.*

<sup>6</sup> Vgl. dazu etwa *Brautzsch, U. et al: Kurzfristige ökonomische Effekte eines "Brexit" auf die deutsche Wirtschaft: Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Berlin 2019.*

## In den USA verliert die Erholung über die Wintermonate an Dynamik

Im dritten Quartal expandierte die Wirtschaft in den USA mit 7,4% kräftig, nachdem sie im Vorquartal um 9% eingebrochen war (vgl. Abbildung 4).<sup>7</sup> Der Wiederanstieg war insbesondere auf individuelle Verhaltensänderungen, umfangreiche Fiskalpakete und die Lockerung staatlicher Maßnahmen zur Pandemie-Eindämmung zurückzuführen. Der starke wirtschaftliche Einbruch in der ersten Jahreshälfte konnte so teilweise ausgeglichen werden. Den größten Beitrag zu der kräftigen Erholung leistete die Ausweitung des privaten Konsums, der in der ersten Jahreshälfte um 6,5% in Relation zum Jahresende 2019 eingebrochen war. Auch die Unternehmensinvestitionen trugen zur Dynamik des dritten Quartals bei, wobei vor allem die Ausrüstungsinvestitionen kräftig zulegten. Investitionen in Gewerbebauten waren weiterhin rückläufig, was auf eine Zurückhaltung bei längerfristigen Investitionen angesichts der erhöhten Unsicherheit zurückzuführen sein dürfte. Während sich die Ein- und Ausfuhren von Gütern im dritten Quartal zügig erholten, entwickelten sich die Ausfuhren von Dienstleistungen weiterhin zögerlich. Insgesamt dämpfte der Außenbeitrag die gesamtwirtschaftliche Erholung. Rückläufige Staatsausgaben leisteten ebenfalls einen negativen Wachstumsbeitrag, was insbesondere durch die Ausgabenkürzungen auf staatlicher und lokaler Ebene sowie den Wegfall administrativer Kosten temporärer fiskalischer Maßnahmen bedingt war.

**Abbildung 4**  
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA  
saisonbereinigter Verlauf



<sup>1</sup> Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2020: Prognose des IWH.

Die starke Ausweitung des privaten Konsums wurde gestützt von gestiegenen verfügbaren Einkommen und einer zügigen Erholung auf dem Arbeitsmarkt. Insbesondere die Ausweitung der Arbeitslosenunterstützung im Rahmen des sogenannten CARES Act hatte die finanzielle Situation privater Haushalte deutlich gestärkt.<sup>8</sup> Nach einem sprunghaften Anstieg im Frühjahr auf zwischenzeitlich fast 15% verringerte sich die Arbeitslosenquote seither stetig auf 6,7% (November). Diese Entwicklung schlug sich auch in einer Erholung der Lohn- und Gehaltssumme nieder. Diese lag zuletzt nominell fast wieder auf dem Vorkrisenniveau. Die Erholung des Arbeitsmarktes scheint jedoch nicht homogen über unterschiedliche Einkommensgruppen zu erfolgen. So kommt eine Studie zu dem Ergebnis, dass die Arbeitslosigkeit von Personen mit höheren Einkommen bereits Ende Mai das Vorkrisenniveau knapp erreicht hat, während sie im unteren Einkommensbereich seit dem Sommer 20% unter dem Niveau zu Jahresbeginn stagniert.<sup>9</sup> Insgesamt verliert die Erholung auf dem Arbeitsmarkt, auch ange-

sichts der erneuten Verstärkung des Infektionsgeschehens, deutlich an Dynamik. Darauf deutet auch die zuletzt stark gestiegene Zahl der Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung hin.

Die US-Notenbank (Fed) stützte die Wirtschaft mit umfangreichen geldpolitischen Maßnahmen. So wurde der Geldmarktzins im Frühjahr um 1,5 Prozentpunkte auf null heruntergefahren, um die allgemeinen Kreditkosten zu senken, und der Anleihekauf weiter ausgeweitet. Zudem wurden Notkreditprogramme in Kooperation mit der US-Administration aufgesetzt, um die Finanzierungsbedingungen von Unternehmen direkt zu verbessern. Sollte sich das

<sup>7</sup> Die annualisierten Raten betragen -31,4% im zweiten und 33,1% im dritten Quartal.

<sup>8</sup> Board of Governors of the Federal Reserve System, Update on the Economic Well-Being of U.S. Households: July 2020 Results, September 2020.

<sup>9</sup> Chetty, R.; Friedman, J.; Hendren, N.; Stepner, M.: Opportunity Insights Team: The Economic Impacts of COVID-19: Evidence from a New Public Database Built Using Private Sector Data, 2020.

Pandemie-Geschehen weiter intensivieren, scheint es möglich, dass die Fed durch eine Ausweitung der Anleihekäufe oder den Ankauf von Anleihen mit längeren Laufzeiten die Wirtschaft noch stärker unterstützt.

Von der Finanzpolitik gab es im dritten Quartal keine neuen Impulse, da sich die im Kongress vertretenen Parteien nicht erneut auf fiskalische Maßnahmen einigen konnten. Angesichts der sich verschärfenden Infektionsdynamik scheint eine Einigung insbesondere im Hinblick auf zusätzliche Arbeitslosenunterstützung und finanzielle Hilfen für Unternehmen jedoch noch in diesem Jahr möglich. Die umfangreichen Stützungsmaßnahmen aus dem Frühjahr und steuerliche Mindereinnahmen werden das Defizit in 2020 voraussichtlich auf 18,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ansteigen lassen.

Da ein großer Teil der Erholung bereits im dritten Quartal erfolgte, wird die wirtschaftliche Dynamik im vierten Quartal deutlich zurückgehen. Zudem deuten Indikatoren daraufhin, dass der Konsum seit Ende November erneut stark zurückgeht.<sup>10</sup> Dies dürfte mit der sich aktuell verstärkenden Infektionsdynamik zusammenhängen. Insbesondere die steigenden Todeszahlen scheinen die Auswirkungen der Pandemie nun in einem Großteil der Kommunen sichtbar zu machen und mit individuellen Vorsichtsmaßnahmen und deutlich reduzierter ökonomischer Aktivität einherzugehen.<sup>11</sup> Eine weitreichende Stilllegung der Wirtschaft wie im Frühjahr scheint jedoch nicht absehbar, sodass sich die wirtschaftlichen Einschränkungen wohl weitestgehend auf kontaktintensive Wirtschaftsbereiche wie zum Beispiel das Reisegewerbe und die Gastronomie beschränken werden. Auch der private Konsum dürfte nicht ganz so stark einbrechen wie im Frühjahr, da einerseits hohe kumulierte Ersparnisse und andererseits die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern aufgrund des weiterhin starken Wohnungsmarktes stabilisierend wirken. Die wirtschaftliche Aktivität dürfte über die Wintermonate dennoch deutlich gedämpft werden, sodass die Erholung wohl erst im Frühjahr, gestützt von wärmeren Temperaturen und einem zunehmenden Anteil der Bevölkerung, der gegen Covid-19 geimpft ist, wieder an Fahrt gewinnen dürfte.

Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 um 3,5% schrumpfen (vgl. Tabelle 2). Nach einem gedämpften ersten Quartal 2021 wird sich die US-Wirtschaft aufgrund der Verfügbarkeit eines Impfstoffes, anziehender langfristiger Investitionen, des Abbaus der Ersparnisse und eines dynamischen Wohnungsmarkts zunächst zügig erholen. Nach der Realisierung von Aufholeffekten wird sich die Dynamik im Jahr 2022 etwas abmildern, sodass die gesamtwirtschaftliche Produktion in den kommenden beiden Jahren um 3,8% bzw. 3,4% steigen dürfte.

**Tabelle 2**  
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2019	2020	2021	2022
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	2,2	-3,5	3,8	3,4
privater Konsum	2,4	-4,0	4,7	4,1
Staatskonsum und -investitionen	2,3	0,9	-1,4	-2,0
private Bruttoanlageinvestitionen	1,7	-2,8	6,1	2,9
inländische Verwendung	2,3	-3,4	4,5	2,9
Exporte	-0,1	-12,9	7,1	7,1
Importe	1,1	-9,8	9,5	4,5
Außenbeitrag <sup>1</sup>	-0,1	-0,2	-0,6	0,5
Verbraucherpreise	1,8	1,2	1,8	2,2
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo <sup>2</sup>	-5,2	-18,6	-8,6	-6,4
Leistungsbilanzsaldo	-2,3	-2,5	-2,9	-2,7
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	3,7	8,1	6,0	4,8

<sup>1</sup> Wachstumsbeitrag. – <sup>2</sup> Gesamtstaat (Bund plus Bundesstaaten und Gemeinden).

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IWH; 2020 bis 2022: Prognose des IWH.

### Mäandernder Konjunkturverlauf im Euroraum

Nachdem die gesamtwirtschaftliche Produktion im Euroraum in der ersten Jahreshälfte 2020 um 15% eingebrochen war, konnte sich die Wirtschaft mit dem Auslaufen von Maßnahmen zur Eindämmung des Pandemiegeschehens teilweise erholen. Das Bruttoinlandsprodukt nahm im dritten Quartal um 12,6% zu und lag damit nur noch gut 4% unter seinem Niveau vom Schlussquartal 2019. Ähnlich hoch ist der Rückstand privater Konsumausgaben, die nach der teilweisen Aufhebung der Einschränkungen im Frühjahr um 14% expandierten. Die Zuwachsraten der Investitionen sowie der Ex- und Importe waren zuletzt ähnlich hoch. Aufgrund zuvor deutlich stärkerer Einbrüche liegen sie jedoch

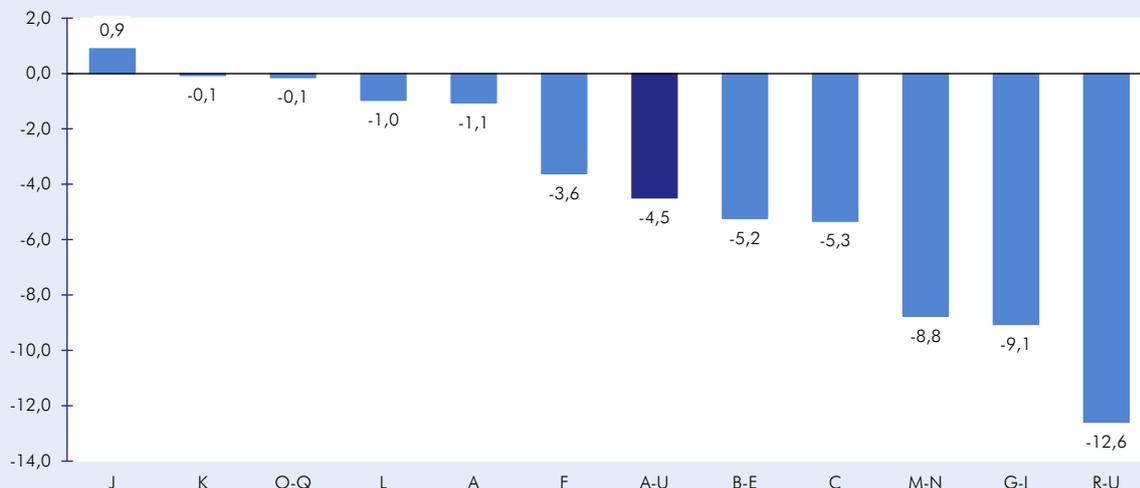
<sup>10</sup> Chetty, R.; Friedman, J.; Hendren, N.; Stepner, M.: Opportunity Insights Team: The Economic Impacts of COVID-19: Evidence from a New Public Database Built Using Private Sector Data, 2020 (tracktherecovery.org, abgerufen am 10.12.2020).

<sup>11</sup> Goolsbee, A., Syverson, C.: Fear, Lockdown, and Diversion: Comparing Drivers of Pandemic Economic Decline, in: Journal of Public Economics, October 2020.

weiterhin etwa 10% unter ihren jeweiligen Niveaus von Ende 2019. Deutlich eingeschränkt geblieben ist insbesondere die Aktivität im Kultur- und Freizeitbereich, im Gastgewerbe und bei damit verbundenen Dienstleistungen (vgl. Abbildung 5).

**Abbildung 5**  
Bruttowertschöpfung im Euroraum nach Wirtschaftsbereichen

Veränderung 3. Quartal 2020 gegenüber 4. Quartal 2019 in %



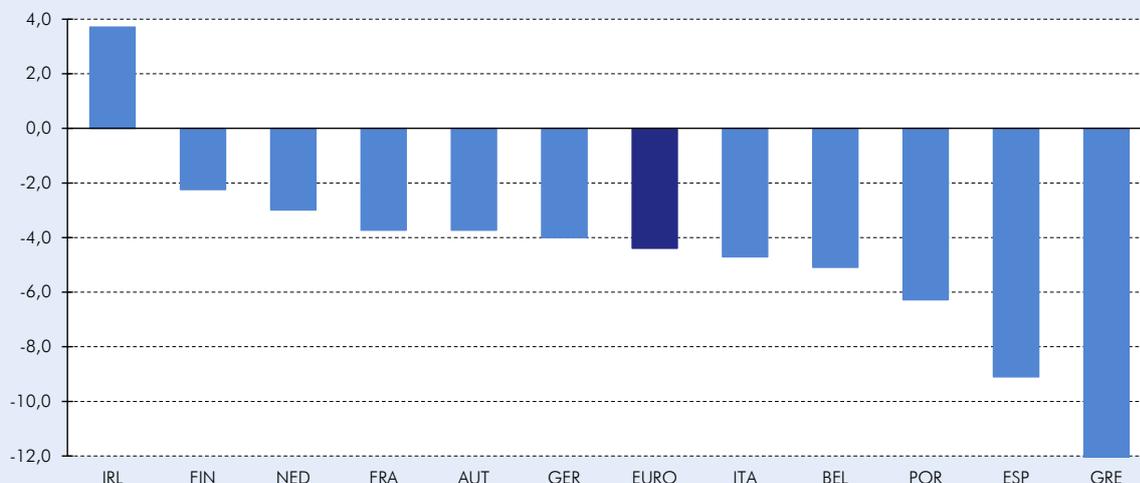
**Legende WZ:** (J) Information und Kommunikation; (K) Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen; (O-Q) Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung | Erziehung und Unterricht | Gesundheits- und Sozialwesen; (L) Grundstücks- und Wohnungswesen; (A) Land- und Forstwirtschaft, Fischerei; (F) Baugewerbe; (A-U) Alle Wirtschaftsbereiche; (B-E) Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden | Verarbeitendes Gewerbe | Energieversorgung; Wasserversorgung | Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen; (C) Verarbeitendes Gewerbe; (M-N) Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen | Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen; (G-I) Handel | Verkehr und Lagerei | Gastgewerbe; (R-U) Kunst, Unterhaltung und Erholung | Erbringung von sonstigen Dienstleistungen | Private Haushalte mit Hauspersonal | Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch Private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt | Exterritoriale Organisationen und Körperschaften.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH.

Der Einzelhandel (ohne Kfz und Kraftstoffe) erholte sich hingegen recht schnell und erreichte das Absatzniveau des Februars bereits im Juni. Dabei lag der Online- und Versandhandel, welcher von der zeitweisen Schließung des stationären Einzelhandels profitierte, in der Spitze (Mai) um 37%, aber auch danach und bis einschließlich Oktober deutlich, über dem Vorjahresniveau. Die Erholung im Verarbeitenden Gewerbe hielt bis zuletzt an.

**Abbildung 6**  
Bruttoinlandsprodukt in ausgewählten Ländern des Euroraums

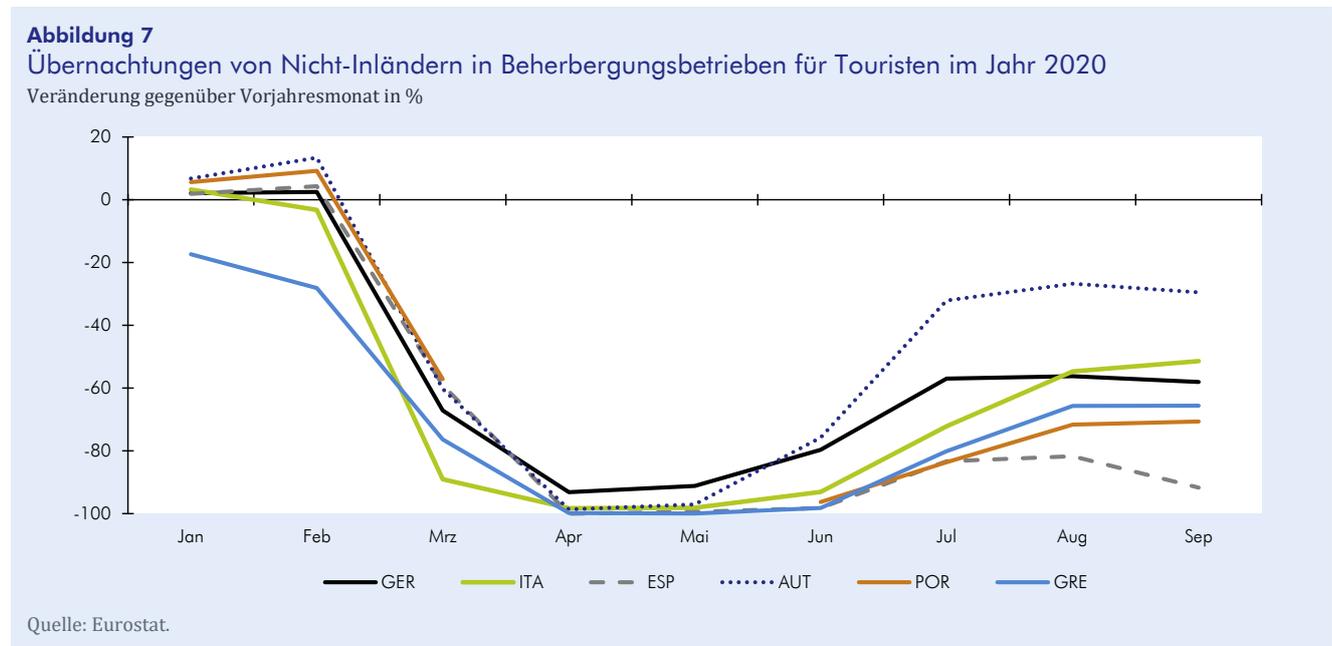
Veränderung 3. Quartal 2020 gegenüber 4. Quartal 2019 in %



Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH.

Nach einer Zunahme um 2,1% im Oktober lag die Produktion nur noch 3,5% unter ihrem Vorpandemieniveau im Februar. In der Spitze war sie um knapp 28% eingebrochen.

Der bisherige kumulierte Produktionsrückgang ist in den drei größten Mitgliedsstaaten Deutschland, Frankreich und Italien ähnlich (vgl. Abbildung 6). In den Niederlanden lag das Bruttoinlandsprodukt zuletzt nur 3% unter dem Niveau des vierten Quartals 2019. In Spanien hingegen lag die gesamtwirtschaftliche Produktion trotz eines Zuwachses um knapp 17% im dritten Quartal noch immer mehr als 9% unter dem Vorpandemieniveau. Noch deutlich größer ist der Rückstand mit 12,1% in Griechenland, wo sich die gesamtwirtschaftliche Produktion im dritten Quartal nur unwesentlich erholte. Auch in Portugal nahm das Bruttoinlandsprodukt über drei Quartale zusammengenommen stärker ab als im Durchschnitt des Währungsraums. Der relativ hohe Rückstand der griechischen, spanischen aber auch portugiesischen Wirtschaftsleistung scheint dabei auf ein besonders negatives Tourismusgeschäft im Verlauf des Jahres zurückzugehen, welches sich auch im Spätsommer nur unwesentlich belebte (vgl. Abbildung 7). Dabei ist dessen Anteil an der gesamten Wirtschaftsleistung – insbesondere der ausländischen Tourismusausgaben – in allen drei Ländern hoch.<sup>12</sup> Eine nähere Betrachtung zeigt auch, dass mehr als die Hälfte des pandemiebedingten Rückgangs der spanischen Wirtschaftsleistung entstehungsseitig mit einer geringeren Bruttowertschöpfung im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe (-22,6%; vgl. Euroraum: -9,1%) bzw. verwendungsseitig mit rückläufigen Dienstleistungsexporten (-43,6%; vgl. Euroraum: -18,1%) zu erklären ist.<sup>13</sup> In Griechenland ist der Rückgang noch stärker (-30,4% und -78,6%).



Die Inflationsrate im Euroraum ist seit Jahresbeginn deutlich gesunken und lag im Herbst bei -0,3%. Maßgeblich zu dieser Entwicklung hat der auf Jahressicht deutlich niedrigere Ölpreis beigetragen. Dieser Effekt wurde durch die Aufwertung des Euros gegenüber dem US-Dollar noch verstärkt. Zudem fiel die zuvor über drei Jahre weitestgehend stabile Kerninflationsrate (ohne Energie und unverarbeitete Lebensmittel) zum Ende des Sommers deutlich und lag zuletzt bei 0,4%, wodurch sich ihr Beitrag zur Gesamtinflation etwas mehr als halbierte. Diese Dynamik ist zu etwa zwei Drittel auf den Rückgang der Kerninflationsrate in Deutschland zurückzuführen, die, auch aufgrund der Mehrwertsteuersenkung, von Juni bis Oktober um 1,3 Prozentpunkte abnahm. Allerdings verlangsamte sich die Preissteigerung ohne Berücksichtigung von Energie und unverarbeiteten Lebensmitteln auch in den meisten anderen Mitgliedsstaaten; in Italien, Spanien und den Niederlanden um 0,6 bis 0,9, in Frankreich lediglich um 0,2 Prozentpunkte.

<sup>12</sup> Dieser lag nach Zahlen der Welttourismusorganisation aus dem Jahr 2019 in Griechenland und Portugal bei 11 bzw. 10%, in Spanien bei knapp 6%. In Frankreich und Italien hingegen jeweils nur bei 2,5%, in Deutschland sogar nur bei 1,4%.

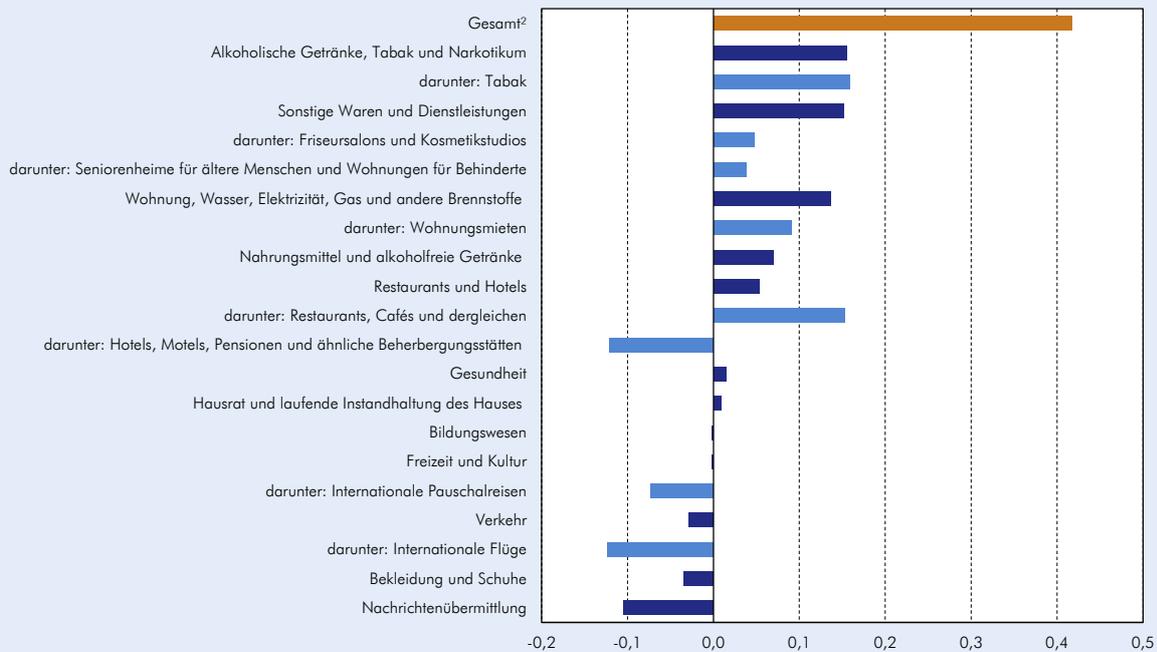
<sup>13</sup> Ebenso stark ist der Rückgang der Bruttowertschöpfung im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe und der Dienstleistungsexporte in Portugal (-10% und -42,6%).

**Kasten 1****Zur Preisentwicklung ausgewählter Gütergruppen im Euroraum**

Die Betrachtung der Beiträge einzelner Ausgabekategorien zur Kerninflation zeigt, dass diese zuletzt allein um 0,3 Prozentpunkte durch Preissenkungen in den Bereichen internationale Flüge, internationale Pauschalreisen und Übernachtungsdienstleistungen gedämpft worden ist (vgl. Abbildung K1). Die relative Nachfrage nach diesen Gütern dürfte jedoch pandemiebedingt deutlich niedriger gewesen sein als im Warenkorb des HVPI unterstellt. Gleichzeitig erhöhten gestiegene Wohnungsmieten und Lebensmittelpreise, deren relativer Ausgabenanteil zugenommen haben dürfte, die Kerninflation um knapp 0,2 Prozentpunkte. Demgegenüber stehen Preissenkungen im Bereich der Nachrichtenübermittlung, deren Bedeutung zugenommen haben dürfte, sowie Preissteigerungen für relativ geringere Ausgaben in Restaurants und Cafés. Bei der Betrachtung des gesamten HVPI zeigt sich schließlich, dass von der dämpfenden Wirkung der Energiepreise allein 0,5 Prozentpunkte auf den Beitrag billigerer Kraftstoffe zurückgehen, deren Absatz sich im Zuge einer pandemiebedingt niedrigeren Mobilität jedoch deutlich verringerte und im Oktober etwa 9% unter dem Niveau des Vorjahresmonats lag. Die offizielle Inflationsrate dürfte den Preisanstieg des tatsächlich konsumierten Warenkorbs in diesem Jahr somit unterschätzen.<sup>K1</sup>

**Abbildung K1****Verbraucherpreise<sup>1</sup> im Euroraum im Oktober 2020**

Beiträge einzelner Ausgabekategorien an Gesamt in Prozentpunkten



<sup>1</sup> Ohne Energie und unverarbeitete Lebensmittel. – <sup>2</sup> Veränderung gegenüber Vorjahresmonat in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH.

<sup>K1</sup> Eine Analyse der EZB kommt zu dem Ergebnis, dass die Preissteigerungsrate eines dem veränderten Ausgabenverhalten angepassten Warenkorbes in den Monaten von April bis August knapp 0,2 Prozentpunkte über der offiziellen Inflationsrate gelegen hat (vgl. EZB: Economic Bulletin 7/2020, Box 3).

Hierbei ist anzumerken, dass der für die Berechnung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) zugrundeliegende Warenkorb eine konstante Ausgabenstruktur unterstellt. Die Struktur privater Konsumausgaben dürfte sich in diesem Jahr jedoch pandemiebedingt verändert haben.<sup>14</sup> Einerseits, weil die Nachfrage nach bestimmten Waren

<sup>14</sup> Darauf deuten auch die Ergebnisse von Untersuchungen auf Grundlage von Daten zu Kreditkartentransaktionen hin (vgl. z. B. Cavallo, A.: Inflation with Covid Consumption Baskets. NBER Working Papers 27352/2020).

und Dienstleistungen aufgrund von Einschränkungen bzw. freiwilligen Verhaltensänderungen deutlich geringer war oder ganz ausblieb (z. B. grenzüberschreitende Urlaubsreisen aufgrund geltender Reisewarnungen). Andererseits, weil bei gesunkenen Gesamtausgaben der relative Anteil solcher Ausgaben steigt, deren nominaler Umfang mindestens konstant geblieben ist (z. B. Wohnungsmieten, Lebensmittel).

Bedingt durch die vielerorts teils großzügig gewährten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen, präsentiert sich der Arbeitsmarkt, trotz des enormen Produktionsrückgangs, in keiner schlechten Verfassung. Die Arbeitslosenquote im Euroraum lag im Oktober um 1,2 Prozentpunkte über dem Niveau vom Februar. Dieser Anstieg ist vergleichbar mit dem zu Beginn der Rezession im Zuge der Staatsschuldenkrise Anfang 2012. Dabei stieg die Beschäftigung im dritten Quartal bereits wieder und lag etwa 2% unter dem Niveau vom Jahresende 2019. Ähnlich wie beim Rückgang der Produktion ist unter den größten Mitgliedsstaaten auch hier der Rückstand in den Niederlanden am geringsten (-1,1%), in Spanien hingegen deutlich größer (-4%).

### Geldpolitik im Euroraum: Neues Maßnahmenpaket

Nachdem die Europäische Zentralbank (EZB) ihren geldpolitischen Kurs seit Juli unverändert ließ, beschloss sie im Dezember ein neues Maßnahmenpaket. Der Umfang des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) wird erneut aufgestockt. Die EZB erhöht das Volumen des PEPP um 500 Mrd. Euro auf 1 850 Mrd. Euro. Unter dem Schirm des PEPP wurden seit März durchschnittlich rund 80 Mrd. Euro monatlich an Wertpapieren gekauft. Zudem verlängern die Währungshüter die Laufzeit des PEPP um neun Monate, sodass Notfallanleihenkäufe nun bis mindestens März 2022 getätigt werden können. Darüber hinaus werden Tilgungsbeträge von fällig werdenden und im Rahmen des PEPP gekauften Wertpapieren statt nur bis Ende 2022 vollumfassend bis Ende 2023 wiederangelegt. Diese Maßnahmen werden ergänzt durch eine weitere Rekalibrierung der dritten Serie der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO III). Zum einen gelten für einen längeren Zeitraum die günstigeren Konditionen von bis zu -1% Zinsen. Zum anderen haben Banken die Möglichkeit an drei weiteren Geschäften in der zweiten Hälfte von 2021 teilzunehmen. Beim fünften und sechsten Geschäft der TLTRO III gab es zuletzt eine moderatere Nachfrage, nachdem sich Banken beim vierten Geschäft im Juni Liquidität in Rekordhöhe von 1 308 Mrd. Euro gesichert hatten. Die Banken fragten im September 175 Mrd. Euro und im Dezember 50 Mrd. Euro nach. Das siebte und letzte Geschäft der ersten Serie an PLTROs fand Anfang Dezember statt. Die EZB stellt nun vier weitere längerfristige Pandemie-Notfallrefinanzierungsgeschäfte (PLTROs) im Jahr 2021 bereit. Somit haben Banken auch im nächsten Jahr die Möglichkeit sich längerfristig mit Liquidität zu versorgen, deren Höhe nicht an das Volumen der Kreditvergabe an den privaten Sektor geknüpft ist.

Die Leitzinsen bleiben unverändert bei 0% für den Hauptrefinanzierungssatz, bei 0,25% für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und bei -0,5% für die Einlagefazilität. Wertpapierkäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten belaufen sich fortwährend auf netto rund 20 Mrd. Euro monatlich aufgestockt durch Ankäufe im Zuge des im März beschlossenen zusätzlichen temporären Rahmens von 120 Mrd. Euro.

Nach einem sprunghaften Anstieg des Zinses für unbesichertes Dreimonatsgeld (EURIBOR) in der ersten Jahreshälfte, sank dieser auf durchschnittlich -0,5% im November. Damit liegt er deutlich unterhalb des Zinses für unbesichertes Tagesgeld (EONIA). Während die Differenz zwischen diesen beiden Zinssätzen nun wieder abgenommen hat und wohl gesunkene Geldmarktrisiken anzeigt, dürfte die negative Differenz auf die umfassende Bereitstellung von Liquidität durch die EZB zurückzuführen sein. Die Maßnahmen der EZB zusammen mit expansiver Fiskalpolitik trugen anscheinend ebenfalls zur Beruhigung der Rentenmärkte bei. Die durchschnittliche Rendite im Euroraum betrug im November -0,18% und war damit sogar etwas niedriger als im November 2019. Auch die Renditedifferenz zwischen zehnjährigen Bundesanleihen und den Staatsanleihen anderer Euroraumländer war deutlich rückläufig, nachdem sie zu Beginn der Pandemie sprunghaft angestiegen war. Der Rückgang der Renditen auf Unternehmensanleihen aller Bonitäten im Euroraum setzte sich ebenso fort. Vom wieder anziehenden Infektionsgeschehen zeigen sich die Rentenmärkte bisher wenig beeindruckt, was sicherlich mit den anhaltend hohen Wertpapierankäufen der EZB im Zusammenhang steht.

Die im Zuge der Pandemie stark zugenommene Kreditvergabe an Unternehmen ist weiter auf erhöhtem Niveau. Im Vorjahresvergleich wuchs die Kreditvergabe um 6,8% im Oktober. Während fortwährend niedrige Zinsen die Kreditvergabe begünstigen, fragten Firmen im dritten Quartal weniger nach. Zugleich verschärften sich die Kreditstandards deutlich mit dem Verweis auf erhöhte Kreditnehmerisiken und eine Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage. Das Ausmaß der Verschärfung ist etwas geringer als bei den Verschärfungen, die während der globalen Finanzkrise und der Europäischen Staatsschuldenkrise vorgenommen wurden. Für das vierte Quartal erwarten die Banken einen Anstieg der Nachfrage seitens der Unternehmen und eine erneute starke Verschärfung von Kreditstandards ihrerseits. Beides ist wohl zurückzuführen auf das Wiederanziehen des Pandemiegeschehens. Im Segment der Haushaltskredite blieb das Kreditwachstum im Oktober unverändert, es lag bei 3,1%. Während sich die Nachfrage nach Immobilienkrediten in den letzten drei Monaten unverkennbar erholte, zog die Nachfrage nach Konsumkrediten nur leicht an, nachdem sie im zweiten Quartal eingebrochen war. Unterdessen zogen Banken erneut besonders die Kreditstandards für Immobilien- aber auch für Konsumkredite an.

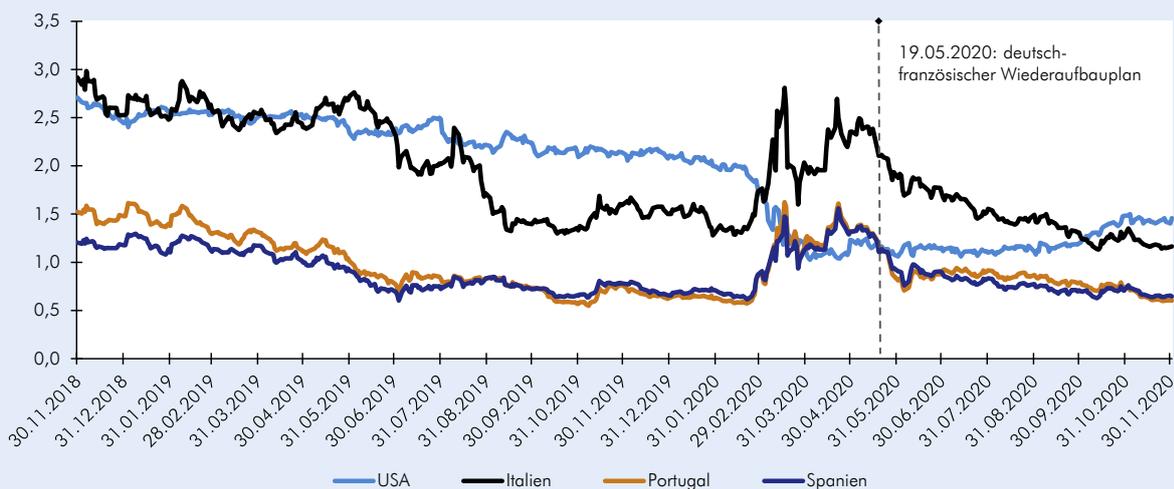
Die EZB hat demnach mit ihren neuen expansiven Maßnahmen auf die verschlechterten Finanzierungsbedingungen und das Wiederaufflammen der Pandemie reagiert. Zudem lässt die aktuelle Entwicklung der Inflationsraten darauf schließen, dass die Währungshüter auch nach dem Ende der Pandemie an ihrem expansiven Kurs festhalten werden.

### Europäische Finanzpolitik im Umbruch

Um die wirtschaftlichen Schäden der Pandemiekrise für Unternehmen und private Haushalte zu begrenzen, hat die Finanzpolitik im Euroraum Maßnahmen in beispiellosem Umfang ergriffen. Zu diesem Zweck wurden die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts für die Jahre 2020 und 2021 EU-weit aufgehoben. Während ein erheblicher Teil der Maßnahmen, wie Steuerstundungen oder Bürgschaften, den Finanzierungssaldo nicht berühren, dürften die defizitwirksamen Maßnahmen für sich genommen den konsolidierten Budgetsaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt um 3½ Prozentpunkte verringern. Weil der Konjunkturereinbruch die öffentlichen Haushalte auch direkt erheblich belastet, steigt die Defizitquote im Jahr 2020 auf 7,9%. Im Jahr 2021 dürfte sich der konsolidierte Budgetsaldo wegen des Auslaufens einiger expansiver Maßnahmen und aufgrund der konjunkturellen Erholung auf 5,3% verringern.

**Abbildung 8**  
Renditedifferenz verschiedener Staatstitel gegenüber deutschen Schuldverschreibungen

10-jährige Laufzeit



Quellen: Refinitiv Datastream; Berechnungen des IWH.

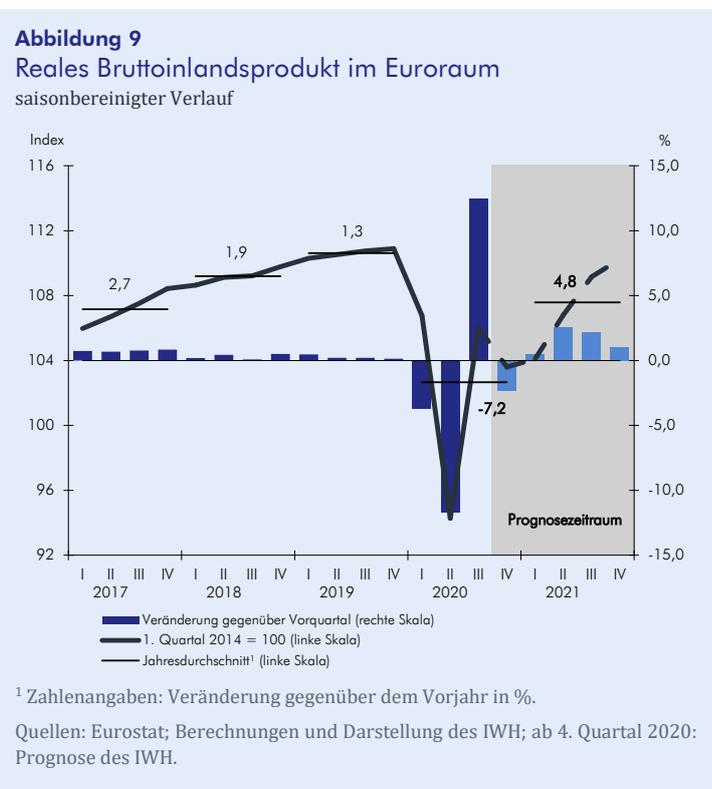
Einen Umbruch der EU-Finanzpolitik bedeutet der im Juli 2020 durch den Europäischen Rat beschlossene Wiederaufbauplan der Europäischen Union:<sup>15</sup> Finanzmittel in einem Umfang von 750 Mrd. Euro können in den Jahren bis

<sup>15</sup> Vgl. dazu *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Erholung verliert an Fahrt – Wirtschaft und Politik weiter im Zeichen der Pandemie*, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2020, Kiel, 36–38.

2027 an die Mitgliedsstaaten in Form von Zuschüssen (380 Mrd.) und Darlehen (360 Mrd.) vergeben werden.<sup>16</sup> Die Verteilung der Gelder soll sich vor allem an strukturellen Indikatoren der wirtschaftlichen Stärke und am Grad der Krisenbetroffenheit ausrichten. Zur Finanzierung des Programms begibt die Kommission am Kapitalmarkt Schuldtitel, für die auch die Mitgliedsstaaten haften. Damit wird ein Finanzierungsinstrument geschaffen, das dem Konzept von Eurobonds recht nahekommt. Seit mit der Übereinkunft zwischen der französischen und der deutschen Regierung im Mai 2020 eine Vorentscheidung für diese Finanzierungsform gefallen war, sind die Risikoprämien für die finanzschwächeren Mitgliedsstaaten des Euroraums sehr deutlich gefallen (vgl. Abbildung 8).

Ausblick

Der erneute Anstieg der Neuinfektionen mit dem Coronavirus hat im Herbst die Regierungen vielerorts veranlasst, Maßnahmen zu beschließen, die zur Reduzierung persönlicher Kontakte führen sollen. Diese schränken in erster Linie die wirtschaftliche Aktivität im Dienstleistungssektor ein. Für die Industrie ist hingegen im Unterschied zum Frühjahr mit keinen nennenswerten Beeinträchtigungen, wie z. B. vorsorglichen Betriebsschließungen, zu rechnen. Auf eine solche divergierende Entwicklung der Sektoren deuten auch die jüngsten Stimmungsindikatoren hin. So lag der Einkaufsmanagerindex (Markit) für das Verarbeitende Gewerbe im Euroraum und den meisten Mitgliedsstaaten zuletzt über dem langfristigen Durchschnitt und deutlich über dem Niveau vom Frühjahr 2020, nicht zuletzt, weil, anders als zu Beginn der Pandemie, die wirtschaftliche Aktivität nicht in allen Teilen der Welt gleichermaßen stark eingeschränkt ist. Die Geschäftserwartungen für die kommenden zwölf Monate verbesserten sich zudem weiter auf ein Zweieinhalb-Jahres-Hoch. Der Index für Dienstleistungen ist zuletzt zwar stark gesunken, liegt aber ebenso deutlich über den Werten des Frühjahrs. Auf ein ähnliches Stimmungsbild deuten auch die umfragebasierten Indikatoren der Europäischen Kommission, welches für die Industrie und den Bau weitestgehend positiv, insbesondere für den Einzelhandel jedoch deutlich negativ gezeichnet ist. Mobilitätsindikatoren deuten darauf hin, dass die wirtschaftliche Aktivität insgesamt mit dem erneuten Anstieg der Infektionszahlen und damit begründeten Einschränkungen im Herbst wieder abgenommen hat.



Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte im Schlussquartal 2020 sinken und zu Beginn des Jahres 2021 weitestgehend stagnieren, da zunächst mit keinen substantiellen Lockerungen zu rechnen ist (vgl. Abbildung 9). Die Produktionsrückgänge im gesamten Euroraum sowie in den einzelnen Mitgliedsländern dürften jedoch deutlich geringer ausfallen als im Frühjahr, nicht zuletzt, weil die Aktivität in besonders betroffenen Bereichen im Herbst weit unter den Niveaus im vergangenen Winter gelegen hat. Spätestens mit Beginn des Frühjahrs dürften Restriktionen auf ein ähnliches Niveau wie im Sommer 2020 zurückgefahren werden und mit einer voranschreitenden Vakzinierung der Bevölkerung weiter aufgehoben werden. Im Sommerhalbjahr ist daher mit einem kräftigen Anziehen der Konjunktur zu rechnen. Diese wird begünstigt durch eine weltweit synchrone Belebung der Aktivität und Nachholeffekte bei privaten Investitionen und Konsumausgaben, insbesondere auch weil Haushalte zuvor gebildete Ersparnisse abbauen dürften. (vgl. Tabelle 3).

<sup>16</sup> Die Zinskosten, welche die Darlehensnehmer tragen müssen, entsprechen den Finanzierungskosten der Kommission; im Oktober brachte der erste von ihr begebene Titel eine Rendite von -0,4%.

Tabelle 3

## Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt <sup>1</sup>				Verbraucherpreise <sup>2</sup>				Arbeitslosenquote <sup>3</sup>			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022
Deutschland	24,7	0,6	-5,4	4,4	3,3	1,4	0,5	1,0	1,4	3,2	4,1	4,2	4,0
Frankreich	17,4	1,5	-8,9	5,2	4,0	1,3	0,5	0,7	1,0	8,5	8,1	9,0	8,5
Italien	12,8	0,4	-9,0	5,0	3,5	0,7	-0,2	0,4	1,2	10,0	9,3	11,0	10,3
Spanien	8,9	2,0	-12,0	7,0	5,9	0,8	-0,4	0,2	0,9	14,1	15,6	15,8	14,6
Niederlande	5,8	1,6	-4,1	3,0	2,6	2,7	1,1	1,4	1,6	3,4	3,9	5,0	4,0
Belgien	3,4	1,7	-6,9	4,8	3,5	1,3	0,4	1,4	1,7	5,4	5,1	5,2	4,9
Österreich	2,9	1,4	-7,3	3,4	4,0	1,5	1,4	1,3	1,5	4,5	5,2	5,3	5,0
Irland	2,6	5,9	2,5	4,5	3,0	0,9	-0,5	0,2	1,0	5,0	6,0	7,2	5,5
Finnland	1,7	1,1	-3,3	1,6	2,0	1,1	0,4	0,7	1,2	6,7	7,8	7,4	6,7
Portugal	1,5	2,3	-8,0	4,7	3,9	0,3	-0,1	0,1	1,0	6,6	7,1	6,9	6,5
Griechenland	1,3	1,9	-10,0	3,5	6,5	0,5	-1,3	0,0	0,8	17,3	16,5	17,1	16,4
Slowakei	0,7	2,3	-6,3	4,4	4,1	2,8	2,0	1,5	2,5	5,8	6,7	7,0	6,4
Luxemburg	0,5	2,3	-4,0	3,0	3,6	1,6	0,0	1,6	1,9	5,6	6,7	6,3	6,1
Slowenien	0,3	3,2	-5,9	5,3	3,5	1,7	-0,2	1,5	2,1	4,5	4,8	4,7	4,5
Litauen	0,3	4,3	-2,4	1,8	4,2	2,2	1,1	1,8	2,2	6,3	8,8	9,1	7,0
Lettland	0,2	2,1	-4,0	3,5	3,6	2,8	0,1	1,3	2,3	6,3	8,0	7,9	6,5
Estland	0,2	4,9	-3,2	2,4	4,3	2,3	-0,7	1,3	2,0	4,4	7,0	8,0	6,1
Zypern	0,2	3,1	-6,2	3,4	4,8	0,6	-1,2	0,0	0,9	7,1	8,3	10,0	8,0
Malta	0,1	5,0	-9,7	5,3	6,7	1,5	0,8	1,3	1,7	3,6	4,0	4,1	4,0
Euroraum insgesamt	85,5	1,3	-7,2	4,8	3,8	1,3	0,3	0,8	1,2	7,6	8,0	8,6	8,0
Euroraum ohne Deutschland	60,8	1,6	-7,9	4,9	4,0	1,2	0,2	0,7	1,2	9,2	8,8	9,6	8,8
Polen	3,8	4,6	-2,9	3,2	3,8	2,1	3,6	2,5	2,2	3,3	3,3	3,3	3,0
Schweden	3,4	1,3	-3,3	2,7	3,1	1,7	0,7	1,0	1,2	6,8	8,3	8,5	6,8
Dänemark	2,2	2,8	-4,4	2,7	2,7	0,7	0,3	0,8	1,3	5,1	5,6	5,2	4,8
Tschechien	1,6	2,3	-6,9	3,2	5,2	2,6	3,2	2,0	2,5	2,0	2,6	3,2	2,7
Rumänien	1,6	4,2	-5,7	3,3	5,2	3,9	2,3	2,2	2,6	3,9	5,0	5,5	4,5
Ungarn	1,0	4,6	-6,3	3,5	5,5	3,4	3,3	3,1	3,0	3,5	4,3	3,9	3,2
Bulgarien	0,4	3,6	-4,8	2,5	4,6	2,5	1,2	1,5	2,2	4,2	5,5	5,2	4,5
Kroatien	0,4	2,9	-9,3	5,5	6,4	0,8	0,0	1,0	1,5	6,7	7,7	6,7	6,0
MOE-Länder <sup>4</sup>	10,6	3,8	-4,9	3,4	4,6	2,6	2,6	2,2	2,4	3,8	4,5	4,6	3,9
EU 27 <sup>5</sup>	100,0	1,6	-6,8	4,5	3,8	1,4	0,6	0,9	1,4	6,8	7,2	7,7	7,1

<sup>1</sup> Die Zuwachsraten sind, außer für die Slowakei, um Arbeitstageeffekte bereinigt. – <sup>2</sup> Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – <sup>3</sup> Standardisiert. – <sup>4</sup> Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Slowenien, Litauen, Lettland, Estland, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Kroatien. – <sup>5</sup> Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2019 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2019.

Quellen: Eurostat; IWF; ab 2020: Prognose des IWH.

Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahr 2020 um 7,2% sinken und in den kommenden beiden Jahren um 4,8% und 3,8% zulegen (vgl. Tabelle 4). Das Produktionsniveau aus dem Schlussquartal 2019 dürfte damit in der ersten Hälfte des Jahres 2022 erreicht sein. Aufgrund von Basiseffekten, die auf die temporäre Senkung der Mehrwertsteuer in Deutschland, die Ölpriisdynamik oder das Auslaufen von Preisnachlässen im Bereich Reisen, zurückgehen, dürfte die Inflationsrate im Verlauf des Jahres 2021 zwischenzeitlich deutlich anziehen. Der konjunkturelle Preisdruck bleibt vor dem Hintergrund unausgelasteter Kapazitäten jedoch gering. Erst gegen Ende des Prognosehorizonts dürften eine zunehmende Knappheit auf dem Arbeitsmarkt steigende Löhne und schneller steigende Preise nach sich ziehen. Im Jahresdurchschnitt 2021 dürfte die Inflationsrate 0,8% betragen (nach 0,3% im Jahr 2020) und im Jahr darauf auf 1,2% ansteigen.

Tabelle 4

## Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2019	2020	2021	2022
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	1,3	-7,2	4,8	3,8
privater Konsum	1,3	-8,1	6,0	4,3
öffentlicher Konsum	1,9	0,9	4,5	1,9
Bruttoanlageinvestitionen	5,8	-9,9	1,4	4,7
inländische Verwendung	1,9	-6,6	4,6	3,8
Exporte <sup>1</sup>	2,5	-10,0	8,7	5,9
Importe <sup>1</sup>	3,9	-9,5	8,6	6,1
Außenbeitrag <sup>2</sup>	-0,5	-0,6	0,3	0,1
Verbraucherpreise <sup>3</sup>	1,3	0,3	0,8	1,2
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Budgetsaldo <sup>4</sup>	-0,5	-7,9	-5,3	-3,3
Leistungsbilanzsaldo	2,3	2,5	2,9	3,0
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote <sup>5</sup>	7,6	8,0	8,6	8,0

<sup>1</sup> Einschließlich Intrahandel. – <sup>2</sup> Wachstumsbeitrag. – <sup>3</sup> Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – <sup>4</sup> Gesamtstaatlich. – <sup>5</sup> Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission, ILO; Berechnungen des IWH; 2020 bis 2022: Prognose des IWH.

Da in den meisten Mitgliedsstaaten entsprechende Kurzarbeitsprogramme verlängert wurden, dürfte die Arbeitslosenquote trotz des erneuten Rückgangs der Wirtschaftsleistung abermals nur leicht ansteigen und im Zuge von substantiellen Lockerungen im Dienstleistungsbereich etwa ab Mitte des Jahres 2021 wieder zu sinken beginnen. Im Durchschnitt des kommenden Jahres steigt sie dennoch auf 8,6% (nach 8,0% in diesem Jahr), bevor sie im Jahresdurchschnitt 2022 auf 8,0% sinkt.

### Besonders hohe Risiken für die Wirtschaft Großbritanniens

Die britische Wirtschaft hat am Jahresende 2020 mit zwei großen Risiken zu kämpfen: Es ist nach wie vor ungeklärt, ob die Übergangsphase im Prozess des Austritts aus der EU zur Jahreswende mit oder ohne Freihandelsabkommen endet. Und es ist offen, ob es gelingt, die Winterwelle der Pandemie zum Auslaufen zu bringen. Nach einem starken Anstieg der Infektionszahlen im September und im Oktober hat die Regierung Anfang November für ganz England einen Lockdown verhängt, inklusive Schließungen von Restaurants und von Geschäften mit Ausnahme von denen für täglichen Bedarf. Das Infektionsgeschehen hat daraufhin etwas nachgelassen, und der Lockdown wurde durch ein dreistufiges Regelsystem je nach regionaler Betroffenheit ersetzt.

Großbritannien ist auch wirtschaftlich von der Pandemie besonders stark getroffen. Die Produktion lag trotz deutlicher Erholung im Sommer im dritten Quartal noch 9,6% unter ihrem Niveau von vor der Pandemie, im Euroraum waren es nur 4,4%. Die Finanzpolitik hat mit großem finanziellen Aufwand dagegehalten. Die Instrumente ähneln den in der EU verwendeten. So bekommen Unternehmen umfangreiche Liquiditätshilfen, und das *Coronavirus Job Retention Scheme* verschafft Anreize, Beschäftigungsverhältnisse über Phasen erzwungener Arbeitsniederlegung hinweg aufrecht zu erhalten. Vor allem deshalb ist die Beschäftigung vergleichsweise moderat gesunken. Auch gehen dank der staatlichen Stützungsmaßnahmen die verfügbaren Einkommen im Jahr 2020 laut Prognose der Bank von England trotz Produktionseinbruch nicht zurück. Die Belastung des Staatshaushalts ist allerdings enorm: Relativ zum Bruttoinlandsprodukt dürfte das öffentliche Defizit im Kalenderjahr 2020 mehr als 16% betragen. Wichtige Programme sind im Herbst bis ins nächste Jahr hinein verlängert worden. Auch die Geldpolitik stützt die Wirtschaft: Die Bank von England hält den Leitzins seit dem Frühjahr bei knapp über 0% und kauft in großem Umfang Wertpapiere, um die Kapitalmarktzinsen niedrig zu halten. zehnjährige Staatstitel rentieren gegenwärtig mit 0,3%, etwa 40 Basispunkte niedriger als zu Jahresanfang.

All dies wird nicht verhindern, dass die Pandemiewelle das Bruttoinlandsprodukt im Schlussquartal 2020 etwas sinken lassen wird. Für die Prognose des Jahres 2021 ist unterstellt, dass ein Handelsabkommen mit der EU noch in letzter Minute abgeschlossen werden kann. Auch unter dieser günstigen Annahme dürfte die Umstellung auf das neue Außenwirtschaftsregime Kosten verursachen, die den Außenhandel belasten. Auch deshalb wird die Produktion zu Jahresanfang wohl kaum mehr als stagnieren. Für das Sommerhalbjahr darf erwartet werden, dass die in Großbritannien besonders früh begonnenen Impfkampagne das Infektionsgeschehen nach und nach abflauen lässt. Die Wirtschaft kann sich dann recht zügig erholen. Alles in allem dürfte die britische Wirtschaft im Jahr 2020 um 11,1% schrumpfen und im Jahr 2021 um 4,7% expandieren.

### Mittel- und osteuropäische Mitgliedsländer der EU von zweiter Pandemie-Welle hart getroffen

In den mittel- und osteuropäischen Ländern der EU waren die Infektionszahlen bis in den Sommer deutlich niedriger als in Westeuropa. Im Herbst hat sich das Bild aber umgekehrt. So wies Tschechien neben Belgien die höchste Infektionsdichte in der EU auf. Die Regierungen haben mit weitreichenden Eindämmungsmaßnahmen reagiert, von denen etwa Schließungen von Restaurants und zum Teil auch des Einzelhandels das Wirtschaftsleben spürbar beschränken. Im November sind die Infektionszahlen teilweise zurückgegangen, sie sind aber weiter hoch. Bisher hat die Pandemiewelle die in dem Länderkreis besonders wichtige Produktion im Verarbeitenden Gewerbe wenig beeinträchtigt. Diese war im Frühjahr vor allem wegen des weitgehenden Produktionsstopps in der exportorientierten Automobilindustrie stark eingebrochen und hat sich seitdem recht zügig erholt.

In dem hier betrachteten Länderkreis hat die Politik mit ähnlichen Mitteln wie in Westeuropa versucht, die wirtschaftlichen Schäden der Pandemie zu begrenzen. Dabei konnten die Zentralbanken der Volkswirtschaften außerhalb des Euroraums noch einen Zinssenkungsspielraum nutzen. Mittlerweile sind die Leitzinsen auch in Polen und Tschechien

an der 0%-Grenze, in Ungarn bei 0,6%. Dabei sind die Kernraten der Verbraucherpreisinflation (ohne die Komponenten Energie und unverarbeitete Lebensmittel) in den großen Ländern der Region mit 3% oder mehr (in Polen 4,5%) weiter recht hoch. Die Finanzpolitik stützt Unternehmen und private Haushalte, die von der Pandemie wirtschaftlich besonders schwer getroffen sind, mit Liquiditäts- und Einkommenshilfen. In einigen Ländern wie Polen und Tschechien gaben die Regierungen den Unternehmen auch Anreize, Beschäftigungsverhältnisse im Shutdown fortzusetzen. Die meisten Staaten verfügen über einigen finanzpolitischen Handlungsspielraum, denn die öffentliche Verschuldung ist im internationalen Vergleich eher niedrig. Nur für Ungarn und Slowenien liegt die Relation aus Bruttoverschuldung und Bruttoinlandsprodukt über 50%. Die Defizitquoten dürften im Jahr 2020 im Schnitt ungefähr der Quote des konsolidierten Defizits im Euroraums entsprechen (knapp 8%). In den kommenden Jahren dürften die Länder in erheblichem Ausmaß von Zahlungen des Europäischen Wiederaufbaufonds profitieren.

Auch in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern der EU wird die gegenwärtige Pandemiewelle zu einem wirtschaftlich sehr schwachen Winterhalbjahr führen. Mit Einsetzen milder Witterung im Frühjahr 2021 und einer Immunisierung großer Bevölkerungsteile ab dem Sommer dürfte die Pandemie abklingen und eine kräftige Erholung einsetzen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion im Länderkreis dürfte im Jahr 2020 um 4,9% zurückgehen und im Jahr 2021 um 3,4% zunehmen.

## Deutsche Konjunktur: Warten auf den Frühling

Am Ende des Jahres 2020 steht Deutschland im Bann der zweiten Pandemie-Welle. Seit Mitte Oktober fallen täglich mehr bekannte Neuinfektionen an als auf dem Höhepunkt der ersten Welle im Frühjahr; Mitte Dezember sind es annähernd viermal so viele. Die Politik versucht, die Infektionszahlen zu reduzieren, indem sie etliche Aktivitäten, die physische Kontakte mit sich bringen, untersagt. Seit Anfang November sind Gastronomie und Einrichtungen der Freizeitgestaltung geschlossen, und Mitte Dezember wurde für die Zeit zwischen dem 16. Dezember 2020 und dem 10. Januar 2021 unter anderem die Schließung des stationären Einzelhandels mit Ausnahme von Läden für Güter des täglichen Bedarfs beschlossen.

Allerdings machen die besonders betroffenen Wirtschaftszweige nur etwa 4% der Bruttowertschöpfung aus.<sup>17</sup> Das Verarbeitende Gewerbe mit einem Anteil von 22% hat dagegen sein im Sommer begonnene Erholung bis zuletzt fortgesetzt. Darauf deutet neben dem Produktionsindex der Industrie vom Oktober auch der vom Statistischen Bundesamt tagesaktuell veröffentlichte Lkw-Maut Fahrleistungsindex hin.

**Tabelle 5**

### Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung<sup>1</sup>

Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2019				2020				2021			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	0,9	0,0	0,3	0,1	-2,3	-11,1	10,8	3,2	0,3	1,6	1,5	0,7
öffentlicher Konsum	1,3	0,3	1,4	0,3	0,8	2,2	0,8	0,9	0,9	0,9	-0,4	0,3
Bauten	2,6	-1,0	0,3	0,4	5,1	-4,3	-2,0	0,8	1,3	1,2	1,0	0,8
Ausrüstungen	1,0	0,0	-1,4	-2,0	-7,0	-15,1	16,0	4,5	2,0	1,8	1,2	1,0
sonstige Anlagen	-0,7	0,9	1,2	1,1	-4,1	0,6	1,9	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Vorratsinvestitionen <sup>2</sup>	-0,8	0,1	-0,7	0,2	0,0	-0,1	-2,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	0,3	0,1	-0,3	0,3	-1,2	-7,2	4,7	2,5	0,7	1,4	1,0	0,7
Außenbeitrag <sup>2</sup>	0,3	-0,6	0,6	-0,3	-0,8	-2,9	3,9	-2,7	-0,4	0,8	1,0	0,3
Exporte	1,6	-1,6	1,3	-0,3	-3,3	-20,5	18,1	-0,6	2,5	4,5	4,0	2,1
Importe	0,9	-0,4	0,0	0,3	-1,9	-15,9	9,1	6,2	3,7	3,0	2,1	1,7
Bruttoinlandsprodukt	0,6	-0,5	0,3	0,0	-1,9	-9,8	8,5	-0,3	0,3	2,2	1,9	1,0

<sup>1</sup> Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – <sup>2</sup> Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 4. Quartal 2020: Prognose des IWH.

<sup>17</sup> Besonders von den Restriktionen getroffen sind die Wirtschaftszweige Gastgewerbe, Reisebüros und -veranstalter, Kunst und Unterhaltung und sonstige überwiegend persönliche Dienstleistungen.

Im Sommer waren neben dem Verarbeitenden Gewerbe auch ein großer Teil der Dienstleistungen auf dem Weg der Erholung, und das Bruttoinlandsprodukt legte im dritten Quartal um 8,5% zu. Exporte und Auslandsnachfrage zogen

deutlich an, vor allem haben aber die privaten Haushalte nach Öffnung der Läden ihre Konsumausgaben um über 10% ausgeweitet. Das war möglich, weil die real verfügbaren Einkommen bisher gut durch die Krise gekommen sind. Zuletzt lagen sie um reichlich 2% über ihrem Niveau von Ende 2019, während die gesamtwirtschaftliche Produktion 4% darunter lag. Dabei spielte auch eine Rolle, dass die niedrigeren Energiepreise das Verbraucherpreinsniveau drückten. Vor allem hat aber die Finanzpolitik die realen Einkommen der privaten Haushalte gestützt, etwa mit dem vereinfachten Zugang zu Kurzarbeitergeld, der Senkung der Mehrwertsteuer sowie der Garantie der Konstanz der Sozialversicherungssätze. Für viele Unternehmen überlebenswichtig sind zudem die Überbrückungshilfen sowie die im Oktober beschlossenen außerordentlichen Wirtschaftshilfen für die von Schließungen betroffene Wirtschaftszweige. Die Wirtschaftspolitik hat bei alledem nicht verhindern können, dass die abhängige Beschäftigung im zweiten Quartal insgesamt um 1,4% zurückging und im Verlauf des dritten nur wenig mehr als stagniert hat. In vielen Branchen werden aufgrund der hohen Unsicherheit kaum Neueinstellungen vorgenommen, auch dort, wo die Produktion expandiert. Der Einbruch der Beschäftigung ist deutlich größer als etwa in der Finanzkrise, nicht zuletzt, weil gegenwärtig viele Arbeitsplätze in Dienstleistungsbereichen wie der Gastronomie zur Disposition stehen, deren Abbau weniger firmenspezifisches Humankapital einbüßen lässt als im Verarbeitenden Gewerbe, das unter der Finanzkrise besonders litt.

Der jüngst beschlossene Shutdown wird weitere Arbeitsplatzverluste im Schlussquartal mit sich bringen. Auch die Produktion dürfte schrumpfen, freilich in deutlich geringerem Maß als im Frühjahr, denn der Rückgang dürfte im Wesentlichen auf die besonders betroffenen Dienstleistungsbranchen beschränkt bleiben. Das Verarbeitende Gewerbe profitiert dagegen weiter von der Erholung der Weltwirtschaft. Darauf deutet hin, dass der Index für die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe bis zuletzt (Oktober) gestiegen ist, und zwar noch über sein Niveau von vor dem Pandemieausbruch in Deutschland. In der vorliegenden Prognose wird unterstellt, dass die Shutdown-Maßnahmen die Infektionszahlen so weit herunterbringen, dass im ersten Quartal 2021 nach und nach wieder gelockert werden kann. Dann dürfte auch die gesamtwirtschaftliche Produktion wieder etwas zulegen (vgl. Tabelle 5).

**Tabelle 6**  
Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts<sup>1</sup>

in Prozentpunkten

	2019	2020	2021	2022
Konsumausgaben	1,4	-1,5	4,4	1,7
private Konsumausgaben	0,8	-2,4	3,7	1,4
Konsumausgaben des Staates	0,5	0,9	0,7	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	0,5	-0,6	1,1	0,6
Bauten	0,4	0,2	0,2	0,3
Ausrüstungen	0,0	-0,8	0,7	0,2
sonstige Anlagen	0,1	0,0	0,1	0,1
Vorratsveränderung	-0,7	-1,2	-0,9	0,0
inländische Verwendung	1,2	-3,3	4,5	2,3
Außenbeitrag	-0,6	-1,7	-0,1	0,9
Exporte	0,5	-4,9	4,7	3,5
Importe	-1,1	3,2	-4,8	-2,6
Bruttoinlandsprodukt	0,6	-5,0	4,4	3,2

<sup>1</sup> Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2020 bis 2022: Prognose des IWH.

**Tabelle 7**  
Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate

in % bzw. Prozentpunkten

	2019	2020	2021	2022
statistischer Überhang <sup>1</sup>	0,2	0,0	1,2	2,2
Jahresverlaufsrate <sup>2</sup>	0,4	-4,3	5,5	1,5
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	0,6	-5,4	4,4	3,3
Kalendereffekt <sup>3</sup>	0,0	0,4	0,0	-0,1
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich <sup>4</sup>	0,6	-5,0	4,4	3,2

<sup>1</sup> Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – <sup>2</sup> Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – <sup>3</sup> In % des realen BIP. – <sup>4</sup> Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

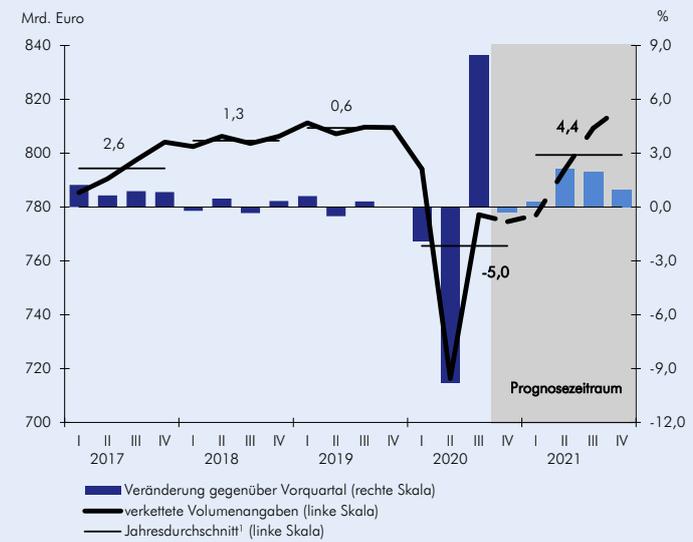
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2020 bis 2022: Prognose des IWH.

Die Effekte von Pandemie und Pandemiebekämpfung überlagern damit den Dämpfer auf den privaten Konsum durch die Rücknahme der Mehrwertsteuer-senkung zu Beginn des Jahres 2021. Im zweiten Quartal dürfte das wärmere Wetter das Pandemiegeschehen weiter senken. Für die Zeit ab Sommer 2021 wird angenommen, dass die fortschreitende Impfung weiter Teile der Bevölkerung das Pandemiegeschehen stetig verringert. Auch die Wirtschaft normalisiert sich dann wieder, was mit recht kräftigen Zuwachsraten von privatem Konsum und Investitionen einhergeht (vgl. Tabelle 6).

Alles in allem schrumpft das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland nach vorliegender Prognose im Jahr 2020 um 5%. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Jahr 2020 deutlich mehr Arbeitstage als im Vorjahr anfallen. Arbeitstäglich bereinigt geht die Produktion im Jahr 2020 gar um 5,4% zurück (vgl. Tabelle 7). Im Jahr 2021 expandiert sie um 4,4%, und im Jahr 2022 kalenderjährlich um 3,2% (vgl. Abbildung 10 und 11).<sup>18</sup> Im Frühjahr 2022 hat sie nach vorliegender Prognose ihren langfristigen Wachstumspfad wieder erreicht (vgl. Kasten 2). Die Verbraucherpreis-inflation bleibt im gesamten Prognosezeitraum moderat, und die Beschäftigung nimmt ab Frühjahr 2021 langsam wieder zu.

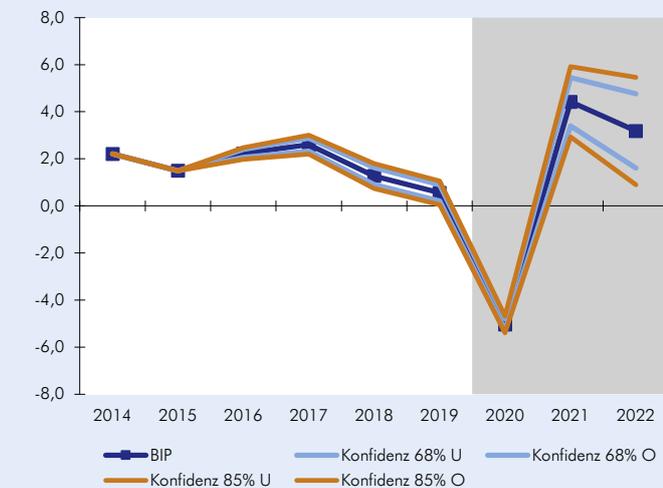
Das Hauptrisiko für die Konjunktur in Deutschland betrifft die Annahme, dass Impfungen die Pandemie in den kommenden Quartalen beenden werden. Ein erhebliches Risiko für die Wirtschaftslage im Winter bringt die gegenwärtig heftige Infektionswelle in Europa mit sich: Sie könnte die für den deutschen Export wichtige Nachfrage aus dem nahen europäischen Ausland kurzfristig einbrechen lassen. Für die Produktionskapazitäten in Deutschland besteht das Risiko, dass die Schließung von Kindertagesstätten und Schulen viele Arbeitnehmer zwingen könnte, ihre Arbeit zu verlassen, um ihre Kinder zu betreuen.

**Abbildung 10**  
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland  
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



<sup>1</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.  
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2020: Prognose des IWH.

**Abbildung 11**  
Prognoseunsicherheit<sup>1</sup>  
Veränderung gegenüber Vorjahr in %



<sup>1</sup> Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.  
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

<sup>18</sup> Für das Jahr 2020 reicht das 68%-Prognoseintervall für die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von -5,3% bis -4,8%, für das Jahr 2021 von 3,4% bis 5,5% und für 2022 von 1,6% bis 4,8% (vgl. Abbildung 11). Das 68%-Prognoseintervall überlagert die tatsächliche Wachstumsrate mit einer Wahrscheinlichkeit von 68% – sofern das Basisszenario zutreffend ist. Zur Berechnung werden die Prognosefehler für den Zuwachs des IWH aus der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

**Kasten 2**

Zur Schätzung des Produktionspotenzials

Das IWH greift zur Bestimmung des Produktionspotenzials auf die Methode zurück, die auch von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird. Da die langfristigen Folgen der Corona-Pandemie für das Potenzialwachstum zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer abzuschätzen sind, ist auch die Potenzialschätzung derzeit mit einer erhöhten Unsicherheit behaftet. Unter der Annahme, dass der gegenwärtige Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität in Folge der Pandemie überwiegend eine temporäre Unterauslastung der Produktionskapazitäten darstellt, kann von einer geringen Auswirkung der Pandemie auf das Produktionspotenzial ausgegangen werden. Sollte es jedoch zu einer länger andauernden Rezession und strukturellen Veränderungen beim Einsatz der Produktionsfaktoren kommen, so ist ein nachhaltig gedämpftes Produktionspotenzial zu erwarten. Die EU-Kommission geht in ihrer Herbstprognose vom November 2020 weiterhin von einem weitgehend temporären Effekt der Pandemie und einer relativ schnellen wirtschaftlichen Erholung aus. Entsprechend dieser Annahme behält die Kommission die in der Frühjahrsprognose 2020 vorgenommenen geringfügigen Änderungen an der Methode bei. Unter Berücksichtigung der Anpassungen ergibt sich für den Projektionszeitraum (2020 bis 2025) ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des Produktionspotenzials von 0,8% (vgl. Tabelle K2).

**Tabelle K2:**  
Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode

Jahresdurchschnittliche Veränderung in %<sup>1</sup>

	1996-2019 <sup>2</sup>		1996-2019		2019-2025	
Produktionspotenzial	1,4		1,3		0,8	
Kapitalstock	1,6	(0,5)	1,6	(0,5)	1,2	(0,4)
Solow-Residuum	0,6	(0,6)	0,6	(0,6)	0,6	(0,6)
Arbeitsvolumen	0,4	(0,2)	0,3	(0,2)	-0,3	(-0,2)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	-0,1		-0,1		-0,1	
Partizipationsquote	0,6		0,5		0,0	
Erwerbsquote	0,3		0,2		0,0	
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,4		-0,4		-0,2	
<i>Nachrichtlich:</i>						
Arbeitsproduktivität	1,0		1,1		1,1	

<sup>1</sup> Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. - <sup>2</sup> Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

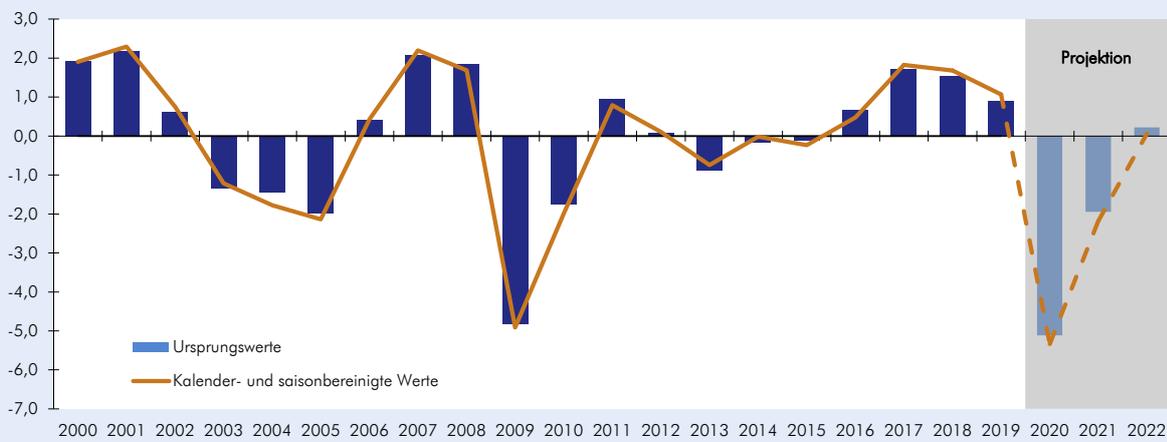
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Das potenzielle Arbeitsvolumen wird im Jahr 2025 knapp 1,6% Prozent unterhalb des diesjährigen Niveaus liegen. Die jährliche Veränderungsrate weist einen deutlich abwärts gerichteten Trend auf. Insgesamt trägt das Arbeitsvolumen -0,2 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum bei. Für den starken Rückgang sind vor allem die Entwicklung der Bevölkerung und die Arbeitszeit je Erwerbstätigen bestimmend: Der alterungsbedingte Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-74 Jahre) kann nicht mehr durch einen hohen Nettowanderungssaldo kompensiert werden. Ausschlaggebend hierfür ist das durch die Corona-Pandemie vorübergehend zum Erliegen gekommene Wanderungsgeschehen. Der Wanderungssaldo wird in diesem Jahr mit 185 000 Personen um 160 000 Personen niedriger liegen als noch in der aktuellen koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts (G2-L2-W2) angenommen. Auch in den Folgejahren ist von einem im Vergleich zur Bevölkerungsvorausberechnung schwächeren Nettowanderungssaldo von durchschnittlich 240 000 Personen auszugehen. Insgesamt wird damit ein Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 62,3 Millionen Personen im Jahr 2020 auf 62,0 Millionen Personen im Jahr 2025 erwartet. Die trendmäßige Partizipationsquote wird im gesamten Projektionszeitraum bei knapp 75% verharren. Die strukturelle Erwerbslosenquote (NAWRU) wird im Jahr 2025 mit 3,4% geringfügig höher liegen als im Jahr 2020 (3,2%). Der Rückgang der trendmäßigen Arbeitszeit je Erwerbstätigen wird sich mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von -0,2% im Projektionszeitraum abgeschwächt fortsetzen.

Der Kapitalstock wird der Projektion zufolge um durchschnittlich 1,2% pro Jahr ausgeweitet werden und damit 0,4 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen. Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der trendmäßigen TFP wird im Projektionszeitraum 0,6% betragen. Hierbei wird, wie auch bei den zuvor beschriebenen Be-

**Abbildung K2**  
Produktionslücke

In Relation zum Produktionspotenzial in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

stimmungsfaktoren des Produktionspotenzials, davon ausgegangen, dass kein durch die Corona-Pandemie bedingter Bruch in der Trendfortschreibung eintritt. Auf Basis der Schätzung des Produktionspotenzials und der Prognose des Bruttoinlandsproduktes ergibt sich damit für dieses Jahr eine Produktionslücke von -5,1%. Im Folgejahr wird die Lücke noch -2% betragen und im Jahr 2022 mit 0,2% dann wieder in etwa geschlossen sein. (vgl. Abbildung K2).

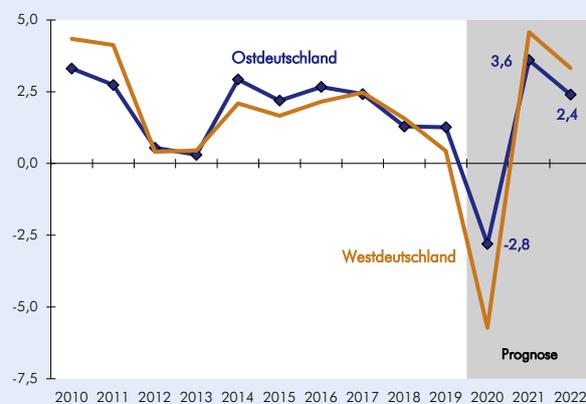
### Spürbare Einbußen für die ostdeutsche Wirtschaft durch zweite Pandemiewelle

In Ostdeutschland ist die Wirtschaft im ersten Halbjahr 2020 etwas besser durch die Krise gekommen als im Westen. Im Osten fiel der Produktionsrückgang gegenüber dem ersten Halbjahr 2019 mit 5,6% um einen Prozentpunkt geringer aus als in Deutschland insgesamt.

Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. So nehmen die privaten Einkommen seit einiger Zeit (auf niedrigerem Niveau) etwas rascher zu als im Westen, auch weil die Renten schrittweise an das Westniveau angehoben werden. Zudem gehörten das Verarbeitende Gewerbe und dort insbesondere die Automobilindustrie zu den von der Krise besonders betroffenen Branchen, und beide spielen in Ostdeutschland eine etwas geringere Rolle als im Westen. Dass auch die Erholung der ostdeutschen Industrieproduktion bisher etwas kräftiger ausgefallen ist, darauf deuten Daten zu Umsatz- und Auftragsentwicklung in Ost und West hin. Schließlich war die Pandemie in Ostdeutschland bis in den Sommer deutlich geringer verbreitet als in Deutschland insgesamt. Letzteres hat sich mit der zweiten Pandemiewelle im Herbst geändert. Sachsen ist gegenwärtig (Mitte Dezember) sogar das Bundesland mit der höchsten Inzidenz. Die Pandemie wird die ostdeutsche Wirtschaft und insbesondere die

**Abbildung 12**  
Das reale Bruttoinlandsprodukt in Ost- und Westdeutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“; Statistisches Bundesamt; Berechnungen und ab 2020 Prognose des IWH.

an Produktion und Absatz von Konsumgütern orientierten Wirtschaftszweige im Winterhalbjahr deutlich belasten, etwa über Schließungen im stationären Einzelhandel. Insgesamt dürfte die ostdeutsche Produktion aber aus den oben

genannten Gründen im Jahr 2020 mit –2,8% weniger stark als in Westdeutschland sinken. Im Jahr 2021 legt die Produktion nach vorliegender Prognose um 3,6% zu, im Jahr 2022 um 2,4% (vgl. Abbildung 12). Die Arbeitslosenquote nach der Definition der Bundesagentur für Arbeit steigt im Jahr 2020 auf 7,3%, in den Jahren 2021 und 2022 dürfte sie bei 7,2% beziehungsweise 6,7% liegen.

### Zur Prognosegüte und zur Anpassung der Prognose für 2020

Nach den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Ergebnissen hat die gesamtwirtschaftliche Produktion im dritten Quartal 2020 um 8,5% zugelegt. In seiner Herbstprognose, die am 16. September 2020 veröffentlicht wurde, hatte das IWH eine Expansion des Bruttoinlandsproduktes im dritten Quartal um 5,5% erwartet und demnach die Dynamik um fast 3 Prozentpunkte unterschätzt.<sup>19</sup>

Durch die Lockerungen der zuvor ergriffenen Maßnahmen und Einschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie konsumierten die privaten Haushalte im dritten Quartal 2020 im Vergleich zum Vorquartal wieder ordentlich (+10,8%). Die Ausrüstungsinvestitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge stiegen ebenso um 16%, nach einem Einbruch von 15,1% im zweiten Quartal. Der private Konsum wurde um 3,8 Prozentpunkte und die Ausrüstungen wurden um 6,6 Prozentpunkte unterschätzt. Die Bauinvestitionen, die bereits das zweite Quartal in Folge rückläufig waren, wurden hingegen deutlich überschätzt (um 2,8 Prozentpunkte). Die außenwirtschaftliche Entwicklung hat im dritten Quartal 2020 wieder zugelegt. Dabei wurde die Entwicklung der Exporte um 3,6 Prozentpunkte unterschätzt und die der Importe um 3,8 Prozentpunkte überschätzt.

**Tabelle 8**

#### Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2020

Veränderung gegenüber Vorjahr in % bzw. Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten

	IWH Herbstprognose 2020		IWH Jahresausblick 2021		Prognosekorrektur für 2020	
	Prognosewerte für 2020		Prognosewerte für 2020		Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge in Prozentpunkten	
	Veränd. gg. Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	Veränd. gg. Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	Spalte (3) abzüglich Spalte (1)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
<b>Inländische Verwendung</b>	–3,5	–3,3	–3,5	–3,3	0,0	0,0
Privater Konsum	–5,9	–3,1	–4,6	–2,4	1,3	0,7
Staatlicher Konsum	3,3	0,7	4,2	0,9	0,9	0,2
Bauten	3,6	0,4	2,0	0,2	–1,6	–0,2
Ausrüstungen	–16,9	–1,2	–10,8	–0,8	6,1	0,4
Sonstige Anlageinvestitionen	–1,5	–0,1	–1,0	0,0	0,5	0,1
Vorratsveränderungen	–	0,0	–	–1,2	–	–1,2
<b>Außenbeitrag</b>	–	–2,4	–	–1,7	–	0,7
Ausfuhr	–10,9	–5,1	–10,5	–4,9	0,4	0,2
Einfuhr	–6,6	2,7	–7,8	3,2	–1,2	0,5
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	–5,7	–5,7	–5,0	–5,0	0,7	0,7
<i>Nachrichtlich:</i>						
Bruttoinlandsprodukt USA	–4,2	–	–3,5	–	0,7	–
Bruttoinlandsprodukt Euroraum	–8,0	–	–7,3	–	0,7	–
Welthandel	–8,7	–	–6,0	–	2,7	–
Verbraucherpreise	0,5	–	0,5	–	0,0	–

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen des IWH.

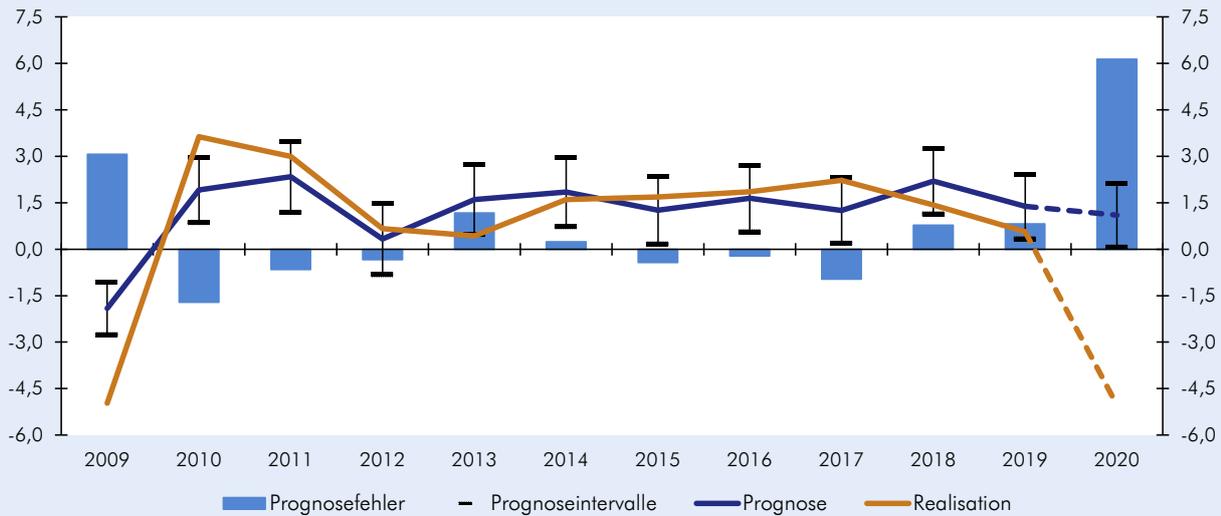
Auf der Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts war im dritten Quartal 2020 gegenüber dem Vorquartal ein deutlicher Zuwachs in allen Wirtschaftsbereichen mit Ausnahme des Baugewerbes zu verzeichnen. Besonders stark war der Zuwachs im Verarbeitenden Gewerbe (14%) und im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr (13,8%), dabei insbesondere im Gastgewerbe mit 137,3%. Insbesondere die öffentlichen Dienstleister konnten den Einbruch im zweiten Quartal wieder aufholen, bei den Unternehmensdienstleistern war der Zuwachs geringer. Insgesamt wurde der Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung um 2,5 Prozentpunkte unterschätzt.

<sup>19</sup> Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Wirtschaft erholt sich vom Corona-Schock – aber keine schnelle Rückkehr zur alten Normalität*, in: *Konjunktur aktuell*, Jg. 8 (3), 2020, 66–98.

Nach der hier vorliegenden Prognose dürfte das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 um 5,0% zurückgehen (vgl. Tabelle 8). Die Prognosekorrektur von 0,7 Prozentpunkten im Vergleich zum Herbst für das Gesamtjahr ergibt sich aus der Datenrevision für das erste Halbjahr durch das Statistische Bundesamt, Prognosefehler für das dritte Quartal sowie der Prognoseanpassung für das vierte Quartal, wobei der Großteil auf eine Falscheinschätzung des dritten Quartals zurückzuführen ist. Die größten Änderungen (um gut 6 Prozentpunkte) gab es bei den Ausrüstungsinvestitionen, die für die erste Jahreshälfte deutlich nach oben korrigiert und im dritten Quartal vom IWH schwächer eingeschätzt wurden.

**Abbildung 13****Prognosefehler des IWH für das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im kommenden Jahr**

Prognosen vom Dezember des Vorjahres, Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Vor Beginn der Coronakrise hatte das IWH in seiner Dezember-Prognose im Jahr 2019 einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 1,1% für das Folgejahr prognostiziert. Im Vergleich zu vorherigen IWH-Prognosen, ist der aus heutiger Sicht erwartete Prognosefehler mit 6,1 Prozentpunkten außerordentlich hoch (vgl. Abbildung 13), was angesichts der unerwartet dramatischen weltweiten Infektionsentwicklung nicht überraschend ist.

### Rahmenbedingungen für die Prognose

Der hier vorgelegten Prognose liegen folgende Rahmenbedingungen zugrunde: Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis zum Ende des Prognosezeitraums bei 1,19 US-Dollar/Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist etwas niedriger als in den ersten drei Quartalen 2020 und etwa so hoch wie im Jahr 2018. Der Welthandel (Waren) dürfte im Jahr 2020 um 6,0% sinken und im nächsten Jahr um 6,2% steigen. Im Jahr 2022 nimmt er nach vorliegender Prognose um 3,6% zu. Ferner wird davon ausgegangen, dass sich der Hauptfinanzierungssatz der EZB im Prognosezeitraum nicht ändert. Der Preis für Erdöl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des Jahres 2020 bei 42 US-Dollar je Barrel, im Jahr darauf bei 48 US-Dollar, und im Jahr 2022 bei 50 US-Dollar.

### Monetäre Rahmenbedingungen weiter günstig trotz verschärfter Kreditvergabebedingungen

Die Rendite auf zehnjährige Bundesanleihen hat im September und Oktober nachgegeben, sodass Anleihen im Oktober mit -0,6% rentierten. Dies steht wohl im Zusammenhang mit dem anziehenden Pandemiegesehen, dass die Nachfrage von Investoren nach sicheren Wertpapieren steigerte. Durch Nachrichten über wichtige Fortschritte in der Impfstoffentwicklung setzte zuletzt eine Gegenbewegung ein. Währenddessen verblieben die Umlaufrenditen von deutschen Unternehmensanleihen im Oktober auf einem historisch niedrigen Wert von 1,1%. Einhergehend mit den günstigen Konditionen und den anhaltend hohen Wertpapierankäufen seitens der EZB stieg die Verschuldung inländischer Unternehmen am Kapitalmarkt weiter stark an. Das Kreditwachstum im privaten Sektor im dritten Quartal

war hingegen im Vergleich zum Vorquartal spürbar schwächer. Das Wachstum von Unternehmenskrediten war sogar erstmals seit 2014 wieder negativ. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das in den beiden Quartalen zuvor ausgegebene Kreditvolumen besonders hoch gewesen ist angesichts der Entwicklung der Pandemie und der resultierenden staatlichen Hilfsmaßnahmen. Das Verhältnis von Kreditvolumen zum BIP ist demnach im dritten Quartal leicht gefallen, nachdem es sich seit Ende letzten Jahres erhöht hatte. Während die Nachfrage nach Unternehmens- und Immobilienkrediten wieder zunahm, verschärften auch deutsche Banken in den letzten drei Monaten in allen Kreditsegmenten ihre Vergabestandards, allerdings moderater als noch im zweiten Quartal. Zudem blieb die Ablehnungsrate von Konsumkrediten unverändert hoch, während die Ablehnungsrate für Immobilienkredite sogar weiter zunahm im Vergleich zum zweiten Quartal dieses Jahres. Trotz Verschärfungen der Kreditvergabebedingungen dürfte das Finanzierungsumfeld in Deutschland günstig bleiben. Die EZB setzt ihren expansiven geldpolitischen Kurs im Prognosezeitraum fort und stützt damit weiterhin die deutsche Konjunktur.

### Finanzpolitik schwenkt nach Bewältigung der Pandemie auf restriktiven Kurs ein

Nach umfangreichen ausgabeerhöhenden bzw. einnahmемindernden diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen im Jahr 2020, deren Volumen sich per Saldo auf 4,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt belief, schwächt sich der Expansionsgrad der Finanzpolitik im Jahr 2021 deutlich ab.

**Tabelle 9**

#### Finanzpolitische Maßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie

Belastungen (-) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2020	2021	2022
<b>Maßnahmen, die den Finanzierungssaldo unmittelbar berühren</b>			
<b>Bund</b>			
Staatliche Beschaffung von Schutzprodukten und Atemgeräten	-3,5	3,5	0,0
Krankenhauserlastungsgesetz	-11,5	11,5	0,0
Überbrückungshilfe für Studierende	-0,1	-0,1	0,2
Solidaritätsfonds: Zuschüsse für Soloselbstständige und Kleinbetriebe	-15,0	15,0	0,0
Sozialschutzpaket I	-11,0	5,0	6,0
Unterstützung des Homeschoolings	-0,25	-0,25	0,5
Zusätzliche Mittel für die Erprobung und Herstellung eines Impfstoffs	-0,5	-0,25	0,75
Lohnfortzahlung für Eltern wegen privater Kinderbetreuung/Erhöhung Kinderkrankengeldtage	-5,0	4,0	1,0
Programm ‚Neustart Kultur‘	-0,2	-0,8	1,0
Förderrichtlinie ‚Ausbildungsplätze sichern‘	-0,4	0,3	0,1
Zusätzliche Mittel für Kinder- und Jugendhospize	-0,1	0,1	0,0
Zweites Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite	-0,1	0,0	0,0
Förderung raumluftechnischer Anlagen	-0,2	-0,3	0,5
Krankenhauszukunftsgesetz	-0,1	-3,0	3,1
Außerordentliche Wirtschaftshilfen November & Dezember 2020	-4,0	-25,0	29,0
Hilfen für Flughäfen und Automobilindustrie	0,0	-1,0	-1,0
<b>Konjunkturpaket:</b>			
Investive Maßnahmen	-3,1	-9,7	0,4
Direkte Förderungen und Zuschüsse	-12,6	-25,6	29,2
<i>darunter:</i> Überbrückungshilfen	-5,0	-15,0	20,0
Steuerliche Maßnahmen	-27,7	23,1	-1,0
Maßnahmen im Gesundheitswesen	-1,7	-3,0	1,3
<i>Nachrichtlich:</i> Zuweisungen des Bundes an Länder und Kommunen	-23,9	11,3	8,6
<b>Länder</b>			
Globale Mehrausgaben	-14,6	4,1	10,5
Aufstockung Pflegebonus	-0,5	0,5	0,0
Hilfen für Flughäfen		-0,5	0,0
<b>Bund, Länder und Gemeinden</b>			
<b>Sozialversicherungen</b>			
Pflegebonus	-1,0	1,0	0,0
Zweites Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite	-1,1	1,0	0,1
Sozialschutzpaket II	-2,0	0,0	1,5
Krankenhauserlastungsgesetz	-1,5	1,5	0,0
Erleichterter Zugang zum Kurzarbeitergeld	-10,0	0,0	10,0
<i>Nachrichtlich:</i> Steuerliche Liquiditätshilfen	-17,0	15,0	2,0
<b>Summe</b>	<b>-127,7</b>	<b>1,2</b>	<b>93,1</b>
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %	-3,8	0,0	2,5

Quellen: Finanzministerien der Länder; Bundesministerium der Finanzen; Bundesministerium für Gesundheit; Berechnungen des IWH.

Zu den wichtigsten finanzpolitischen Maßnahmen zur Abmilderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Pandemiepolitik im Jahr 2020 zählen etwa die bereits im Frühjahr in Kraft getretenen Soforthilfen für Soloselbstständige und Kleinstbetriebe, die allerdings vom Betrag her nach oben eng begrenzt waren und nur zur Deckung laufender Betriebsausgaben verwendet werden durften, oder aber staatliche Mehrausgaben im Gesundheitswesen. Zum anderen wurden mit dem Konjunkturpaket vom Juni weitere Stützungsmaßnahmen für Unternehmen, steuerliche Erleichterungen sowie investive Mehrausgaben beschlossen. Im Jahr 2021 werden die im Frühjahr beschlossenen Corona-Maßnahmen deutlich zurückgefahren, ein Teil davon wird bis dahin sogar ausgelaufen sein. Dagegen führen die Maßnahmen des Konjunkturpakets insgesamt nochmals zu Entlastungen der privaten Haushalte und Unternehmen und zu staatlichen Mehrausgaben, wenn auch in deutlich geringerem Umfang als im Jahr zuvor. So werden etwa die Überbrückungshilfen bis zum 30. Juni 2021 verlängert und der Zugang wird erleichtert, und investive Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket laufen erst im kommenden Jahr allmählich an. Gleiches gilt für steuerliche Maßnahmen, wie die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung, oder aber die Stabilisierung der EEG-Umlage (vgl. Tabelle 9 und Kasten 3). Von den sonstigen, nicht im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie ergriffenen finanzpolitischen Maßnahmen geht im Jahr 2021 insgesamt ebenfalls ein expansiver Impuls aus. Hier wirken vor allem die weitere Verschiebung der Eckwerte beim Einkommensteuertarif, die Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrags, die Einführung der Grundrente, vor allem aber die teilweise Rückführung des Solidaritätszuschlags nach-fragegestimulierend. Alles in allem beläuft sich der Impuls aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen dann auf ungefähr 0,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Im Jahr 2022 ist die Finanzpolitik dann restriktiv ausgerichtet. Während die Corona-Hilfsmaßnahmen, die größtenteils schon vor dem Konjunkturpaket verabschiedet wurden und bereits im Jahr 2021 auslaufen, nicht mehr wirken, führt im Rahmen des Konjunkturpakets vor allem der Wegfall der Überbrückungshilfen, die im Jahr 2022 annahmegemäß nicht mehr gewährt werden, zu staatlichen Minderausgaben. Auch von den übrigen, Corona-unabhängigen diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen gehen im Jahr 2022 nach jetzigem Kenntnisstand kaum mehr Impulse aus. Zwar führen weitere Verschiebungen des Einkommensteuertarifs und neuerliche Anhebungen der Freibeträge zu steuerlichen Entlastungen. Nachfragedämpfend dürfte dann aber ein deutlicher Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung wirken. Alles in allem beläuft sich der nachfragedämpfende Effekt aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen im Jahr 2022 nach jetzigem Stand auf 2,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vgl. Tabelle 10).

### Kasten 3

#### Zu den Finanzhilfen im Kontext der Corona-Pandemie

Bund, Länder und Gemeinden haben umfangreiche Stützungsmaßnahmen für Unternehmen und private Haushalte zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Maßnahmen beschlossen. Diese umfassen, neben zusätzlichen konsumtiven und investiven staatlichen Ausgaben, steuerliche Erleichterungen und Fördermaßnahmen, die Ausweitung monetärer Sozialleistungen sowie direkte Zuschüsse an die Unternehmen. Letztere beinhalten unter anderem die Soforthilfen für Soloselbstständige und Kleinstbetriebe, die Überbrückungshilfen, die außerordentlichen Wirtschaftshilfen für November und Dezember 2020 sowie die Erstattung der Sozialbeiträge der Arbeitgeber auf Kurzarbeitergeld. Die staatlichen Mehrausgaben im Rahmen dieser Hilfsprogramme dürften sich auf über 75 Mrd. Euro belaufen. Darin sind allerdings weitere kleinere Maßnahmen des Bundes sowie die Maßnahmen einzelner Bundesländer und Gemeinden noch nicht enthalten. Die im Rahmen der genannten Maßnahmen gewährten finanziellen Zuschüsse dürften nahezu vollständig in Form von Subventionen und Vermögenstransfers an die Sektoren private Haushalte<sup>K3</sup> und Kapitalgesellschaften fließen.

<sup>K3</sup> Zu diesen gehören auch Personengesellschaften, Einzelunternehmer und Freiberufler sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Dabei lässt sich anhand der Buchung der Transaktionen in der Sektorenrechnung sowohl der Zeitraum als auch die Aufteilung auf diese beiden Hauptsektoren nachverfolgen. Die privaten Haushalte erhielten im Sommerhalbjahr 2020 14,1 Mrd. Euro und die Kapitalgesellschaften 12,2 Mrd. Euro zusätzliche Subventionen gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Zudem flossen beiden Sektoren zusätzliche Vermögenstransfers von gut 3½ Mrd. Euro zu, von denen vor allem die Kapitalgesellschaften profitierten (vgl. Tabelle K3). Wenngleich dieser Mittelzufluss nicht zu vernachlässigen ist, liegt er bislang noch weit unter den von den Gebietskörperschaften insgesamt geplanten Finanzhilfen.

**Tabelle K3:**  
Werte gemäß Sektorenrechnung  
Mrd. Euro

	2019 Q2+Q3						2020 Q2+Q3						Absolute Veränderung 2019-2020					
	monetäre Sozialleistungen	sonst. Subventionen	Vermögenstransfers	Einkommen- und Vermögensteuern	Betriebsüberschüsse	Betriebsüberschüsse abzügl. Subventionen	monetäre Sozialleistungen	sonst. Subventionen	Vermögenstransfers	Einkommen- und Vermögensteuern	Betriebsüberschüsse	Betriebsüberschüsse abzügl. Subventionen	monetäre Sozialleistungen	sonst. Subventionen	Vermögenstransfers	Einkommen- und Vermögensteuern	Betriebsüberschüsse	Betriebsüberschüsse abzügl. Subventionen
Private Haushalte	+302,8	+0,8	+10,2	-172,2	+113,7	+112,9	+329,4	+14,9	+10,8	-157,9	+109,0	+94,2	+26,6	+14,1	+0,6	-14,3	-4,6	-18,7
Kap.gesell.	-	+10,0	+10,9	-46,5	+201,8	+191,8	-	+22,2	+13,5	-30,3	+153,8	+131,6	-	+12,2	+2,7	-16,2	-48,0	-60,2
Staat	-272,5	-14,4	-16,6	+226,8	-	-	-299,1	-40,9	-20,2	+194,1	-	-	+26,5	+26,5	+3,7	-32,7	-	-

Die von den privaten Haushalten empfangenen monetären Sozialleistungen, zu denen auch das Kurzarbeitergeld gehört, haben im Vorjahresvergleich erwartungsgemäß stark zugenommen, die geleisteten Einkommen- und Vermögensteuern gingen hingegen stark zurück. Bei Steuern und Sozialbeiträgen ist eine Unterscheidung des Effekts diskretionärer finanzpolitischer Maßnahmen vom konjunkturellen Einfluss, der in der gegenwärtigen Situation immens sein dürfte, schwer vorzunehmen. Die Betriebsüberschüsse, haben sich bei den Kapitalgesellschaften deutlich, bei den privaten Haushalten dagegen nur geringfügig reduziert. Diese ergeben sich in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Wesentlichen aus der Differenz zwischen Bruttoproduktionswert und der Summe aus Abschreibungen, Vorleistungen und Arbeitnehmerentgelt zuzüglich der empfangenen sonstigen Subventionen. Damit sind in den Betriebsüberschüssen per Definition auch die Soforthilfen und Zuschüsse enthalten. Bereinigt man die Betriebsüberschüsse um die empfangenen sonstigen Subventionen, sind diese auch bei den Personengesellschaften spürbar zurückgegangen.

Tabelle 10

Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen<sup>1</sup>

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-), in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2020	2021	2022
<b>Einnahmen der Gebietskörperschaften</b>			
Alterseinkünftegesetz	-1,4	-1,5	-1,6
schrittweises Abschmelzen des Solidaritätszuschlags		-9,2	-1,4
Familienentlastungsgesetz: Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrags bei der Einkommensteuer zum 01.01.2020	-2,0	-0,5	-0,2
Familienentlastungsgesetz: Verschiebung der Eckwerte beim Einkommensteuertarif zum 01.01.2020	-2,2	-0,4	-0,2
Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet	-0,2	0,0	0,2
Zweites Familienentlastungsgesetz: Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrags bei der Einkommensteuer zum 1.1.2021 und zum 1.1.2022		-2,2	-3,4
Zweites Familienentlastungsgesetz: Verschiebung der Eckwerte beim Einkommensteuertarif zum 1.1.2021 und zum 1.1.2022		-1,6	-1,9
Jahressteuergesetz 2019	-0,3	-0,2	-0,2
Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen	0,1	1,0	0,3
steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung	0,0	-1,1	-0,1
Fondsstandortgesetz		-0,2	-0,3
Steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus		-0,1	-0,2
Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen		-0,2	-0,9
sonstige steuerliche Maßnahmen <sup>2</sup>	0,1	0,2	0,1
Umsetzung des Klimapakets im Steuerrecht	-0,4	-0,2	-0,5
Anhebung der Luftverkehrsabgabe	0,0	0,3	0,1
CO <sub>2</sub> -Bepreisung in den Sektoren Gebäude und Verkehr		7,4	1,6
Mehreinnahmen durch steigende Rentenbesteuerung	0,5	0,5	0,4
<b>Einnahmen der Sozialversicherungen</b>			
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1.1.2020 um 0,2 Prozentpunkte auf durchschnittlich 1,2% und zum 1.1.2022 um 1,1 Prozentpunkte auf 2,3%		2,3	12,1
Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2019 um 0,5 Prozentpunkte auf 2,5%	-1,2	0,0	0,0
Ausweitung der Gleitzone im Midijobbereich zum 1. Januar 2019	-0,2	0,0	0,0
Freibetrag für Betriebsrenten in der gesetzlichen Krankenversicherung	-1,2	0,0	0,0
<b>Ausgaben der Gebietskörperschaften</b>			
Bundesteilhabegesetz	0,0	-0,2	0,0
zusätzliche investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag von 2013 <sup>3</sup>	-1,0	0,5	0,5
zusätzliche investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag vom Februar 2018 <sup>4</sup>	-2,7	-3,7	-0,8
Investitionspaket des Bundes vom März 2020		-1,5	-0,5
Änderungen beim Wohngeld	-0,2	-0,1	0,0
Mobilitätsfonds/Kaufbonus E-Mobilität	-0,3	0,0	0,0
Fluthilfemaßnahmen	-0,2	-0,1	0,8
Zusätzliche Ausgaben des Energie- und Klimafonds	-1,8	-3,2	-1,0
Reform des BAföG/Aufstiegsfortbildung in der beruflichen Bildung	-0,4	-0,3	0,0
Familienentlastungsgesetz und Zweites Familienentlastungsgesetz: Erhöhung des Kindergeldes zum 1.7.2019 und zum 1.1.2021	-0,8	-3,2	0,4
Baukindergeld	-0,2	0,0	0,0
Starke-Familien-Gesetz	-0,6	0,0	0,0
Arbeit von morgen-Gesetz	0,0	-0,1	-0,1
Angehörigenentlastungsgesetz	-0,3	0,0	0,0
Teilhabechancengesetz	-0,1	0,0	0,2
Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Behinderungen	-0,2	0,0	0,0
Mehrausgaben für Verteidigung und Entwicklungshilfe	-0,6	-0,1	0,0
Personalaufstockung in den Bereichen Sicherheit und Justiz	-0,3	-0,5	-0,1
Mehrausgaben für regionale Strukturpolitik und ländliche Räume	-0,7	0,0	-0,2
Senkung der EEG-Umlage		-5,4	-0,1
<b>Ausgaben der Sozialversicherungen</b>			
rentenpolitische Maßnahmen aus der vergangenen Legislaturperiode	-0,2	-0,2	0,0
rentenpolitische Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag 2018 <sup>5</sup>			
Grundrente		-1,3	-0,1
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz	-0,3	-0,2	-0,1
Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung	-0,1	0,0	0,0
Arbeit von morgen-Gesetz	-0,1	-0,2	-0,2
Terminservice- und Versorgungsgesetz	-0,5	-0,5	0,0
<b>Diskretionäre Maßnahmen insgesamt (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)<sup>6</sup></b>	<b>-20,2</b>	<b>-26,5</b>	<b>2,2</b>
Konjunkturpaket vom Juni 2020 (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr) <sup>5</sup>	-45,1	-15,2	29,9
Sonstige Corona-Maßnahmen (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr) <sup>5</sup>	-82,6	16,4	63,2
<b>Insgesamt (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)<sup>5</sup></b>	<b>-147,9</b>	<b>-25,3</b>	<b>95,3</b>
Insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	-4,4	-0,7	2,6

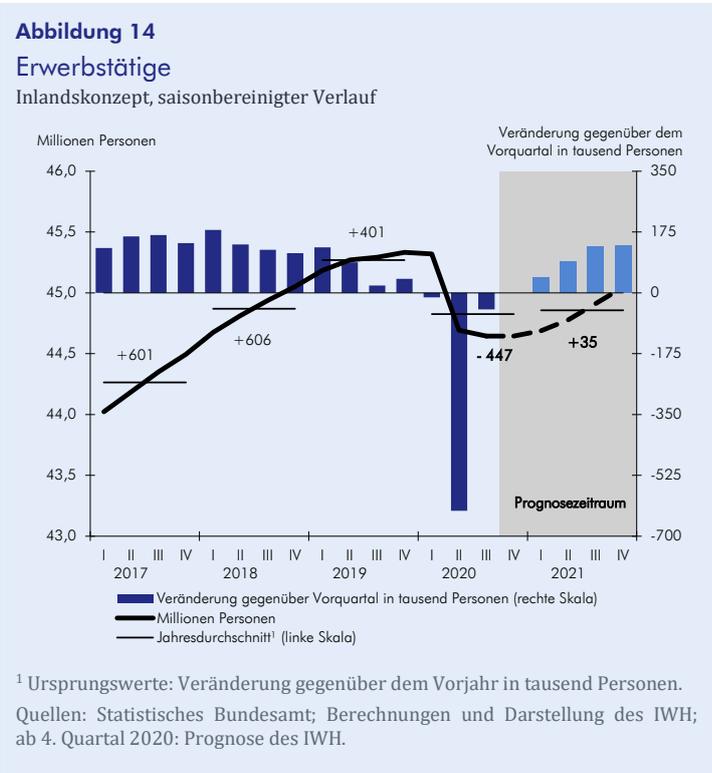
<sup>1</sup> Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU). – <sup>2</sup> Reform der Investmentbesteuerung, Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. November 2016, Unternehmensteuerechtsreformgesetz 2008, Umsetzung des EuGH-Urteils vom 15. September 2016 zum Zeitpunkt des Vorsteuerabzugs bei Berichtigung einer Rechnung. – <sup>3</sup> investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag von 2013 sowie zusätzliche Investitionen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsfonds und des Investitionspakets über 10 Mrd. Euro, zusätzliche Mittel für den Ausbau der Kindertagesbetreuung, zusätzliche Ausgaben für die innere und äußere Sicherheit. – <sup>4</sup> Digitalpakt, Fonds für den Breitbandausbau, Ausbau von Ganztagschulen, zusätzliche Mittel für die Kinderbetreuung, Erhöhung der Mittel für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. – <sup>5</sup> Mütterrente II, Verbesserungen für Erwerbsgeminderte, Stärkung der Betriebsrenten, Flexirente. – <sup>6</sup> Differenzen durch Rundungsfehler.

Quellen: Bundesregierung; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

### Trotz konjunktureller Schwäche robuste Entwicklung des Arbeitsmarkts

Im Zuge der kräftigen Produktionsausdehnung im dritten Quartal 2020 hat das Arbeitsvolumen mit 5,4% deutlich zugenommen. Allerdings war dies nicht mit einem Beschäftigungsaufbau verbunden. Die Zahl der Erwerbstätigen ging um 48 000 Personen bzw. 0,1% zurück (vgl. Abbildung 14). Der Rückgang der Erwerbstätigkeit ist vollständig auf die weitere Verringerung der Zahl der Selbstständigen zurückzuführen (-49 000 Personen bzw. -1,2%). Damit setzt sich der seit dem Jahr 2012 zu verzeichnende Rückgang der Selbstständigkeit fort. Allerdings ist seit dem zweiten Quartal 2020 eine Beschleunigung zu beobachten, was wohl auch auf die - bedingt durch die Corona-Pandemie - schlechte Lage bei den Soloselbstständigen zurückzuführen ist.

Im Oktober 2020 lag die Zahl der Erwerbstätigen um 675 000 Personen bzw. 1,5% unter dem Stand von Februar 2020, dem Monat unmittelbar vor Einsetzen der Infektionsschutzmaßnahmen in Deutschland. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nimmt seit Juni 2020 leicht zu, lag aber im September 2020 - neuere Daten liegen noch nicht vor - um 337 000 Personen bzw. 1,0% unter dem Stand von Februar 2020.<sup>20</sup> Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten war im September 2020 um 264 000 Personen bzw. 5,8% niedriger als Februar 2020. Allerdings stieg die Zahl der Minijobs in den Sommermonaten an, was auch Folge der zeitweisen Revitalisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten im Gast- und Beherbergungsgewerbe gewesen sein dürfte.



Die Beschäftigungsentwicklung wäre deutlich ungünstiger, wenn die Unternehmen bzw. der Staat auf die gesunkene Arbeitsnachfrage nicht durch eine massive Ausweitung von Kurzarbeit reagieren würden. Zwar ist die Zahl der Kurzarbeiter seit April 2020, als mit 6 Mio. Kurzarbeitern der Höchststand erreicht worden war, deutlich zurückgegangen: Im September betrug die Zahl der Kurzarbeiter laut Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit 2,2 Millionen Personen.<sup>21</sup> Schätzungen des ifo Instituts auf Basis von Unternehmensbefragungen zufolge ging diese bis Oktober 2020 auf 1,8 Millionen zurück.<sup>22</sup> Damit lag die Zahl der Kurzarbeiter um 70% unter dem Höchststand vom April 2020. Allerdings wurde der während der Finanzkrise erreichte Höchststand von knapp 1,5 Millionen (Mai 2009) noch immer überschritten. Im November dürfte die Zahl der Kurzarbeiter auf knapp 2 Millionen Personen gestiegen sein.<sup>23</sup>

<sup>20</sup> Im September 2020 lag die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in den Bereichen Gesundheitswesen, Pflege und Soziales, Öffentlicher Dienst, Baugewerbe, Erziehung und Unterricht sowie Information und Kommunikation besonders deutlich über dem Vorjahresstand. Die größten Rückgänge sind in den Bereichen Metall-, Elektro- und Stahlindustrie, Arbeitnehmerüberlassung sowie Gastgewerbe zu verzeichnen.

<sup>21</sup> Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Tabellen, Realisierte Kurzarbeit (hochgerechnet) (Monatszahlen), Nürnberg, Dezember 2020.

<sup>22</sup> Vgl. Link, S.; Sauer, S.: "Lockdown light" lässt Kurzarbeit im November wieder etwas ansteigen, in: ifo Schnelldienst 12/2020 (Vorabdruck), 4.

<sup>23</sup> Besonders stark nahm im November 2020 die Kurzarbeit im Gastgewerbe sowie im Beherbergungsgewerbe zu. Im Verarbeitenden Gewerbe hat sich dagegen der rückläufige Trend auch im November fortgesetzt. Vgl. ebenda.

Gleichzeitig stieg der durchschnittliche Arbeitsausfall je Kurzarbeiter von 37% im Oktober 2020 auf etwa 48% im November 2020.<sup>24</sup> Dies bedeutet, dass der durch Kurzarbeit bedingte Arbeitsausfall insgesamt 2,8% betrug.<sup>25</sup>

Der Beschäftigungsabbau hat sich nicht vollständig in einem Aufbau der registrierten Arbeitslosigkeit umgesetzt. Im November 2020 lag die Arbeitslosigkeit um 548 000 Personen bzw. 24,2% über dem Stand vom Februar 2020.<sup>26</sup> Allerdings geht die Bundesagentur für Arbeit davon aus, dass nur ein Teil der neu hinzugekommenen Arbeitslosen zuvor ohne Beschäftigung waren. Dies ist auch auf den – bedingt durch die Kontaktbeschränkungen – geringeren Einsatz von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen<sup>27</sup> sowie den Rückgang von Neueinstellungen<sup>28</sup> zurückzuführen. Zudem wurden weniger Arbeitslose kurzzeitig wegen Arbeitsunfähigkeit oder fehlender Verfügbarkeit abgemeldet.<sup>29</sup>

**Tabelle 11****Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2019 und 2020**

	2019	2020 <sup>1</sup>	Veränderung in	
			1 000 Personen	%
Arbeitnehmer (Inland) <sup>1</sup>	41 117	40 822	-295	-0,7
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33 518	33 565	47	0,1
Geförderte <sup>2</sup>	120	125	5	4,2
nicht geförderte	33 398	33 440	42	0,1
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	4 579	4 306	-273	-6,0
sonstige	3 020	2 951	-69	-2,3
Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger	4 152	4 000	-152	-3,7
geförderte Selbstständigkeit	23	20	-3	-13,0
nicht geförderte Selbstständigkeit	4 129	3 980	-149	-3,6
Erwerbstätige (Inland)	45 269	44 822	-447	-1,0
darunter:				
staatlich subventionierte Erwerbstätige	288	2 974	2 686	932,6
geförderte Erwerbstätige <sup>3</sup>	143	145	2	1,4
Kurzarbeit	145	2 829	2 684	1 851,0
ungeförderte Erwerbstätigkeit	44 981	41 848	-3 133	-7,0
nachrichtlich:				
Anteil der staatlich subventionierten Erwerbstätigen an den Erwerbstätigen (Inland)	0,6	6,6		

<sup>1</sup> Prognose des IWH – <sup>2</sup> Eingliederungszuschüsse (einschl. für Schwerbehinderte); Einstiegsgeld bei abhängiger SV-pflichtiger Erwerbstätigkeit; Beschäftigungszuschuss; ESF Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter; Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§16e SGB II); Teilhabe am Arbeitsmarkt; Förderung von Arbeitsverhältnissen. – <sup>3</sup> Geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung; Geförderte Selbstständige.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen bzw. Schätzungen des IWH.

Das Erwerbspersonenpotenzial ist im bisherigen Verlauf des Jahres 2020 deutlich geschrumpft. Dies ist zum einen dadurch bedingt, dass wegen der Pandemie deutlich weniger Arbeitskräfte aus dem Ausland nach Deutschland zu Erwerbszwecken einreisen.<sup>30</sup> Zum anderen hat die Erwerbsbeteiligung aufgrund der ungünstigen Arbeitsmarktlage erheblich abgenommen. So haben sich zwischen Februar 2020 und Juli 2020 – neuere Daten liegen noch nicht vor –

<sup>24</sup> Zur quartalsweisen Entwicklung des Arbeitsausfalls durch Kurzarbeit vgl. auch: *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: Arbeitszeit in einem dritten Quartal noch nie so niedrig*, Presseinformation vom 08.12.2020.

<sup>25</sup> Vgl. *Link, S.; Sauer, S.*, a. a. O., 5.

<sup>26</sup> Zum Vergleich: Im Jahr 2009 lag die registrierte Arbeitslosigkeit um 156 000 Personen bzw. 4,8% über dem Vorjahresstand.

<sup>27</sup> Vgl. *Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt – Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt*. Nürnberg, November 2020, 12. Im November 2020 waren 78 000 Personen bzw. 12,9% weniger in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen als im Februar 2020. Besonders kräftig ging die Zahl der Personen in Maßnahmen zur beruflichen Aktivierung und beruflichen Eingliederung zurück (-29 000 Personen bzw. -16,6%). Deutliche Rückgänge gab es auch bei der Förderung abhängiger Beschäftigung (-16 000 bzw. -23,4%) und der Förderung der Selbstständigkeit (-4 000 bzw. -15,9%).

<sup>28</sup> Vgl. *Merkel, C.; Weber, E.: Raus aus der Neueinstellungskrise!*, in: *Wirtschaftsdienst*, 100 (2020) 7, 507–509.

<sup>29</sup> Vgl. *Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt ...*, a. a. O.

<sup>30</sup> Vgl. *Bauer, A.; Fuchs, J.; Gartner, H.; Hummel, M.; Hutter, C.; Wanger, S.; Weber, E.; Zika, G.: IAB-Prognose 2020/2021: Arbeitsmarkt auf schwierigem Erholungskurs*, IAB-Kurzbericht 19/2020, 8 f.

etwa 230 000 Personen vom Arbeitsmarkt zurückgezogen.<sup>31</sup> Dabei ist zum gegenwärtigen Stand unklar, ob sich diese Personen nur kurzzeitig oder auf Dauer vom Arbeitsmarkt zurückziehen.

Infolge der auch im vierten Quartal 2020 noch rückläufigen Produktion wird das Arbeitsvolumen stagnieren. Die Zahl der Erwerbstätigen wird auch noch nicht zunehmen, da sich der Rückgang der Selbstständigen und der ausschließlich geringfügig Beschäftigten fortsetzen dürfte. Die Zahl der Kurzarbeiter dürfte infolge des Corona-Lockdowns im Dezember 2020 nochmals steigen. Die bis November 2020 vorliegenden Daten zur registrierten Arbeitslosigkeit lassen für das vierte Quartal 2020 einen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen erwarten. Im Durchschnitt des Jahres 2020 dürfte die Zahl der Erwerbstätigen um knapp 450 000 Personen bzw. 1,0% unter dem Vorjahresstand liegen (vgl. Tabelle 11). Im Jahr 2021 dürfte – einhergehend mit der Normalisierung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Zunahme an offenen Stellen – die Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr um ca. 35 000 Personen bzw. 0,1% steigen. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird im Verlauf des Jahres 2021 abnehmen. Im Jahresdurchschnitt dürfte sie um ca. 30 000 Personen unter dem Vorjahresstand liegen. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahr 2020 5,9%, im Jahr 2021 5,8 und im Folgejahr 5,4% betragen. Dabei ist zu beachten, dass das Erwerbspersonenpotenzial – nach einer langen Phase der Zunahme – im Jahr 2020 um ca. 100 000 und im Jahr 2021 um etwa 50 000 sinken wird.<sup>32</sup>

### Corona-Sonderzahlungen kompensieren Lohnrückgang im Pandemie-Jahr

Die Tarifverdienste sind im Jahr 2020 trotz Corona-Pandemie recht kräftig um 2,5% gestiegen (vgl. Tabelle 12). Zwar wurde in einigen Tarifbereichen wie in der Metall- und Elektroindustrie vereinbart, den abgelaufenen Tarifvertrag ohne Entgeltsteigerung bis Ende des Jahres zu verlängern, jedoch gab es aufgrund der vor der Pandemie abgeschlossenen Tarifverträge bereits einen relativ hohen vertraglich fixierten Anstieg. Auch wurde in den zuletzt abgeschlossenen Tarifverträgen des Bauhauptgewerbes und des Öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen die Zahlung einer steuer- und sozialabgabenfreien Corona-Sonderzahlung fixiert. Diese wird jeweils zum Ende des Jahres 2020 ausgezahlt. Eine reguläre Tariflohnerhöhung wurde in beiden Tarifverträgen erst für das Jahr 2021 vereinbart.<sup>33</sup> Damit dürften die Tariflöhne im Jahr 2021 um 1,5% zulegen. Wenn dann im Jahr 2022 die pandemiebedingten Einschränkungen überwunden sein werden, werden die Tariflöhne mit 2,4% wieder kräftiger zulegen.

**Tabelle 12**  
**Tarifliche Monatsverdienste mit Sonderzahlungen in ausgewählten Wirtschaftszweigen**

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

Wirtschaftszweig	2019	2020	2021	2022
Tarifliche Monatsverdienste mit Sonderzahlungen	3,1	2,5	1,6	2,4
Effektivverdienste je Arbeitnehmer	2,9	0,0	2,1	2,5
Lohn drift	-0,2	-2,5	0,5	0,1
<i>Nachrichtlich: Lohnstückkosten</i>	3,2	4,3	-2,7	0,4

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2020 bis 2022: Prognose des IWH.

Zu Beginn des Jahres 2021 steigt der gesetzliche Mindestlohn, der im Jahr 2020 bei 9,35 Euro je Stunde lag auf 9,50 Euro. Im Juli 2021 wird er dann nochmals auf 9,60 Euro angehoben. Danach erfolgt zu Beginn des Jahres 2022 eine weitere Erhöhung auf 9,82 Euro und auf 10,45 Euro ab der zweiten Jahreshälfte. Damit liegt der Mindestlohn Ende 2021 2,7% und Ende 2022 8,9% über dem des jeweiligen Vorjahreszeitraums. Insbesondere die vom Gesetzgeber festgelegten Mindestloohnerhöhungen im Jahr 2022 dürften die Lohnkosten für einfache Tätigkeiten drastisch verteuern.

Nachdem im zweiten Quartal 2020 durch die Lockdown bedingte Ausweitung der Kurzarbeit die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer um 4,6% gegenüber dem Vorquartal zurückgegangen waren, gab es im dritten Quartal

<sup>31</sup> Vgl. hierzu auch *Fuchs, J.; Weber, B.; Weber, E.: Rückzug vom Arbeitsmarkt? Das Angebot an Arbeitskräften sinkt seit Beginn der Corona-Krise stark*, in: IAB-Forum, 12.8.2020.

<sup>32</sup> Vgl. *Bauer, A.; Fuchs, J.; Gartner, H.; Hummel, M.; Hutter, C.; Wanger, S.; Weber, E.; Zika, G.*, a. a. O., 8 f.

<sup>33</sup> Im Bauhauptgewerbe erfolgt eine reguläre Tariflohnerhöhung ab Januar 2021 um 2,1%/2,2% (West/Ost) und im Öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen ab April 2021 um 1,4%, mindestens 50 Euro monatlich.

2020 bereits wieder ein kräftiges Aufholen um 3,7%. Der Rückgang der Löhne wird zum großen Teil durch das Kurzarbeitergeld und die teilweise Aufstockung durch die Arbeitgeber kompensiert, sodass der effektive Einkommensverlust der Arbeitnehmer wesentlich geringer ausfällt. Im vierten Quartal dürfte ein Teil der Beschäftigten von der steuer- und sozialabgabenfreien Corona-Sonderzahlung<sup>34</sup> profitieren, sodass insgesamt im Jahr 2020 die Effektivverdienste wohl stagnieren werden. Im Jahr 2021, das auch weiterhin von pandemiebedingten Einschränkungen geprägt sein dürfte, werden die Effektivlöhne dann um 2,1% steigen. Erst für das Jahr 2022 sind wieder kräftigere Lohnzuwächse zu erwarten.

Die Lohnstückkosten dürften nach dem kurzarbeitsbedingten kräftigen Anstieg im Jahr 2020 mit dem Abbau der Pandemierestriktionen wieder deutlich sinken und erst zum Ende des Prognosezeitraums etwas zulegen.

### Außenhandel: Erholung dauert an

Der Außenhandel wurde im Jahr 2020 von der Corona-Pandemie und dem Einbruch der internationalen Konjunktur massiv getroffen. Nach einem leichten Minus im ersten Quartal hinterließen das Pandemiegeschehen in Deutschland sowie die stark geschwächte Weltkonjunktur im zweiten Quartal deutliche Spuren. Die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen brachen um beispiellose 20% ein, die Einfuhren um 17%. Dabei wurde der Handel mit den Ländern des Euroraums und der übrigen EU stärker getroffen als der mit den Ländern außerhalb der EU, der Dienstleistungshandel noch etwas stärker als der Warenhandel.

Eine erste Erholung des Warenhandels setzte bereits im Mai wieder ein, vor allem betraf dies die Ausfuhren nach China. Diejenigen in viele andere wichtige Handelspartnerländer, die besonders schwer von der Corona-Pandemie betroffen sind (u. a. Vereinigte Staaten und Großbritannien), verbesserten sich nur wenig. Die Wareneinfuhren blieben im Mai insgesamt schwach. Im Juni nahm die Belegung der Aus- und Einfuhren aber Fahrt auf, sie betraf nunmehr auch die Dienstleistungen. Im dritten Quartal setzte sich die Erholung des Außenhandels angesichts der kräftigen Belegung der Weltwirtschaft und einer Lockerung des Lockdowns in vielen der Handelspartnerländer fort. Dabei konnten vor allem die Warenausfuhren kräftig zulegen, während die Erholung der Wareneinfuhren ein geringeres Tempo hatte und zuletzt stockte (vgl. Kasten 4).

**Tabelle 13**  
Indikatoren zur Außenwirtschaft

	2019	2020	2021	2022
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Exporte, real	1,0	-10,5	10,8	7,7
Importe, real	2,6	-7,8	12,5	6,4
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Exporte, nominal	46,9	43,2	45,3	46,9
Importe, nominal	41,1	38,2	40,6	41,5
	Außenbeitrag			
Mrd. Euro, nominal	199,9	166,6	166,1	203,1

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2020 bis 2022: Prognose des IWH.

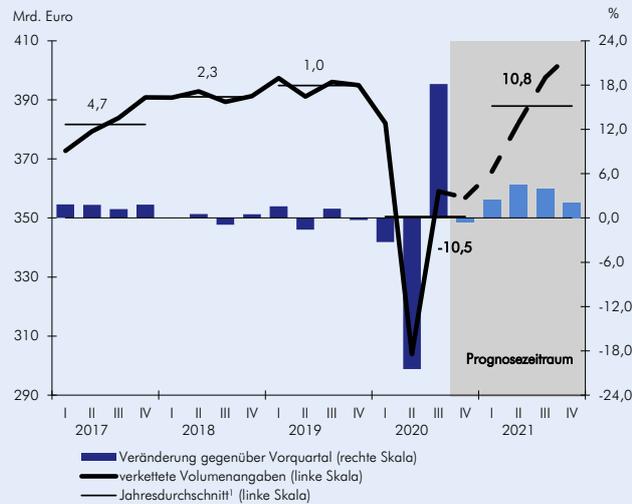
Für das vierte Quartal geben die Frühindikatoren für die Außenwirtschaft gemischte Signale. Sie spiegeln einerseits ein wieder stärkeres Pandemiegeschehen (Lockdown-Maßnahmen wichtiger Handelspartner) wider. So verschlechterten sich die ifo Exporterwartungen zuletzt (November) beträchtlich. Die Auftragseingänge aus dem Ausland für das Verarbeitende Gewerbe stimmen andererseits verhalten optimistisch. Sie nahmen seit Mai mit Ausnahme des Septembers saisonbereinigt kräftig zu und haben das Vorkrisenniveau übertroffen. Im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung von Produktion und Nachfrage dürften sich Exporte und Importe allmählich auf ihr Vorkrisenniveau zurückarbeiten. Insgesamt ist für 2020 ein Rückgang der Exporte von 10,5% zu erwarten. Im weiteren Prognosezeitraum werden die Ausfuhren Fahrt aufnehmen (vgl. Abbildung 15), mit einer Zunahme von 10,8% im Jahr 2021 und von 7,7% im Jahr 2022. (vgl. Tabelle 13).

Die Einfuhren werden im weiteren Prognosezeitraum von den dynamischeren Ausfuhren sowie von der Binnennachfrage profitieren und mit hohen Raten expandieren. Sie dürften daher nach einem Rückgang im Jahr 2020 um 7,8% im kommenden Jahr kräftig um 12,5% steigen, damit etwas stärker als die Exporte, im Jahr 2022 dann mit 6,4% (vgl. Abbildung 16). Der Beitrag des Außenhandels zur Zunahme des Bruttoinlandsprodukts fällt damit im Jahr 2020 insgesamt negativ aus; 2021 wird er in etwa neutral bleiben und im Jahr 2022 leicht positiv werden.

<sup>34</sup> In dieser Prognose wird davon ausgegangen, dass die Hälfte der Arbeitnehmer Corona-Sonderzahlungen in Höhe von durchschnittlich 400 Euro erhält. Dabei dürften  $\frac{1}{4}$  der Zahlungen sonstige freiwillige Jahresendzahlungen ersetzen.

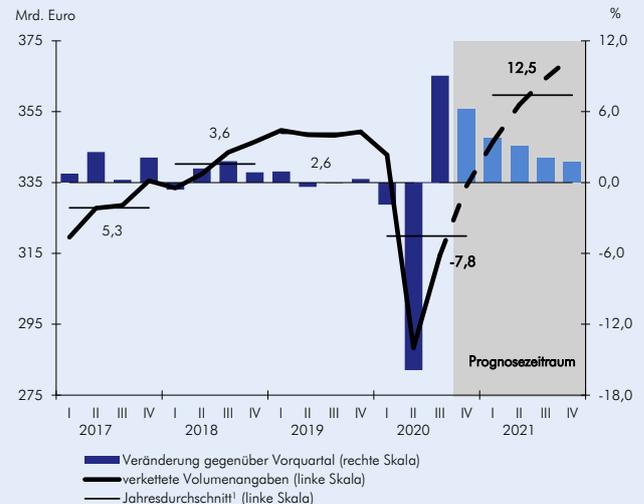
**Abbildung 15**  
Reale Exporte

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



**Abbildung 16**  
Reale Importe

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



<sup>1</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2020: Prognose des IWH.

Die Terms of Trade verbesserten sich in der ersten Jahreshälfte deutlich, vor allem aufgrund des starken Ölpreisverfalls im Frühjahr. In der zweiten Jahreshälfte haben die Importpreise bei sich nur schwach verändernden Exportpreisen wieder zugelegt. Insgesamt ergibt sich ein Anstieg der Terms of Trade. In den folgenden zwei Jahren dürften die Ausführpreise leicht stärker steigen als die Einfuhrpreise.

**Kasten 4**

Zum Einbruch der Reisedienstleistungen während der Corona-Pandemie

Der internationale Handel mit Dienstleistungen gewinnt für Deutschland zunehmend an Bedeutung. Die Dienstleistungen machen etwa 19% der Gesamtausfuhren (Waren und Dienstleistungen) und 23% der Gesamteinfuhren aus, noch im Jahr 1995 waren es nur 13% bzw. 20%. Die Struktur des Dienstleistungshandels hat sich im Zuge der weltweiten Globalisierung und der Digitalisierung gewandelt. Während noch in den 1990er Jahren über ein Drittel auf den Reiseverkehr, etwa ein Viertel auf Transporte und der Rest auf alle übrigen Dienstleistungen entfiel, betrug der Anteil des Reiseverkehrs 2019 etwa 20%, der Transporte knapp 18% und der übrigen Leistungen über 56%.

Traditionell bilden die Reiseverkehrausgaben die größte Einzelposition in der deutschen Dienstleistungsbilanz. Vor allem die anziehenden Reiseausgaben deutscher Touristen im Ausland (Reiseverkehrsleistungsimporte) sind für den Passivsaldo im Dienstleistungshandel verantwortlich. Mehr als 25% der Dienstleistungsimporte gehen auf diese Position zurück. Hauptreiseland mit mehr als 10% der Ausgaben ist Spanien, gefolgt von Österreich und Italien. Auf der Einnahmenseite gewinnt Deutschland als Reiseland zwar an Attraktivität, jedoch liegt der Anteil der Reiseverkehrsleistungsexporte nur bei etwa 12% der Dienstleistungsexporte.

Die Reisedienstleistungen sind innerhalb des Dienstleistungshandels von der Corona-Pandemie besonders betroffen. Ihre Entwicklung ist eng mit dem zeitlichen Ablauf und dem Ausmaß der Verbreitung des Corona-Virus sowie den Gegenmaßnahmen der einzelnen Länder verbunden. In den ersten 10 Monaten betrug der Rückgang der Reiseausgaben deutscher Touristen im Ausland 41%, die Reiseausgaben von Ausländern in Deutschland sanken um 38%. Davon entfiel auf das zweite Quartal ein Einbruch von 80% (Ausgaben) bzw. 70% (Einnahmen). Im dritten Quartal wurden etwa 52% der Ausgaben und 62% der Einnahmen des Vorjahresniveaus wieder erreicht. Im Vergleich war der Dienstleistungshandel insgesamt nur um 17% niedriger als im Vorjahreszeitraum.

## Anlageinvestitionen: Langsame Erholung in Sicht

Die Anlageinvestitionen haben nach rückläufigen Raten im Winterhalbjahr 2019/20 und dem starken Einbruch im Frühjahr zuletzt expandiert. Im ersten Quartal gingen zwar starke Impulse von den Bauinvestitionen aus, diese wurden allerdings durch den starken Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen ausgeglichen, sodass insgesamt ein Rückgang der Anlageinvestitionen zu verzeichnen war. Anschließend ist die Investitionstätigkeit inländischer Unternehmen durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie massiv beeinträchtigt worden. Diese schlugen sich während des ganzen Sommerhalbjahres auch in allen drei Bausparten nieder, insbesondere im gewerblichen Wirtschaftsbau und privaten Wohnungsbau. Hingegen führten öffentliche Haushalte im zweiten Quartal erhebliche investive Maßnahmen in Ausrüstungen durch. Nach zwei aufeinanderfolgenden starken Einbrüchen im ersten Halbjahr konnte zuletzt eine starke Erholung der privaten Ausrüstungsinvestitionen verbucht werden, die den Einbruch der Bautätigkeit im Sommer wiederum überkompensierte.

Im Winterhalbjahr 2020/21 wird sich das Expansionsstempo der **Ausrüstungsinvestitionen** verlangsamen. Nach dem sprunghaften Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen im dritten Quartal dürfte diese Dynamik weiterhin mit positiven, aber geringeren Zuwachsraten fortgesetzt werden. Darauf deuten sowohl die vom ifo erfasste Lageeinschätzung als auch die gemessene Kapazitätsauslastung der Investitionsgüterhersteller hin, die seit Juni bis zuletzt kontinuierlich gestiegen sind. Die inländischen Umsätze und Auftragseingänge der Investitionsgüterproduzenten sind im März und im April stark zurückgegangen, holten aber in den nächsten Monaten wieder auf und weisen am aktuellen Rand eine leicht positive Bewegung auf. Allerdings signalisieren die zuletzt vom ifo erfassten Exportausichten und sowohl die Erwartungen als auch die Produktionspläne der Investitionsgüterhersteller eine rückläufige Tendenz. Die Unternehmen dürften geplante Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen eher zögerlich umzusetzen. Auch im späteren Prognoseverlauf dürften die Unternehmen angesichts der sich langsam erholenden konjunkturellen Entwicklung eher verhältnismäßig moderate Erweiterungsinvestitionen tätigen. Alles in allem dürften die Investitionen in Ausrüstungen nach dem starken Rückgang von 10,8% im Jahr 2020 in den Folgejahren mit 11,2% und 3,1% zunehmen (vgl. Abbildung 17).

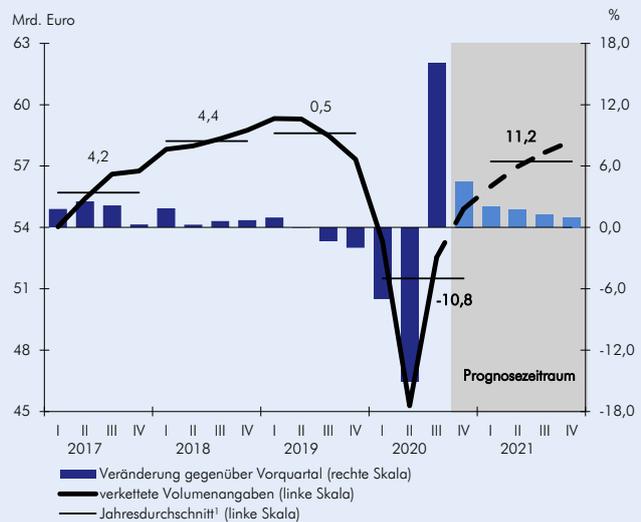
Die **Baukonjunktur** wurde während des Sommerhalbjahres 2020 in allen drei Sparten stark beeinträchtigt. Zusätzlich war im dritten Quartal eine negative Entwicklung der Preise im Bau zu beobachten, die wohl mit der ab Juli geltenden Mehrwertsteuersenkung im Zusammenhang steht. Im vierten Quartal haben die Wohnungsbauinvestitionen wohl relativ kräftig zugelegt (vgl. Abbildung 18).

Die für den **Wohnungsbau** maßgebliche Produktion im Ausbaugewerbe war zwischen April und Juli in der Tendenz stark rückläufig und ist seitdem auf kräftigem Erholungskurs. Zusätzlich deutet zum einen die ifo Lageeinschätzung im Wohnungsbau auf einen leichten Anstieg im November hin. Zum anderen verzeichneten die Auftragseingänge im Wohnungsbau zwischen Mai und August eine signifikante Erholung. Am aktuellen Rand weisen sie eine leichte Dämpfung auf, bleiben dennoch weiterhin auf hohem Niveau. Gegen eine starke Wohnungsbaukonjunktur im weiteren Prognosezeitraum spricht die seit Juli seitwärts gerichtete Tendenz der vom ifo abgefragten Erwartungen im Woh-

**Abbildung 17**

### Reale Investitionen in Ausrüstungen

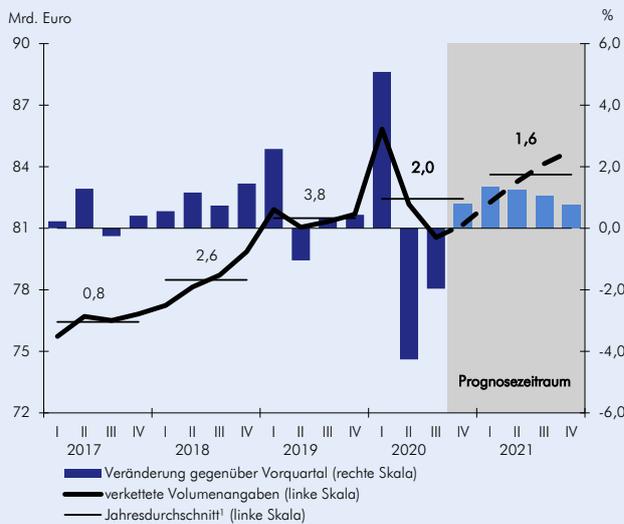
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



<sup>1</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2020: Prognose des IWH.

**Abbildung 18**  
**Reale Bauinvestitionen**  
 saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



<sup>1</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.  
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2020: Prognose des IWH.

nungsbausektor. Es ist im Zeitraum von Januar bis September 2020 zu einem Anstieg der Genehmigungen für Wohngebäude im Vergleich zur Vorjahresperiode gekommen. Die Zahl an Baugenehmigungen bleibt höher als die der Fertigstellungen. In der vorliegenden Prognose ist deshalb eine zeitliche Streckung anstehender Wohnungsbaumaßnahmen bis in das Jahr 2022 unterstellt, die mit schwächer anziehenden Baupreisen einhergeht. Bei den Wohnbauten ergibt sich trotz des im Sommerhalbjahr starken Rückgangs wohl ein Zuwachs im Jahr 2020 um 2,9%. In den Jahren 2021 und 2022 dürfte der Zuwachs bei etwa 2,2% bzw. 2,7% liegen.

Die **öffentliche Bautätigkeit** dürfte im laufenden Quartal nur leicht zunehmen, bleibt allerdings im weiteren Prognosezeitraum aufwärtsgerichtet. Die Auftragsbestände für öffentliche Tiefbauten und Straßenbau sind zuletzt leicht zurückgegangen, befinden sich aber auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Dieses dürfte auf die finanziellen Folgewirkungen der Corona-Pandemie für die Kommunen

zurückzuführen sein, die ihre Bautätigkeit nur bedingt vorantreiben konnten. Auch die Lageeinschätzungen aus der ifo Konjunkturumfrage im Straßenbau und sonstigen Tiefbau spiegeln am aktuellen Rand einen leichter Anstieg wider. Dennoch bleiben die Unternehmenserwartungen in der Tendenz sinkend. Für den weiteren Prognosezeitraum wird deshalb angenommen, dass die Kommunen trotz der finanziellen Hilfspakete des Bundes ihre Bautätigkeit nur langsam ausweiten. Alles in allem dürfte es im Jahr 2020 trotz der durch die Corona-Pandemie bedingten Einschränkungen zu einem Zuwachs der öffentlichen Bauinvestitionen um 4,5% kommen, bedingt durch das starke erste Quartal. In den Folgejahren dürfte der Zuwachs bei 1,7% bzw. 2,0% liegen.

Die **Investitionen der Unternehmen in Bauten** dürften nach dem Einbruch im Sommer 2020 auch im laufenden Quartal zurückgehen. Darauf deutet die im Oktober und im November sich verschlechternde Einschätzung der Lage im Wirtschaftsbau hin; allerdings signalisieren die in unterschiedliche Richtung verlaufenden Auftragseingänge für Hoch- bzw. Tiefbauten, dass es trotz hoher Auftragsbestände im späteren Verlauf eher moderate Impulse vom Wirtschaftsbau zu erwarten sind. Dies spiegelt auch eine in den letzten Monaten leicht zu beobachtende Aufwärtsbewegung der Erwartungen im Wirtschaftsbau wider. Alles in allem gehen die Investitionen in gewerbliche Bauten im Jahr 2020 wohl um 1,1% zurück. Im Jahr 2021 dürfte es zu einem erneuten Rückgang um etwa 0,1% kommen. Für das Jahr 2022 dürfte ein Zuwachs von etwa 2,2% zu verzeichnen sein. Alles in allem nehmen die Bauinvestitionen im Jahr 2020 wohl um 2,0% zu und dürften auch in den Jahren 2021 und 2022 um 1,6% bzw. 2,6% zulegen. Die Baupreise dürften im Jahr 2020 leicht zugenommen haben, starten aber im ersten Quartal des Jahres 2021 wohl mit einem kräftigen Anstieg bedingt durch die Rücknahme der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung.

Insgesamt dürften die Anlageinvestitionen im laufenden Jahr um 2,6% zurückgehen, sie steigen aber in den Folgejahren voraussichtlich um 4,8% bzw. 2,7% (vgl. Tabelle 14).

**Tabelle 14**  
**Reale Anlageinvestitionen in Deutschland**  
 Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2019	2020	2021	2022
Anlageinvestitionen insgesamt	2,5	-2,6	4,8	2,7
Bauinvestitionen insgesamt	3,8	2,0	1,6	2,6
Wohnbauten	4,0	2,9	2,2	2,7
Nichtwohnbauten insgesamt	3,5	0,7	0,6	2,2
gewerbliche Bauten	2,5	-1,1	0,1	2,2
öffentliche Bauten	6,0	4,5	1,7	2,0
Ausrüstungen	0,5	-10,8	11,2	3,1
Sonstige Anlagen	2,7	-1,0	3,6	2,8

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2020 bis 2022: Prognose des IWH.

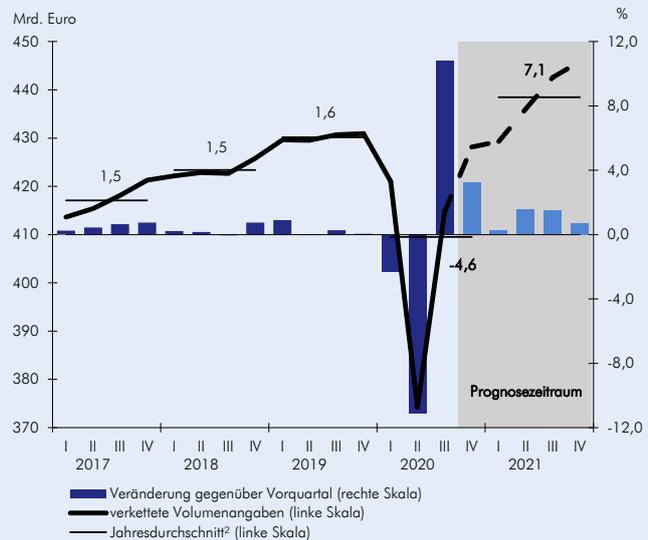
## Robuste Einkommen stützen privaten Konsum

Der Konsum der privaten Haushalte ist im Jahr 2020 vor allem durch die pandemiebedingten Restriktionen limitiert worden (vgl. Abbildung 19). So sanken die privaten Konsumausgaben während des Lockdown drastisch und die Sparquote verdoppelte sich zeitweise sogar (vgl. Abbildung 20). Der Onlinehandel und die offen gebliebenen Geschäfte wie Supermärkte oder Baumärkte verbuchten kräftige Umsatzzuwächse. Mit dem Rückgang der Restriktionen in den Sommermonaten normalisierte sich das Niveau der Konsumausgaben wieder. Auch wirkte die temporäre Mehrwertsteuersenkung von Juli bis Dezember 2020 konsumstimulierend, da sie zum Teil in Form von Preissenkung weitergegeben wurde.<sup>35</sup> Davon profitierten vor allem die Verkäufe von langlebigen Konsumgütern. So stiegen beispielsweise die Pkw-Verkäufe kräftig an. Laut Kfz-Neuzulassungsstatistik vom Kraftfahrtbundesamt legten vor allem die privaten Neuzulassungen außerordentlich kräftig zu. Im vierten Quartal 2020 dürften sich die privaten Konsumausgaben nochmals deutlich erhöhen. Selbst zusätzliche Pandemie-Restriktionen zum Ende des Jahres dürften daran nicht mehr viel ändern, da der von den Restriktionen nicht betroffene Onlinehandel seinen Marktanteil weiter ausbauen konnte.<sup>36</sup> Zudem dürften Vorzieheffekte aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung zu Beginn 2021 wirksam werden. Gestützt wird dies letztlich auch durch die zusätzlich angesparten finanziellen Mittel aufgrund der Pandemierestriktionen im Frühjahr, die bislang noch nicht in den privaten Konsum geflossen sind.

Die Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sanken während des Lockdown im Frühjahr kaum, da das Kurzarbeitergeld häufig von den Arbeitgebern zusätzlich aufgestockt wurde, viele Beschäftigte im Home-Office weiterarbeiteten und Corona-Hilfen gezahlt wurden (vgl. Tabelle 15). Die gesetzlichen Renten stiegen regulär zum 1. Juli 2020 in Westdeutschland um 3,45% und in Ostdeutschland um 4,20%. Zur Unterstützung der Familien wurde je Kind ein Familienbonus in Höhe von 300 Euro gewährt, der im September und im Oktober ausgezahlt wurde.

**Abbildung 19**

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte<sup>1</sup>  
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

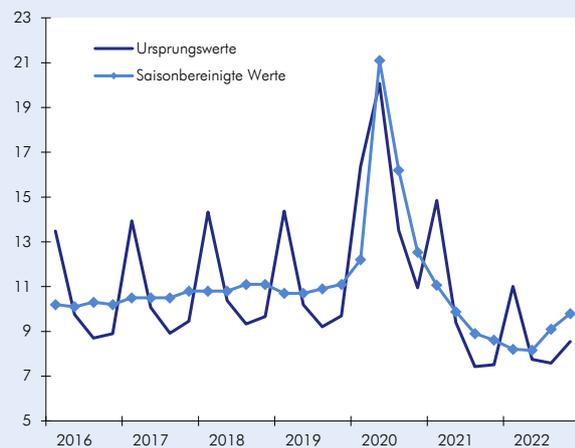


<sup>1</sup> Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2020: Prognose des IWH.

**Abbildung 20**

Sparquote<sup>1</sup> der privaten Haushalte



<sup>1</sup> Anteil des Sparens in % an der Summe von Verfügbaren Einkommen und Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab dem vierten Quartal 2020: Prognose des IWH.

<sup>35</sup> Vgl dazu beispielsweise *Fuest, C.; Neumeier, F.; Stöhlke, D.*: Die Preiseffekte der Mehrwertsteuersenkung in deutschen Supermärkten: Eine Analyse für mehr als 60 000 Produkte. ifo Schnelldienst Digital, 13/2020. Hier konnte für den Supermarkt-Einzelhandel eine Preissenkung von durchschnittlich 2% infolge der Mehrwertsteuersenkung beobachtet werden.

<sup>36</sup> Der Umsatz im Onlinehandel lag im Mai 2020 29% über dem im Dezember 2019, der gesamte Einzelhandel lediglich um 6,5% im gleichen Zeitraum. Seitdem stagnierte der Umsatz im Onlinehandel knapp unter dem Höchststand im Mai 2020.

**Tabelle 15**  
**Verfügbares Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte<sup>1</sup> in Deutschland**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2019	2020	2021	2022
verfügbares Einkommen, nominal	3,0	0,9	2,3	3,2
darunter:				
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	4,6	-0,2	3,0	3,1
monetäre Sozialleistungen	4,5	8,2	1,5	0,8
Selbstständigen-, Vermögenseinkommen	-0,8	-5,5	1,7	5,7
Sparen	2,2	40,9	-33,8	-7,9
private Konsumausgaben, nominal	2,9	-4,0	8,6	4,3
nachrichtlich:				
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	4,1	-0,6	2,4	3,8
Sparquote (in %)	10,9	15,2	9,8	8,8
Preisindex des privaten Konsums	1,3	0,5	1,5	1,7
private Konsumausgaben, real	1,6	-4,6	7,1	2,6

<sup>1</sup> Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2020 bis 2022: Prognose des IWH.

Auch erhielten viele Beschäftigte eine steuer- und sozialabgabenfreie Corona-Sonderzahlung. Insbesondere im vierten Quartal 2020 dürften diese zusätzlichen Zahlungen den privaten Konsum nochmals beflügeln. Da ein Teil der Sonderzahlungen erst Ende Dezember 2020 den privaten Haushalten zufließen wird, dürfte der zusätzliche Konsumeffekt auch noch zu Beginn 2021 wirken und die Bremswirkung der wieder angehobenen Mehrwertsteuer und der Einführung der CO<sub>2</sub>-Abgabe abmildern. Die weitgehende Abschaffung des Solidaritätszuschlags ab dem Jahr 2021 dürfte die Nettoeinkommen merklich erhöhen. Wenn zudem die Kurzarbeit in den nächs-

ten Quartalen weiter zurückgeführt wird und der Arbeitsmarkt stabil bleibt, dürfte das die private Nachfrage im Jahr 2021 deutlich stützen. Die zu Jahresbeginn noch vorhandenen pandemiebedingten Einschränkungen werden im Laufe des Jahres 2021 verringert, und gleichzeitig dürften die Konsumausgaben kräftig ausgeweitet werden. Wenn im Folgejahr alle Restriktionen durch die Corona-Pandemie beendet sind, dürfte auch der Aufholprozess beim Konsum abebben. Die Sparquote wird wohl im Verlauf des Jahr 2021 deutlich zurückgehen und erst zum Ende des Prognosezeitraums wieder auf ein Vorpandemie-Niveau einschwenken. Alles in allem dürfte der private Konsum damit im Jahr 2020 um 4,6% sinken, im Jahr 2021 um 7,1% deutlich gewinnen und im Jahr 2022 mit 2,6% weiter zulegen.

### Ende der temporären Mehrwertsteuersenkung und Kosten durch Klimapaket lassen Inflation anziehen

Nachdem zu Beginn des Jahres 2020 die Verbraucherpreise noch deutlich zugelegt hatten, kam es ab März zu einem drastischen Einbruch der Erdölpreise, der den Preisauftrieb seit dem zweiten Quartal deutlich dämpft. Im dritten Quartal wurde die Mehrwertsteuer von 19% auf 16% bzw. 7% auf 5% für Güter mit ermäßigtem Steuersatz gesenkt und die Verbraucherpreise gingen zurück.<sup>37</sup> Im November 2020 hat sich der Preisrückgang fortgesetzt. Die Verbraucherpreise sanken um 0,8% zum Vormonat und im Vorjahresvergleich um 0,3%. Nicht zuletzt dürften der starke Wettbewerb unter den Einzelhändlern und die temporäre Mehrwertsteuersenkung dazu beigetragen haben, dass die Preise für Möbel, Haushaltsgeräte, Bekleidung und Schuhe sowie für Post und Telekommunikation deutlich zurückgingen. Die Kerninflationsrate (ohne Nahrungsmittel und Energie) lag im November bei 0,5%. Vor allem Preise für Dienstleistungen wie beispielsweise für Gaststätten und Beherbergung oder die Mietpreise stiegen kräftig, aber auch für Alkohol und Tabakwaren mussten die Verbraucher tiefer in die Tasche greifen. Der Ölpreis legte zuletzt wieder zu, sodass hier der inflationsdämpfende Effekt langsam zurückgeht. Insgesamt dürfte damit im Jahr 2020 die Verbraucherinflation bei 0,5% liegen.<sup>38</sup>

Mit der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2021 auf die ursprünglichen Raten von 19% bzw. 7% dürfte die Inflation deutlich anziehen.<sup>39</sup> Zugleich beginnt die Einführung des bundesweiten Emissionshandels zur CO<sub>2</sub>-Bepreisung im Bereich Verkehr und Wärme im Rahmen des Klimapakets. Zusammen dürften Mehrwertsteuererhöhung und CO<sub>2</sub>-Bepreisung die Verbraucherpreise um 1,2% erhöhen. Dabei werden die Maßnahmen aus dem Klimapaket abzüglich der von der Bundesregierung im Rahmen des Konjunkturpakets beschlossenen preisdämpfenden Senkung der EEG-Umlage auf 6,5 Cent pro kWh Strom per Saldo zu einem Anstieg der Inflationsrate um 0,3 Prozentpunkte im Jahr 2021 führen. Auch dürfte ab dem Frühjahr 2021 der bislang preisdämpfende Effekt des Erdölpreises auslaufen und die Teuerungsrate weiter steigen lassen. Insgesamt liegt die Inflationsrate im Jahr 2021 bei 1,2%. Im Jahr darauf, wenn

<sup>37</sup> Vgl. dazu beispielsweise Fuest, C.; Neumeier, F.; Stöhlke, D., a. a. O.

<sup>38</sup> Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, dass es aufgrund der pandemiebedingten Restriktionen Lücken bei der amtlichen Preisstatistik gab, die durch Fortschreibung gefüllt wurden.

<sup>39</sup> Ein damit verbundener Basiseffekt erhöht die Inflationsrate in der zweiten Jahreshälfte 2021 zusätzlich.

weitere Maßnahmen aus dem Klimapaket eingeführt werden und gleichzeitig die EEG-Umlage nochmals abgesenkt wird, beträgt der Inflationsaufschlag 0,2 Prozentpunkte. Zudem wird der Mindestlohn in zwei Stufen kräftig erhöht. Das dürfte den Preisauftrieb weiter beschleunigen, sodass dieser im Jahr 2022 bei 1,4% liegen dürfte. Die Niedrigzinspolitik der EZB scheint bisher kaum Auswirkungen auf die Verbraucherpreise zu zeigen. Kräftige Preissteigerungen sind hingegen bei Immobilien zu beobachten.

Im Jahr 2020 gab es trotz der einschneidenden Rezession einen deutlichen gesamtwirtschaftlichen Preisauftrieb; der Deflator des Bruttoinlandsprodukts stieg um 1,8%. Dies ergab sich vor allem durch hohe Preissteigerungen im Staatssektor und auch durch besonders günstige Terms of Trade. Die Mehrwertsteuersenkung im zweiten Halbjahr 2020 minderte die Preise bei den Bauinvestitionen deutlich. Diese dürften mit dem Auslaufen der Regelung zu Beginn 2021 wieder kräftig steigen. Mit anziehender Konjunktur wird dann der BIP-Deflator im Jahr 2021 ebenfalls um 1,8% und danach um 1,9% zulegen.

### Produktion bleibt im Winterhalbjahr gedämpft

Nach einem sehr starken Einbruch um 10,4% im zweiten Quartal konnte die gesamtwirtschaftliche Produktion bereits im dritten Quartal wieder um 8,0% kräftig zulegen, wenngleich die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen recht heterogen verlief (vgl. Tabelle 16). Besonders stark war dabei die Erholung im Verarbeitenden Gewerbe (+14%) sowie im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr (+13,8%). Ein historisch einmalig starker Zuwachs von 137% gegenüber dem Vorquartal war im Gastgewerbe zu verzeichnen, nachdem die Wertschöpfung im zweiten Quartal um 66% zurückging. Einen Dämpfer gab es allerdings im dritten Quartal erneut in der Bauwirtschaft. Dies ist jedoch vielmehr auf eine Sonderkonjunktur der Branche als auf Effekte der Corona-Pandemie zurückzuführen. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes nahm die Produktion in allen Hauptgruppen im dritten Quartal 2020 deutlich zu: Produktion von Vorleistungsgütern (10,3%), Investitionsgütern (21,9%) und Konsumgütern (8,3%).

**Tabelle 16**

#### Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen<sup>1</sup>

Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal in %

	2020				2021			
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Bruttoinlandsprodukt	-1,9	-9,8	8,5	-0,3	0,3	2,2	1,9	1,0
darunter								
Bruttowertschöpfung	-1,5	-10,4	8,0	-0,1	0,4	2,2	1,9	1,0
darunter								
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-3,8	-16,8	12,3	4,5	1,0	2,1	1,9	0,7
Verarbeitendes Gewerbe	-3,8	-18,3	14,0	4,9	1,0	2,1	1,9	0,6
Energie- und Wasserversorgung	-4,1	-6,9	2,4	1,9	1,4	2,5	2,0	1,3
Baugewerbe	4,8	-3,1	-4,7	2,1	0,7	1,3	1,3	1,2
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	-1,2	-14,2	13,8	-4,6	-0,4	4,2	4,9	2,1
Information und Kommunikation	-1,7	-3,0	3,3	-1,9	-0,2	2,6	1,1	0,8
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-0,5	-0,2	0,2	-0,1	0,3	0,5	0,7	0,7
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,0	-2,0	0,9	-1,4	-0,1	1,9	1,3	1,1
Unternehmensdienstleister	-1,9	-12,0	6,1	-1,5	1,1	1,9	0,9	1,3
öffentliche Dienstleister	-0,9	-8,2	9,5	0,0	0,4	1,3	1,0	0,4
sonstige Dienstleister	-2,7	-18,1	17,8	-2,1	-1,5	2,8	2,2	1,7

<sup>1</sup> Verkettete Volumina, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 4. Quartal 2020: Prognose des IWH.

Im vierten Quartal 2020 dürfte die Wertschöpfung im Produzierenden Gewerbe weiter zulegen, da sich die getroffenen Lockdown-Maßnahmen nicht auf die Produktion auswirken dürften. Die Auftragseingänge waren bis zuletzt aufwärtsgerichtet und auch die ifo Konjunkturumfragen im Verarbeitenden Gewerbe zeigen, dass die Geschäftslage das Vor-Corona-Niveau wieder erreicht hat, wenngleich sich das Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft bedingt durch pessimistischere Aussichten etwas eingetrübt hat. Der Lkw-Maut-Fahrleistungsindex, der in einem engen Zusammenhang mit der Industrieproduktion steht, ist sowohl im Oktober als auch im November erneut gestiegen. Auch die Produktionszahlen für Oktober haben in fast allen Bereichen gegenüber dem Vormonat zugelegt; so nahm bspw. die Produktion von Vorleistungsgütern um 4% und die von Investitionsgütern um 5,2% zu. Lediglich bei den Konsumgütern gab es einen leichten Rückgang um 2,4%. Auch die realen Umsätze, die zumeist stark mit der Produktion

korrelieren, haben gegenüber dem Vormonat um 4% zugelegt. Die Wertschöpfung im Baugewerbe dürfte nach einer kurzen Schwächephase erneut zunehmen, so stieg die Bauproduktion im Oktober um 1,6% gegenüber dem Vormonat. Allerdings deuten der ifo Geschäftsklimaindex für das Bauhauptgewerbe sowie die Auftragsbestände nur auf einen Zuwachs hin, der den Einbruch in den letzten beiden Quartalen nicht aufholen kann. Für die Wertschöpfung im vierten Quartal dürfte in fast allen Dienstleistungsbereichen bedingt durch die bestehenden Einschränkungen infolge der Coronavirus-Pandemie ein Rückgang zu erwarten sein. Einzig im Handel sprechen die bisherigen Einzelhandelsumsätze für einen weiteren Zuwachs, der insbesondere im Dezember verstärkt durch das Online-Geschäft angekurbelt werden dürfte.<sup>40</sup> Im Gastgewerbe dürfte der Rückgang allerdings geringer ausfallen als im ersten Lockdown.

Neben einer Vielzahl von Indikatoren, lassen sich basierend auf täglichen Mobilitätsdaten von Google (COVID-19 Community Mobility Reports)<sup>41</sup> Rückschlüsse vom eingeschränkten Mobilitätsverhalten, welches auch auf Restriktionen zurückgeht, auf die Wertschöpfung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen ziehen. Diese orientieren sich an den beobachteten Zusammenhängen zwischen Mobilität und wirtschaftlicher Aktivität im bisherigen Jahresverlauf. Im vierten Quartal 2020 dürfte die Produktion demnach leicht zurückgehen.

Im ersten Quartal des Jahres 2021 dürfte die Produktion auch nur leicht zunehmen, da die Restriktionen zu Beginn des Jahres weitestgehend anhalten werden bzw. nur geringfügig gelockert werden dürften. Während das Verarbeitende Gewerbe von diesen Maßnahmen nicht unmittelbar betroffen sein dürfte, werden die Dienstleistungsbereiche im ersten Quartal noch weitgehend davon geprägt sein und nur schwache Zuwächse verzeichnen.

Allerdings lassen sich die Zuwächse von Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt in der jetzigen Zeit nicht ohne weiteres gleichsetzen. Bereits in den ersten drei Quartalen gab es jeweils Abweichungen zwischen beiden Aggregaten um 0,5 Prozentpunkte, die durch einen Rückgang bei den Gütersubventionen im ersten Halbjahr bzw. durch höhere Zuwächse bei den Gütersteuern im dritten Quartal erklären lassen. Nachdem bereits im dritten Quartal die Effekte der temporären Reduzierung der Mehrwertsteuer in einem Rückgang der Preise der Gütersteuern sichtbar sind, dürfte sich die Wiederanhebung zum Jahreswechsel in höheren Preisen im Jahr 2021 niederschlagen. Darüber hinaus dürften die nominalen Gütersubventionen im ersten Quartal durch die Senkung der EEG-Umlage massiv steigen. Dies dürfte sich in einem Rückgang der realen Gütersteuern, aber auch der Gütersubventionen im Winterhalbjahr zeigen.

Insgesamt ist demnach mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal 2020 um 0,3% und einen Zuwachs im ersten Quartal 2021 um 0,3% zu rechnen.

## Öffentliche Haushalte mit hohen Defiziten

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo wird sich im Jahr 2020 aufgrund des Einbruchs der gesamtwirtschaftlichen Produktion infolge der staatlich verordneten Einschränkungen des öffentlichen Lebens sowie umfangreicher finanzpolitischer Maßnahmen zur Abmilderung der daraus resultierenden ökonomischen Konsequenzen deutlich verringern. Ausgehend von einem Überschuss in Höhe von 52,5 Mrd. Euro im Jahr 2019 werden die öffentlichen Haushalte im Jahr 2020 ein Defizit von ungefähr 170 Mrd. Euro aufweisen. In den Folgejahren wird sich das hohe Haushaltsdefizit nur langsam abbauen.

Die Einnahmen des Staates gehen im Jahr 2020 vor allem aufgrund deutlich sinkender Steuereinnahmen um knapp 4% zurück. Besonders das Aufkommen der Steuern vom Umsatz liegt aufgrund des Einbruchs der privaten Konsumnachfrage und der befristeten Senkung der Umsatzsteuersätze im zweiten Halbjahr deutlich unter Vorjahresniveau. Während die Einnahmen aus den gewinnabhängigen Steuern aufgrund des Einbruchs der Unternehmensgewinne deutlich zurückgehen, mindern rückläufige Bruttolöhne und -gehälter sowie die Anhebung der Freibeträge und die Verschiebung der Eckwerte beim Einkommensteuertarif das Lohnsteueraufkommen. Den stärksten Rückgang der Steuereinnahmen hat dabei der Bund zu verzeichnen, gefolgt von den Gemeinden. Im Jahr 2021 dürften die Steuereinnahmen mit dem hier unterstellten Wiederanziehen der Konjunktur spürbar zunehmen. Während insbesondere

<sup>40</sup> Bereits in Folge des ersten Lockdowns lag der reale Umsatzzuwachs des Online- und Versandhandels von April bis Juni 2020 bei 32% im Vergleich zum zweiten Quartal 2019.

<sup>41</sup> Vgl. <https://www.google.com/covid19/mobility/>.

die Steuern vom Umsatz infolge der wieder expandierenden privaten Konsumnachfrage und des Auslaufens der temporären Absenkung der Steuersätze deutlich zunehmen, wirkt bei den veranlagten Steuern allerdings noch der Rückgang der Unternehmens- und Vermögenseinkommen in den Jahren 2019 und 2020 nach. Einnahmemindernd wirkt bei den Steuern zudem der Abbau des Solidaritätszuschlags sowie die nochmalige deutliche Verschiebung der Eckwerte beim Einkommensteuertarif. Die Sozialbeiträge dürften mit dem deutlichen Zuwachs der Bruttolöhne und -gehälter und dem Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung recht kräftig zunehmen.<sup>42</sup> Die empfangenen Vermögenseinkommen gehen im Jahr 2021 aufgrund des derzeitigen Zinsumfeldes und einer geringeren Gewinnabführung der Bundesbank erneut zurück. Auch die empfangenen Vermögenstransfers gehen im Jahr 2021, nach einem spürbaren Anstieg im Vorjahr aufgrund kräftig gestiegener Einnahmen aus der Erbschaftsteuer, leicht zurück. Dagegen nehmen die empfangenen laufenden Transfers ebenso wie die staatlichen Verkäufe im Jahr 2021 leicht zu. Alles in allem erhöhen sich die Einnahmen des Staates um 4,8%.

Die öffentlichen Ausgaben werden im Jahr 2020 insbesondere aufgrund der umfangreichen Maßnahmen zur Abfederung der gesamtwirtschaftlichen Folgen der Pandemiebekämpfung um über 10% ausgeweitet. Ausgehend von diesem hohen Niveau nehmen die gesamtstaatlichen Ausgaben im Folgejahr weiter zu, allerdings deutlich verlangsamt. Die staatlichen Vorleistungskäufe, die im Jahr 2020 durch den Kauf von medizinischer Schutzausrüstung und Ausgleichszahlungen des Staates an die Krankenhäuser für das Freihalten von Intensivbetten im Rahmen der Corona-Pandemie überzeichnet waren, gehen im Jahr 2021 etwas zurück. Kräftig zunehmen dürften dagegen die sozialen Sachleistungen. Da diese im Sommerhalbjahr 2020 aufgrund geringerer Arztbesuche und unterausgelasteter Krankenhäuser kaum zunahm, ist für das darauffolgende Jahr ein recht kräftiger Anstieg zu erwarten. Dieser dürfte durch diskretionäre Maßnahmen, etwa das Terminservice- und Versorgungsgesetz oder die konzertierte Aktion Pflege, sowie durch zusätzliche Gesundheitsausgaben im Rahmen der Corona-Pandemie verstärkt werden. Die Arbeitnehmerentgelte nehmen im Jahr 2021 weiter zu, aufgrund des sich abschwächenden Personalaufbaus im öffentlichen Dienst jedoch geringer als im Vorjahr. Die monetären Sozialleistungen expandieren im Jahr 2021 deutlich verhaltener als im Jahr zuvor. So nimmt die jahresdurchschnittliche Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahr nicht weiter zu, und die Zahl der Kurzarbeiter geht zurück. Die Renten dürften zum 1. Juli 2021 nicht erhöht werden, allerdings wirkt die kräftige Steigerung zum 1. Juli 2020 im ersten Halbjahr 2021 noch nach, und auch die Einführung der Grundrente zum 1. Januar 2021 geht mit Mehrausgaben einher. Die sonstigen laufenden Transfers dürften aufgrund höherer Abführungen an die EU auch im Jahr 2021 nochmals spürbar zunehmen. Die Subventionen, die im Jahr 2020 mit den Soforthilfen und Zuschüssen an die Unternehmen verdreifacht wurden, gehen im Jahr 2021 zwar deutlich zurück, verharren aber – verglichen mit dem Jahr 2019 – auf hohem Niveau, weil den Unternehmen zumindest in der ersten Jahreshälfte weitere Hilfen gewährt werden. Zudem bremsen die Senkung der EEG-Umlage den Rückgang der Subventionen, weil der Staat den Stromproduzenten die durch die Senkung der Umlage entstehenden Einnahmeausfälle ersetzt. Die geleisteten Vermögenstransfers, die im Vorjahr ebenfalls stark angestiegen sind, nehmen im Jahr 2021 aufgrund zusätzlicher Ausgaben des Energie- und Klimafonds und Zahlungen an die Deutsche Bahn im Rahmen der Eigenkapitalerhöhung aus dem Vorjahr nochmals zu. Die öffentlichen Investitionen nehmen mit dem weiteren Anlaufen in den Vorjahren beschlossener investiver Maßnahmen sowie den verschiedenen Investitionsprojekten aus dem Konjunkturpaket vom Juni 2020 weiter zu, wenn auch verlangsamt. Erneut rückläufig entwickeln sich dagegen die Zinsausgaben des Staates. Alles in allem nehmen die Ausgaben des Staates im Jahr 2021 um 3,3% zu. Da die öffentlichen Einnahmen deutlich stärker zunehmen als die Ausgaben, verringert sich das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit von -5,1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 auf -4,3% im Jahr 2021.

Im Jahr 2022 nehmen die gesamtstaatlichen Einnahmen mit einer ähnlichen Rate zu wie im Vorjahr. Zwar expandieren die Steuereinnahmen verlangsamt, nachdem im Vorjahr das kräftige Anziehen der Konjunktur und der Wiederanstieg der Mehrwertsteuersätze das Aufkommen deutlich gesteigert haben. Bei den Sozialbeiträgen wirken aber der beschleunigte Zuwachs der Bruttolöhne und -gehälter sowie der kräftige Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung einnahmesteigernd. Die öffentlichen Ausgaben dürften im Jahr 2022 mit dem in dieser Prognose unterstellten Auslaufen der Corona-Maßnahmen und dem weiteren Rückgang der

<sup>42</sup> Mit der Sozialgarantie 2021 wurde im Konjunkturpaket ein Anstieg des kumulierten Beitragssatzes zu den Sozialversicherungen im Jahr 2021 auf über 40% ausgeschlossen. Zusätzlicher Finanzbedarf der Sozialversicherungen werden über Steuerzuschüsse gedeckt, die im Jahr 2021 bei allen Sozialversicherungszweigen erhöht werden.

Zahl der Kurzarbeiter und der Arbeitslosen in etwa stagnieren. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo liegt dann bei –1,8% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

**Tabelle 17****Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und konjunkturbereinigter Primärsaldo des Staates**

in Milliarden Euro

	2019	2020	2021	2022
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	52,5	-169,5	-152,4	-66,1
– Konjunkturkomponente <sup>1</sup>	15,5	-90,6	-35,4	4,1
= Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	37,0	-78,8	-117,0	-70,2
– Einmaleffekte <sup>2</sup>	-0,2	-106,9	-82,7	0,1
= Struktureller Finanzierungssaldo	37,2	28,1	-34,2	-70,3
+ Zinsausgaben des Staates	27,5	23,9	21,9	20,4
= Struktureller Primärsaldo	64,7	52,0	-12,4	-49,9
+ Einmaleffekte <sup>2</sup>	-0,2	-106,9	-82,7	0,1
= Konjunkturbereinigter Primärsaldo	64,4	-55,0	-95,1	-49,9
Veränderung des konjunkturbereinigten Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	-2,5	-119,4	-40,2	45,3
<i>Nachrichtlich:</i>	<i>In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %</i>			
Struktureller Finanzierungssaldo	1,1	0,8	-1,0	-1,9
Konjunkturbereinigter Primärsaldo	1,9	-1,6	-2,7	-1,3
Veränderung des konjunkturbereinigten Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	-0,1	-3,5	-1,0	1,3

<sup>1</sup> Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504. – <sup>2</sup> Abwicklung der HSH Nordbank, Gerichtsurteile, Bußgeldzahlungen im Zusammenhang mit manipulierten Abgaswerten, Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, die auf die Jahre 2020 und 2021 beschränkt sind.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Der um konjunkturelle und Einmaleffekte bereinigte strukturelle Finanzierungssaldo verringert sich von 1,1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2019 auf –1,9% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022.<sup>43</sup> Der konjunkturbereinigte Primärsaldo, der die Ausrichtung der Finanzpolitik widerspiegelt, verringert sich nach einem deutlichen Rückgang im Jahr 2020 im darauffolgenden Jahr nochmals um 1,0% und erhöht sich im Jahr 2022 um 1,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vgl. Tabelle 17). Mit dem Rückgang des nominalen Bruttoinlandsprodukts, dem hohen gesamtstaatlichen Haushaltsdefizit und den vom Staat ausgereichten Krediten und erworbenen Unternehmensbeteiligungen erhöht sich die Schuldenstandsquote von knapp 60% im Jahr 2019 auf knapp 70% im Jahr 2020. Im Jahr 2022 beginnt sie dann leicht zu sinken.

<sup>43</sup> In dieser Prognose wurden sämtliche finanzpolitischen Maßnahmen zur Abmilderung der ökonomischen Konsequenzen der Corona-Politik als Einmaleffekte angesehen, die – in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – nur in den Jahren 2020 und 2021 einnahme- oder ausgabewirksam sind und den strukturellen Finanzierungssaldo somit nicht beeinflussen. Alle über das Jahr 2021 hinaus wirkenden Maßnahmen wurden dagegen als strukturell klassifiziert.

## Anhang

Tabelle A 1

## Hauptaggregate der Sektoren

## Jahresergebnisse 2019

in Mrd. Euro

		gesamte Volks- wirtschaft	Kapital- gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 106,2	2 107,3	347,1	651,7	–
2	– Abschreibungen	639,8	372,7	79,5	187,6	–
3	= Nettowertschöpfung <sup>1</sup>	2 466,3	1 734,6	267,6	464,1	–199,9
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 845,2	1 337,7	271,5	235,9	14,1
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	25,9	16,0	0,3	9,5	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	28,4	26,5	0,2	1,8	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	623,7	407,3	–4,1	220,4	–214,0
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 845,9	–	–	1 845,9	13,3
9	– geleistete Subventionen	30,8	–	30,8	–	5,6
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	369,7	–	369,7	–	7,1
11	– geleistete Vermögenseinkommen	687,5	640,2	27,5	19,8	210,1
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	782,0	382,2	22,0	377,8	115,6
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 903,0	149,4	329,3	2 424,3	–293,7
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	446,1	93,6	–	352,5	11,8
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	457,4	–	457,4	–	0,4
16	– geleistete Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	730,8	–	–	730,8	4,4
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	732,2	133,8	597,5	0,8	3,0
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	613,6	67,3	545,4	0,8	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	606,2	–	–	606,2	8,0
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	353,8	191,4	74,2	88,2	57,8
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	305,2	169,3	25,2	110,7	106,4
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 859,8	100,2	789,8	1 969,8	–250,5
23	– Konsumausgaben	2 511,4	–	704,5	1 806,9	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,3	–	57,3	–
25	= Sparen	348,4	42,9	85,3	220,3	–250,5
26	– geleistete Vermögenstransfers	71,1	17,9	41,0	12,2	4,3
27	+ empfangene Vermögenstransfers	61,9	26,5	13,8	21,6	13,5
28	– Bruttoinvestitionen	737,7	427,4	86,2	224,2	–
29	+ Abschreibungen	639,8	372,7	79,5	187,6	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–2,8	–2,3	–1,2	0,7	2,8
31	= Finanzierungssaldo	244,0	–0,9	52,5	192,4	–244,0
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 859,8	100,2	789,8	1 969,8	–250,5
33	– geleistete soziale Sachtransfers	452,9	–	452,9	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	452,9	–	–	452,9	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 859,8	100,2	336,9	2 422,7	–250,5
36	– Konsum <sup>3</sup>	2 511,4	–	251,6	2 259,8	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,3	–	57,3	–
38	= Sparen	348,4	42,9	85,3	220,3	–250,5

<sup>1</sup> Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.<sup>2</sup> Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.<sup>3</sup> Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt.

## noch: Hauptaggregate der Sektoren Jahresergebnisse 2020

in Mrd. Euro

		gesamte Volks- wirtschaft	Kapital- gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 021,4	2 048,4	357,2	615,8	–
2	– Abschreibungen	657,8	378,4	83,2	196,2	–
3	= Nettowertschöpfung <sup>1</sup>	2 363,6	1 670,1	273,9	419,6	–166,6
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 841,1	1 323,6	282,1	235,5	15,0
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	26,5	16,5	0,3	9,6	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	82,7	49,4	0,2	33,2	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	578,7	379,3	–8,3	207,7	–181,6
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 843,4	–	–	1 843,4	12,7
9	– geleistete Subventionen	85,6	–	85,6	–	5,3
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	341,4	–	341,4	–	7,4
11	– geleistete Vermögenseinkommen	621,1	579,7	23,9	17,6	198,3
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	716,7	339,9	20,1	356,7	102,7
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 773,6	139,6	243,7	2 390,3	–262,4
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	411,2	69,7	–	341,5	10,0
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	420,8	–	420,8	–	0,5
16	– geleistete Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	741,0	–	–	741,0	3,8
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	741,9	134,8	606,2	0,9	2,9
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	663,7	67,9	594,9	0,9	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	656,2	–	–	656,2	8,2
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	368,8	192,3	83,2	93,3	58,7
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	312,7	172,5	24,1	116,1	114,7
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 720,5	117,0	616,7	1 986,8	–209,3
23	– Konsumausgaben	2 481,9	–	748,1	1 733,8	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,4	–	57,4	–
25	= Sparen	238,5	59,6	–131,4	310,4	–209,3
26	– geleistete Vermögenstransfers	77,9	17,8	46,1	14,0	4,3
27	+ empfangene Vermögenstransfers	67,5	29,6	15,3	22,5	14,7
28	– Bruttoinvestitionen	687,0	370,1	91,8	225,1	–
29	+ Abschreibungen	657,8	378,4	83,2	196,2	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–2,9	–2,4	–1,2	0,6	2,9
31	= Finanzierungssaldo	201,8	82,1	–169,5	289,2	–201,8
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 720,5	117,0	616,7	1 986,8	–209,3
33	– geleistete soziale Sachtransfers	474,5	–	474,5	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	474,5	–	–	474,5	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 720,5	117,0	142,2	2 461,3	–209,3
36	– Konsum <sup>3</sup>	2 481,9	–	273,6	2 208,3	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,4	–	57,4	–
38	= Sparen	238,5	59,6	–131,4	310,4	–209,3

<sup>1</sup> Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

<sup>2</sup> Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

<sup>3</sup> Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2020 bis 2022: Prognose des IWH.

## noch: Hauptaggregate der Sektoren

## Jahresergebnisse 2021

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 210,2	2 207,6	364,9	637,8	–
2	– Abschreibungen	678,5	385,4	88,0	205,1	–
3	= Nettowertschöpfung <sup>1</sup>	2 531,7	1 822,1	276,9	432,7	–166,1
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 888,3	1 358,4	288,3	241,7	13,4
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	34,0	21,2	0,3	12,4	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	65,7	31,7	0,2	33,8	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	675,0	474,2	–11,6	212,4	–179,5
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 889,5	–	–	1 889,5	12,2
9	– geleistete Subventionen	79,7	–	79,7	–	5,3
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	380,1	–	380,1	–	7,4
11	– geleistete Vermögenseinkommen	679,7	639,8	21,9	18,0	187,7
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	782,6	401,9	18,9	361,9	84,8
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 967,9	236,3	285,9	2 445,8	–268,1
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	424,5	85,2	–	339,3	10,5
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	434,6	–	434,6	–	0,5
16	– geleistete Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	764,6	–	–	764,6	3,9
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	765,6	138,1	626,6	0,9	2,9
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	673,9	68,5	604,5	0,9	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	666,2	–	–	666,2	8,3
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	398,0	204,6	95,3	98,1	59,6
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	321,6	175,8	24,3	121,6	136,0
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 894,9	191,8	671,6	2 031,6	–195,1
23	– Konsumausgaben	2 669,2	–	785,6	1 883,6	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,4	–	57,4	–
25	= Sparen	225,8	134,3	–114,0	205,4	–195,1
26	– geleistete Vermögenstransfers	82,1	21,0	48,0	13,2	4,3
27	+ empfangene Vermögenstransfers	71,1	31,8	14,7	24,6	15,3
28	– Bruttoinvestitionen	709,2	383,0	94,3	231,8	–
29	+ Abschreibungen	678,5	385,4	88,0	205,1	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–3,5	–2,9	–1,2	0,6	3,5
31	= Finanzierungssaldo	187,6	150,5	–152,4	189,6	–187,6
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 894,9	191,8	671,6	2 031,6	–195,1
33	– geleistete soziale Sachtransfers	505,0	–	505,0	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	505,0	–	–	505,0	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 894,9	191,8	166,6	2 536,6	–195,1
36	– Konsum <sup>3</sup>	2 669,2	–	280,6	2 388,6	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,4	–	57,4	–
38	= Sparen	225,8	134,3	–114,0	205,4	–195,1

<sup>1</sup> Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.<sup>2</sup> Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.<sup>3</sup> Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2020 bis 2022: Prognose des IWH.

## noch: Hauptaggregate der Sektoren Jahresergebnisse 2022

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 378,5	2 314,8	372,7	690,9	–
2	– Abschreibungen	705,7	398,3	93,0	214,4	–
3	= Nettowertschöpfung <sup>1</sup>	2 672,8	1 916,6	279,7	476,5	–203,1
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 964,4	1 417,7	294,5	252,2	14,1
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	35,1	21,9	0,3	12,8	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	28,5	14,0	0,2	14,4	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	701,9	490,9	–14,9	225,9	–217,3
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 966,7	–	–	1 966,7	11,8
9	– geleistete Subventionen	42,5	–	42,5	–	5,3
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	396,0	–	396,0	–	7,5
11	– geleistete Vermögenseinkommen	711,5	672,0	20,4	19,2	178,3
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	818,4	418,4	18,9	381,0	71,5
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 128,8	237,3	337,1	2 554,5	–310,1
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	447,5	95,0	–	352,5	11,0
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	458,1	–	458,1	–	0,4
16	– geleistete Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	806,6	–	–	806,6	4,1
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	807,8	141,5	665,5	0,9	2,9
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	679,1	69,2	609,1	0,9	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	671,3	–	–	671,3	8,5
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	398,6	205,3	96,7	96,6	60,6
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	330,9	179,1	24,8	127,0	128,3
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 065,0	188,3	779,7	2 096,9	–246,2
23	– Konsumausgaben	2 777,9	–	812,6	1 965,3	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,5	–	57,5	–
25	= Sparen	287,1	130,8	–32,9	189,2	–246,2
26	– geleistete Vermögenstransfers	87,0	28,9	44,6	13,5	4,3
27	+ empfangene Vermögenstransfers	75,4	35,0	15,1	25,2	15,9
28	– Bruttoinvestitionen	746,5	406,1	97,9	242,6	–
29	+ Abschreibungen	705,7	398,3	93,0	214,4	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–3,5	–2,8	–1,2	0,5	3,5
31	= Finanzierungssaldo	238,1	131,9	–66,1	172,2	–238,1
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 065,0	188,3	779,7	2 096,9	–246,2
33	– geleistete soziale Sachtransfers	526,9	–	526,9	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	526,9	–	–	526,9	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 065,0	188,3	252,7	2 623,9	–246,2
36	– Konsum <sup>3</sup>	2 777,9	–	285,7	2 492,2	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,5	–	57,5	–
38	= Sparen	287,1	130,8	–32,9	189,2	–246,2

<sup>1</sup> Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

<sup>2</sup> Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

<sup>3</sup> Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2020 bis 2022: Prognose des IWH.

## Tabelle A 2

## VGR-Tabellen

## Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2020, 2021 und 2022

	2019	2020	2021	2022	2020		2021	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
<b>1. Entstehung des Inlandsprodukts</b>								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Erwerbstätige	0,9	-1,0	0,1	0,9	-0,5	-1,5	-0,6	0,8
Arbeitsvolumen	0,6	-4,3	2,0	1,5	-5,1	-3,6	1,4	2,5
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	-0,3	-3,4	1,9	0,6	-4,7	-2,1	2,0	1,7
Produktivität <sup>1</sup>	0,0	-0,7	2,4	1,7	-1,4	-0,1	2,6	2,3
<b>Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt</b>	0,6	-5,0	4,4	3,2	-6,5	-3,6	4,0	4,8
<b>2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen</b>								
a) Mrd. EUR								
Konsumausgaben	2 511,4	2 481,9	2 669,2	2 777,9	1 197,1	1 284,9	1 295,2	1 373,9
private Haushalte <sup>2</sup>	1 806,9	1 733,8	1 883,6	1 965,3	833,0	900,9	912,5	971,1
Staat	704,5	748,1	785,6	812,6	364,1	384,0	382,7	402,9
Anlageinvestitionen	748,0	739,2	789,2	825,1	354,6	384,6	374,7	414,5
Bauten	373,7	387,5	403,9	424,0	193,0	194,5	193,2	210,7
Ausrüstungen	240,1	217,1	243,8	253,4	98,0	119,1	114,3	129,5
sonstige Anlageinvestitionen	134,2	134,6	141,5	147,8	63,6	71,0	67,2	74,3
Vorratsveränderung <sup>3</sup>	-10,3	-52,2	-80,0	-78,6	-14,7	-37,4	-40,0	-40,0
inländische Verwendung	3 249,1	3 168,9	3 378,3	3 524,4	1 536,9	1 632,0	1 629,9	1 748,4
Außenbeitrag	199,9	166,6	166,1	203,1	83,7	82,9	78,2	88,0
Exporte	1 617,4	1 440,1	1 605,7	1 749,2	703,3	736,8	768,0	837,7
Importe	1 417,4	1 273,5	1 439,6	1 546,1	619,6	653,9	689,8	749,7
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	3 449,1	3 335,5	3 544,5	3 727,5	1 620,6	1 714,9	1 708,1	1 836,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	3,5	-1,2	7,5	4,1	-2,3	-0,1	8,2	6,9
private Haushalte <sup>2</sup>	2,9	-4,0	8,6	4,3	-5,8	-2,3	9,6	7,8
Staat	5,1	6,2	5,0	3,4	6,9	5,5	5,1	4,9
Anlageinvestitionen	5,5	-1,2	6,8	4,6	-1,6	-0,8	5,7	7,8
Bauten	8,4	3,7	4,2	5,0	6,7	0,9	0,1	8,4
Ausrüstungen	1,9	-9,6	12,3	3,9	-15,5	-4,1	16,7	8,7
sonstige Anlageinvestitionen	4,2	0,3	5,1	4,4	0,2	0,5	5,7	4,7
inländische Verwendung	3,1	-2,5	6,6	4,3	-3,3	-1,7	6,1	7,1
Exporte	1,7	-11,0	11,5	8,9	-12,7	-9,2	9,2	13,7
Importe	2,4	-10,2	13,0	7,4	-11,7	-8,6	11,3	14,7
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	2,8	-3,3	6,3	5,2	-4,3	-2,4	5,4	7,1
<i>nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:</i>								
Außenbeitrag	5,8	5,0	4,7	5,4	5,2	4,8	4,6	4,8
<b>3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)</b>								
a) Mrd. EUR								
Konsumausgaben	2 374,1	2 324,0	2 460,1	2 514,3	1 120,5	1 203,5	1 202,6	1 257,6
private Haushalte <sup>2</sup>	1 719,0	1 640,6	1 756,2	1 802,3	784,9	855,7	853,1	903,1
Staat	655,0	682,4	703,6	712,0	335,0	347,4	349,1	354,5
Anlageinvestitionen	684,2	666,1	698,0	717,0	318,7	347,4	332,6	365,5
Bauten	324,6	331,2	336,4	344,7	163,8	167,3	161,8	174,7
Ausrüstungen	233,2	207,9	231,2	238,5	94,0	113,9	108,4	122,8
sonstige Anlageinvestitionen	126,3	125,0	129,6	133,2	59,3	65,7	61,8	67,8
inländische Verwendung	3 049,1	2 942,3	3 082,5	3 156,6	1 434,2	1 508,1	1 500,0	1 582,5
Exporte	1 573,7	1 408,2	1 560,7	1 680,4	686,2	722,0	749,4	811,4
Importe	1 392,0	1 284,0	1 444,8	1 536,7	623,6	660,4	694,2	750,5
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	3 232,3	3 069,4	3 205,2	3 307,2	1 498,2	1 571,2	1 558,2	1 647,0
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	1,9	-2,1	5,9	2,2	-4,1	-0,2	7,3	4,5
private Haushalte <sup>2</sup>	1,6	-4,6	7,1	2,6	-7,2	-2,0	8,7	5,5
Staat	2,7	4,2	3,1	1,2	3,8	4,5	4,2	2,0
Anlageinvestitionen	2,5	-2,6	4,8	2,7	-3,8	-1,6	4,3	5,2
Bauten	3,8	2,0	1,6	2,5	3,6	0,6	-1,3	4,4
Ausrüstungen	0,5	-10,8	11,2	3,1	-16,7	-5,4	15,4	7,8
sonstige Anlageinvestitionen	2,7	-1,0	3,6	2,8	-1,2	-0,7	4,2	3,1
inländische Verwendung	1,2	-3,5	4,8	2,4	-4,6	-2,5	4,6	4,9
Exporte	1,0	-10,5	10,8	7,7	-12,7	-8,3	9,2	12,4
Importe	2,6	-7,8	12,5	6,4	-9,3	-6,2	11,3	13,6
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	0,6	-5,0	4,4	3,2	-6,5	-3,6	4,0	4,8

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2020, 2021 und 2022

	2019	2020	2021	2022	2020		2021	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

**4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)**

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

private Konsumausgaben <sup>2</sup>	1,3	0,5	1,5	1,7	1,5	-0,3	0,8	2,1
Konsumausgaben des Staates	2,3	1,9	1,9	2,2	3,0	0,9	0,9	2,8
Anlageinvestitionen	2,9	1,5	1,9	1,8	2,2	0,8	1,3	2,4
Bauten	4,4	1,6	2,6	2,5	3,0	0,3	1,3	3,8
Ausrüstungen	1,4	1,4	1,0	0,8	1,4	1,3	1,1	0,8
Exporte	0,8	-0,5	0,6	1,2	0,0	-1,0	0,0	1,2
Importe	-0,1	-2,6	0,5	1,0	-2,6	-2,6	0,0	0,9
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2,2</b>	<b>1,8</b>	<b>1,8</b>	<b>1,9</b>	<b>2,4</b>	<b>1,3</b>	<b>1,3</b>	<b>2,2</b>

**5. Einkommensentstehung und -verteilung**

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>	2 424,3	2 390,3	2 445,8	2 554,5	1 185,6	1 204,7	1 205,5	1 240,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	324,3	331,2	340,5	358,8	161,2	170,0	166,2	174,3
Bruttolöhne und -gehälter	1 521,6	1 512,2	1 549,0	1 607,9	721,1	791,0	736,4	812,6
übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	578,4	546,9	556,3	587,8	303,3	243,6	302,9	253,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	478,7	383,3	522,2	574,4	146,2	237,1	207,8	314,3
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>2 903,0</b>	<b>2 773,6</b>	<b>2 967,9</b>	<b>3 128,8</b>	<b>1 331,8</b>	<b>1 441,7</b>	<b>1 413,3</b>	<b>1 554,6</b>
Abschreibungen	639,8	657,8	678,5	705,7	329,1	328,7	337,3	341,2
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>3 542,8</b>	<b>3 431,4</b>	<b>3 646,4</b>	<b>3 834,5</b>	<b>1 660,9</b>	<b>1 770,4</b>	<b>1 750,6</b>	<b>1 895,8</b>
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	2 564,1	2 517,8	2 667,4	2 775,4	1 196,5	1 321,2	1 281,0	1 386,4
Arbeitnehmerentgelt	1 845,9	1 843,4	1 889,5	1 966,7	882,4	961,1	902,6	986,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	718,2	674,3	777,9	808,7	314,2	360,2	378,4	399,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>	3,0	-1,4	2,3	4,4	-1,1	-1,7	1,7	3,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	4,5	2,1	2,8	5,4	2,6	1,7	3,1	2,5
Bruttolöhne und -gehälter	4,1	-0,6	2,4	3,8	-0,8	-0,5	2,1	2,7
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,9	0,0	2,1	2,6	-0,6	0,6	2,4	1,7
übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	-0,8	-5,5	1,7	5,7	-3,6	-7,7	-0,1	4,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-0,8	-19,9	36,2	10,0	-31,6	-10,5	42,1	32,6
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>2,3</b>	<b>-4,5</b>	<b>7,0</b>	<b>5,4</b>	<b>-5,7</b>	<b>-3,3</b>	<b>6,1</b>	<b>7,8</b>
Abschreibungen	4,8	2,8	3,1	4,0	3,6	2,0	2,5	3,8
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>2,8</b>	<b>-3,1</b>	<b>6,3</b>	<b>5,2</b>	<b>-4,0</b>	<b>-2,4</b>	<b>5,4</b>	<b>7,1</b>
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	2,2	-1,8	5,9	4,0	-3,8	0,0	7,1	4,9
Arbeitnehmerentgelt	4,2	-0,1	2,5	4,1	-0,2	-0,1	2,3	2,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-2,7	-6,1	15,4	4,0	-12,5	0,3	20,5	10,9

**6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte<sup>2</sup>**

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 491,1	1 531,9	1 570,5	1 607,2	732,6	799,3	755,6	814,9
Nettolöhne und -gehälter	1 020,3	1 018,7	1 049,5	1 082,2	480,7	538,1	495,1	554,4
monetäre Sozialleistungen	606,2	656,2	666,2	671,3	320,9	335,3	331,8	334,4
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	135,4	143,0	145,2	146,3	69,0	74,0	71,3	73,9
übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	578,4	546,9	556,3	587,8	303,3	243,6	302,9	253,4
sonstige Transfers (Saldo) <sup>5</sup>	-99,7	-91,9	-95,2	-98,0	-45,7	-46,2	-47,3	-47,9
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>1 969,8</b>	<b>1 986,8</b>	<b>2 031,6</b>	<b>2 096,9</b>	<b>990,1</b>	<b>996,7</b>	<b>1 011,2</b>	<b>1 020,4</b>
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	57,3	57,4	57,4	57,5	27,9	29,5	27,9	29,5
Konsumausgaben	1 806,9	1 733,8	1 883,6	1 965,3	833,0	900,9	912,5	971,1
Sparen	220,3	310,4	205,4	189,2	185,0	125,4	126,6	78,8
Sparquote (%) <sup>6</sup>	10,9	15,2	9,8	8,8	18,2	12,2	12,2	7,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	4,4	2,7	2,5	2,3	2,2	3,2	3,1	2,0
Nettolöhne und -gehälter	4,6	-0,2	3,0	3,1	-0,4	0,1	3,0	3,0
monetäre Sozialleistungen	4,5	8,2	1,5	0,8	6,6	9,8	3,4	-0,3
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	6,2	5,6	1,5	0,8	3,2	8,0	3,4	-0,2
übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	-0,8	-5,5	1,7	5,7	-3,6	-7,7	-0,1	4,0
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>3,0</b>	<b>0,9</b>	<b>2,3</b>	<b>3,2</b>	<b>1,0</b>	<b>0,8</b>	<b>2,1</b>	<b>2,4</b>
Konsumausgaben	2,9	-4,0	8,6	4,3	-5,8	-2,3	9,6	7,8
Sparen	2,2	40,9	-33,8	-7,9	49,2	30,3	-31,6	-37,1

## noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2020, 2021 und 2022

	2019	2020	2021	2022	2020		2021	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
<b>7. Einnahmen und Ausgaben des Staates<sup>7</sup></b>								
a) Mrd. EUR								
<b>Einnahmen</b>								
Steuern	827,1	762,2	814,7	854,1	386,6	375,7	407,6	407,1
Nettosozialbeiträge	597,5	606,2	626,6	665,5	295,2	311,1	303,3	323,3
Vermögenseinkommen	22,0	20,1	18,9	18,9	12,0	8,2	10,8	8,1
sonstige Transfers	25,2	24,1	24,3	24,8	11,2	12,9	11,2	13,0
Vermögenstransfers	13,8	15,3	14,7	15,1	7,0	8,3	7,0	7,7
Verkäufe	124,9	121,5	124,5	129,1	58,0	63,5	58,9	65,7
sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
<b>Insgesamt</b>	<b>1 610,6</b>	<b>1 549,7</b>	<b>1 623,8</b>	<b>1 707,6</b>	<b>770,0</b>	<b>779,7</b>	<b>798,8</b>	<b>825,0</b>
<b>Ausgaben</b>								
Vorleistungen <sup>8</sup>	482,7	512,8	545,6	569,3	248,0	264,7	264,3	281,3
Arbeitnehmerentgelt	271,5	282,1	288,3	294,5	136,3	145,8	138,8	149,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	27,5	23,9	21,9	20,4	11,8	12,1	10,7	11,1
Subventionen	30,8	85,6	79,7	42,5	38,9	46,7	57,3	22,4
monetäre Sozialleistungen	545,4	594,9	604,5	609,1	290,6	304,3	301,5	303,0
sonstige laufende Transfers	74,2	83,2	95,3	96,7	40,2	43,0	46,4	48,8
Vermögenstransfers	41,0	46,1	48,0	44,6	18,1	28,0	20,3	27,6
Bruttoinvestitionen	86,2	91,8	94,3	97,9	40,8	50,9	41,4	53,0
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,2	-1,2	-1,2	-1,2	-0,5	-0,7	-0,5	-0,7
<b>Insgesamt</b>	<b>1 558,1</b>	<b>1 719,1</b>	<b>1 776,2</b>	<b>1 773,7</b>	<b>824,2</b>	<b>894,9</b>	<b>880,2</b>	<b>896,0</b>
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>52,5</b>	<b>-169,5</b>	<b>-152,4</b>	<b>-66,1</b>	<b>-54,2</b>	<b>-115,2</b>	<b>-81,4</b>	<b>-71,0</b>

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

<b>Einnahmen</b>								
Steuern	3,2	-7,8	6,9	4,8	-7,1	-8,6	5,4	8,4
Nettosozialbeiträge	4,4	1,5	3,4	6,2	1,8	1,1	2,8	3,9
Vermögenseinkommen	5,8	-8,3	-6,4	0,2	-9,1	-7,0	-10,1	-1,0
sonstige Transfers	0,8	-4,3	0,7	2,3	-1,0	-7,0	0,2	1,2
Vermögenstransfers	-5,2	11,3	-3,8	2,7	15,9	7,7	-0,3	-6,8
Verkäufe	4,4	-2,7	2,5	3,7	-1,1	-4,1	1,5	3,4
sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>3,6</b>	<b>-3,8</b>	<b>4,8</b>	<b>5,2</b>	<b>-3,2</b>	<b>-4,4</b>	<b>3,7</b>	<b>5,8</b>
<b>Ausgaben</b>								
Vorleistungen <sup>8</sup>	5,1	6,2	6,4	4,4	7,4	5,2	6,6	6,3
Arbeitnehmerentgelt	4,6	3,9	2,2	2,2	4,5	3,3	1,8	2,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-11,6	-13,1	-8,5	-6,8	-17,9	-7,8	-8,8	-8,1
Subventionen	4,5	177,9	-6,9	-46,6	170,7	184,1	47,1	-52,1
monetäre Sozialleistungen	4,8	9,1	1,6	0,8	7,3	10,8	3,8	-0,4
sonstige laufende Transfers	4,7	12,3	14,4	1,5	9,7	14,7	15,4	13,5
Vermögenstransfers	-7,1	12,3	4,1	-7,0	29,3	3,5	12,4	-1,3
Bruttoinvestitionen	9,6	6,5	2,8	3,7	8,3	5,0	1,4	4,0
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>4,4</b>	<b>10,3</b>	<b>3,3</b>	<b>-0,1</b>	<b>10,1</b>	<b>10,6</b>	<b>6,8</b>	<b>0,1</b>
<i>nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:</i>								
Finanzierungssaldo des Staates	1,5	-5,1	-4,3	-1,8	-3,3	-6,7	-4,8	-3,9

<sup>1</sup> Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde<sup>2</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck<sup>3</sup> Einschließlich Nettozugang an Wertsachen<sup>4</sup> Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen<sup>5</sup> Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers<sup>6</sup> Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche)<sup>7</sup> Gebietskörperschaften und Sozialversicherung<sup>8</sup> Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2020: Prognose des IWH.

# Hohes öffentliches Defizit nicht nur wegen Corona – Mittelfristige Handlungsmöglichkeiten für den Staat

Andrej Drygalla, Katja Heinisch, Oliver Holtemöller, Axel Lindner, Matthias Wieschemeyer, Götz Zeddies

## Zusammenfassung

*Nach der Mittelfristprojektion des IWH wird das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in den Jahren bis 2025 preisbereinigt um durchschnittlich ½% wachsen, und damit einen Prozentpunkt langsamer als im Zeitraum von 2013 bis 2019. Dies ist nicht nur auf den starken Einbruch im Jahr 2020 zurückzuführen, sondern auch darauf, dass die Erwerbsbevölkerung spürbar zurückgehen wird. Die Staatseinnahmen werden somit in der mittleren Frist langsamer expandieren als in den vergangenen Jahren. Auch nach Überwindung der Pandemiekrise dürfte der Staatshaushalt im Fall unveränderter gesetzlicher Rahmenbedingungen ein strukturelles Defizit von etwa 2% relativ zum Bruttoinlandsprodukt aufweisen, und die Schuldenbremse würde weiter verletzt. Konsolidierungsmaßnahmen zur Rückführung der strukturellen Defizitquote auf ½% würden zu spürbaren wirtschaftlichen Einbußen führen. Mit Hilfe des finanzpolitischen Simulationsmodells des IWH kann gezeigt werden, dass dabei eine ausgabenseitige Konsolidierung die Produktion weniger belastet als eine einnahmenseitige. Es spricht, auch aus theoretischer Sicht, viel dafür, die Schuldenbremse zwar nicht abzuschaffen, aber ein Stück weit zu lockern.*

*JEL-Klassifikation:* C53, C54, E17, E37, E66, H63, H68, J11, O11, O21

*Schlagwörter:* Europäischer Fiskalpakt, mittelfristige Projektion, öffentliche Finanzen, Produktionspotenzial, Schuldenbremse, Staatsverschuldung, wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, Wirtschaftswachstum

## Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung für die Jahre 2020 bis 2025

Basierend auf der IWH-Kurzfristprognose<sup>1</sup> für die Jahre 2020 bis 2022 vom Dezember 2020 erfolgt die Projektion der realwirtschaftlichen Entwicklung in den Jahren 2023 bis 2025 nach einem zweistufigen Verfahren.<sup>2</sup> Zunächst wird das Produktionspotenzial mit der von der Europäischen Kommission angewandten und für die Haushaltsüberwachung in der Europäischen Union maßgeblichen Methode für den Zeitraum 1995 bis 2025 geschätzt.<sup>3</sup> Mit Hilfe des makroökonomischen Modells des IWH wird anschließend die wirtschaftliche Entwicklung bis 2025 bedingt auf das zuvor ermittelte Produktionspotenzial projiziert. Dabei ist die Nachfrageseite so modelliert, dass sich die tatsächliche Produktion dem Produktionspotenzial nähert und langfristig der Potenzialpfad erreicht wird. Der Abbau von Unter- oder Überauslastungen der Kapazitäten muss jedoch nicht zwangsläufig innerhalb des mittelfristigen Projektionszeitraums erfolgen.

Die Bevölkerungsentwicklung ist eine wichtige Einflussgröße auf das Wirtschaftswachstum. So leistete der wanderungsbedingte Anstieg der Bevölkerung in Deutschland im vergangenen Jahrzehnt einen gewichtigen Beitrag zum Wachstum des Produktionspotenzials. Der alterungsbedingte Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 74 Jahre) kann zukünftig jedoch nicht mehr durch einen hohen Nettowanderungssaldo kompensiert werden. Ausschlaggebend hierfür ist unter anderem das durch die Corona-Pandemie vorübergehend zum Erliegen gekommene

\* Dieser Beitrag wurde als *IWH-Pressemitteilung 2/2021* am 25. Januar 2021 veröffentlicht.

<sup>1</sup> Vgl. Brautzsch, H. U.; Claudio, J. C.; Drygalla, A.; Exß, F.; Heinisch, K.; Holtemöller, O.; Kämpfe, M.; Lindner, A.; Müller, I.; Schultz, B.; Staffa, R.; Wieschemeyer, M.; Zeddies, G.: Neue Pandemiewelle verzögert konjunkturelle Erholung in Deutschland, in: *Konjunktur aktuell*, Jg. 8 (4), 2020.

<sup>2</sup> Das IWH hat in seiner Dezemberprognose 2020 geschätzt, dass das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 um 5% zurückgeht. Dies stimmt mit der amtlichen Rate überein, die am 14.01.2021 durch das Statistische Bundesamt veröffentlicht wurde, vgl. *Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 020*.

<sup>3</sup> Vgl. Kasten 2: Zur Schätzung des Produktionspotenzials, in Brautzsch et al.: *Konjunktur aktuell: Neue Pandemiewelle verzögert konjunkturelle Erholung in Deutschland*, in: *Konjunktur aktuell*, Jg. 8 (4), 2020, 122 f.

Wanderungsgeschehen. Der Wanderungssaldo wird im Jahr 2020 mit 185 000 Personen um 160 000 Personen niedriger liegen als in der aktuellen koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts (G2-L2-W2) angenommen.<sup>4</sup> Auch in den Folgejahren ist von einem im Vergleich zur Bevölkerungsvorausberechnung schwächeren Nettowanderungssaldo von durchschnittlich 240 000 Personen auszugehen. Insgesamt wird damit ein Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 62,3 Millionen Personen im Jahr 2020 auf 62,0 Millionen Personen im Jahr 2025 erwartet.<sup>5</sup> Dies ist ein Grund dafür, dass das Produktionspotenzial nach den hiesigen Berechnungen im gesamten Projektionszeitraum unter dem Niveau liegt, das vor Beginn der Pandemie projiziert wurde.<sup>6</sup> Im Jahr 2024, dem Schlussjahr der IWH-Mittelfristprojektion von vor einem Jahr, ist das Produktionspotenzial 2,3% niedriger als damals erwartet. Die Wachstumsrate im Jahr 2024 weicht mit 0,7% hingegen nur geringfügig von der Schätzung zu Beginn des Jahres 2020 ab (0,8%).

### Kasten

#### Rahmenbedingungen und Annahmen der Projektion

Es wird angenommen, dass die weltwirtschaftliche Dynamik in den Jahren 2021 und 2022 recht kräftig ist, weil sich die Weltwirtschaft vom Pandemie-Schock erholt. Der Welthandel dürfte im Jahr 2020 um 6% zurückgegangen sein und in den Jahren 2021 und 2022 um 6,2% bzw. 3,6% zulegen. Mittelfristig dürfte der jährliche Zuwachs des Welthandels etwas unterhalb von 3% bleiben.

Der Ölpreis (Sorte Brent) notierte Ende Dezember 2020 bei 42 US-Dollar, für die Jahre 2021 und 2022 wird ein Ölpreis von durchschnittlich 48 bzw. 50 US-Dollar unterstellt. Weiterhin wird angenommen, dass der Ölpreis in US-Dollar im Zeitraum von 2022 bis 2025 mit einer Jahresrate von 2% steigt (reale Konstanz der Ölpreise). Der Euro-Dollar-Wechselkurs beträgt ab dem vierten Quartal 2020 im gesamten Projektionszeitraum 1,19 US-Dollar je Euro. Des Weiteren bleibt die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei annahmegemäß konstanten nominalen Wechselkursen nahezu unverändert. Der Preis- und Lohnauftrieb im übrigen Euroraum dürfte im Projektionszeitraum anziehen. Auch im übrigen Euroraum erholt sich die Wirtschaft in den Jahren 2021 und 2020 vom Pandemie-Schock. Die Arbeitslosenquote im übrigen Euroraum geht ab dem Sommer 2021 wieder zurück. Der Leitzins dürfte im ganzen Prognosezeitraum sehr niedrig bleiben. In Deutschland wirkt die Geldpolitik der EZB weiterhin expansiv; sie dürfte nach wie vor stimulierende Effekte für die Inlandsnachfrage mit sich bringen.

Da die langfristigen Folgen der Corona-Pandemie für das Potenzialwachstum zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer abzuschätzen sind, ist auch die Potenzialschätzung derzeit mit einer erhöhten Unsicherheit behaftet. Sollte es zu strukturellen Veränderungen beim Einsatz der Produktionsfaktoren kommen, besteht das Risiko eines stärkeren Rückgangs des Potenzialwachstums. Das Wachstum der totalen Faktorproduktivität (TFP) könnte durch eine dauerhafte Neuordnung internationaler Wertschöpfungsketten, insbesondere durch verstärkte protektionistische Maßnahmen in Folge der Corona-Pandemie, geschwächt werden. Sollte es zu vermehrten Entlassungen in Folge ansteigender Insolvenzen kommen, kann dies bei länger andauernder Arbeitslosigkeit zu einer sukzessiven Entwertung der Fähigkeiten betroffener Arbeitnehmer führen.<sup>7</sup> Die Folge wäre ein negativer Effekt auf die TFP und ein dauerhafter Anstieg der strukturellen Erwerbslosenquote. Bei einer anhaltend schwachen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ist sowohl mit negativen Effekten auf die TFP als auch mit einem schwächeren Wachstum des Kapitalstocks zu rechnen.<sup>8</sup> Es gibt

<sup>4</sup> Das Statistische Bundesamt schätzt den Wanderungssaldo für das Jahr 2020 zwischen 180 000 und 240 000 Personen ein, vgl. *Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 016* vom 12.01.2021.

<sup>5</sup> Für die mittelfristige Projektion der Bevölkerung wird die Variante 2 (G2-L2-W2) der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts und der statistischen Ämter der Länder (kBV) zu Grunde gelegt. Abweichungen erklären sich ausschließlich aus Anpassungen der Wanderungsannahmen.

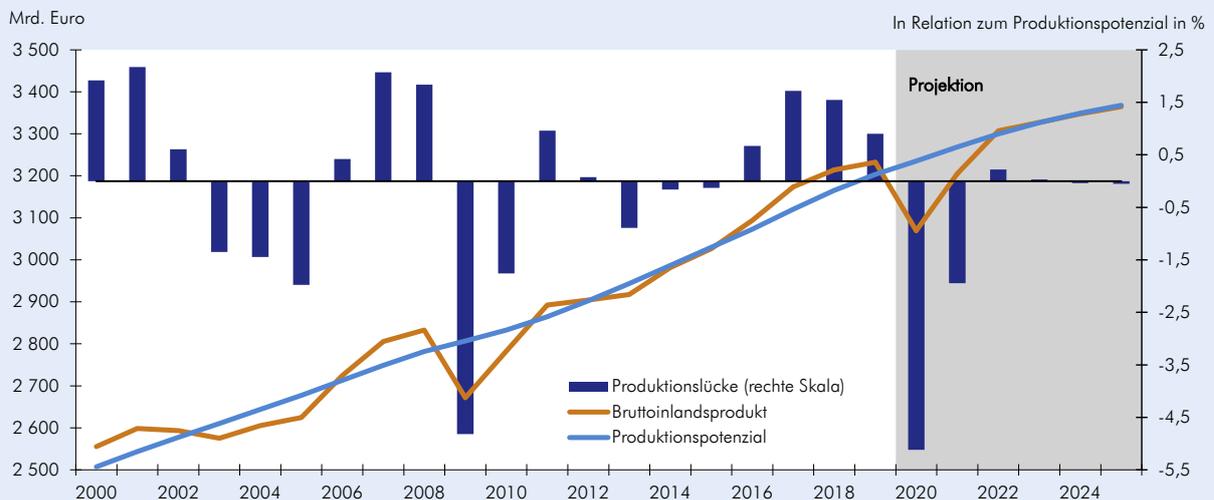
<sup>6</sup> Vgl. *Brautzsch, H. U.; Claudio, J. C.; Drygalla, A.; Exß, F.; Heinisch, K.; Holtemöller, O.; Kämpfe, M.; Lindner, A.; Müller, I.; Schultz, B.; Staffa, R.; Wieschemeyer, M.; Zeddies, G.* Weltwirtschaft wieder etwas kräftiger – aber Deutschland zunächst weiter im Abschwung, in: *Konjunktur aktuell*, Jg. 7 (4), 2019, 86 f. Zusätzlich zu der veränderten Bevölkerungsvorausberechnung tragen die neue Kurzfristprojektion, und damit verbundene Aktualisierungen der trendmäßigen Fortschreibung der das Produktionspotenzial bestimmenden Faktoren, zur Revision bei.

<sup>7</sup> Zum aktuellen und erwarteten Insolvenzgeschehen vgl. *Holtemöller, O.*: Unternehmensinsolvenzen in Deutschland im Zuge der Corona-Krise, in: *IWH, Wirtschaft im Wandel*, Jg. 27 (1), 2021.

<sup>8</sup> Vgl. *Benigno, G.; Fornaro, L.*: Stagnation Traps, in: *The Review of Economic Studies*, Vol. 85 (3), 2018, 1425–1470.

jedoch auch Argumente, die einen positiven Beitrag der Corona-Pandemie zum Potenzialwachstum nahelegen. Zum einen könnte der durch die Pandemie erzwungene kurzfristige Digitalisierungsschub in einigen Unternehmen zu einem mittelfristigen Anstieg der TFP führen. Ebenso ist ein Anstieg der TFP möglich, wenn, wie in früheren Rezessionen häufig zu beobachten war, Firmen mit relativ schwacher Produktivität vom Markt verdrängt werden.<sup>9</sup>

**Abbildung 1**  
Produktionslücke



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Basierend auf der Potenzialschätzung und den im Kasten genannten Rahmenbedingungen wird die deutsche Wirtschaft bis zum Ende des Projektionszeitraums um durchschnittlich  $\frac{1}{2}\%$  expandieren. Den größten Beitrag zur konjunkturellen Entwicklung liefert weiterhin die Inlandsnachfrage, insbesondere der private Konsum sowie die Ausstattungsinvestitionen (vgl. Tabellen A1 und A2 im Anhang). Die derzeit leicht negative Produktionslücke dürfte sich mittelfristig wieder schließen (vgl. Abbildung 1). Aufgrund der Unterauslastung bleibt der Druck auf die Verbraucherpreise trotz der sehr expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) in der mittleren Frist mäßig. Das nominale Bruttoinlandsprodukt wird demnach um durchschnittlich  $2\frac{1}{2}\%$  zunehmen. Die nominale Zuwachsrate liegt demnach 1 Prozentpunkt unter der vom Zeitraum 2013 bis 2019. Dies führt dazu, dass die Staatseinnahmen ebenfalls langsamer expandieren als in den vergangenen Jahren.

### Projektion der öffentlichen Finanzen: Basisszenario

Im Jahr 2020 beläuft sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo angesichts der pandemiebedingten Mehrausgaben auf  $-4,8\%$  in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Im Jahr 2021 dürfte das Defizit gemäß IWH-Dezemberprognose 2020 aufgrund der anhaltenden Pandemie nur leicht auf  $4,3\%$  zurückgehen.<sup>10</sup> In den Folgejahren führen die langsamer expandierenden Staatseinnahmen zusammen mit den schon vor der Corona-Pandemie angelegten Ausweitungen der Sozialausgaben zu laufenden Defiziten im Staatshaushalt. Mit dem unterstellten Auslaufen der finanzpolitischen Maßnahmen zur Abfederung der Corona-Rezession verringert sich das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit im Jahr 2022 auf

<sup>9</sup> Vgl. Bodnár, K.; Le Roux, J.; Lopez-Garcia, P.; Szörfi, B.: The Impact of COVID-19 on Potential Output in the Euro Area, in: ECB Economic Bulletin, 2020.

<sup>10</sup> Vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zufolge belief sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo im Jahr 2020 auf  $-158$  Mrd. Euro bzw.  $-4,8\%$  in Relation zum Bruttoinlandsprodukt und ist damit um gut 10 Mrd. Euro höher als vom IWH im Dezember 2020 prognostiziert. Damit würde sich die Ausgangssituation im Jahr 2020 etwas günstiger darstellen als erwartet. Der Finanzierungssaldo des Jahres 2020 wurde in der Dezember-Prognose des IWH in erster Linie deshalb unterschätzt, weil staatliche Subventionen nicht im erwarteten Umfang abgeflossen sind. Vor diesem Hintergrund wird an dem auf Basis der IWH-Dezember Prognose 2020 geschätzten Finanzierungssaldo festgehalten, weil davon auszugehen ist, dass im Jahr 2021 aufgrund des neuerlichen Lockdowns mehr Subventionen fließen als in der Dezember-Prognose des IWH angenommen.

knapp 2% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.<sup>11</sup> Bei einer dann nahezu geschlossenen Produktionslücke entspricht dieser Wert in etwa dem strukturellen Finanzierungssaldo. Gemäß den europäischen Fiskalregeln soll das gesamtstaatliche strukturelle Haushaltsdefizit der Mitgliedstaaten die Obergrenze von maximal 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt nicht überschreiten, wengleich diese Regelung auch für das Jahr 2021 nochmals ausgesetzt wurde.<sup>12</sup> In der mittleren Frist dürften sowohl die europäischen Fiskalregeln als auch die nationale Schuldenbremse jedoch wieder greifen.

**Tabelle 1**

### Makroökonomische Kenngrößen, gesamtstaatliche Einnahmen, Ausgaben, Finanzierungssalden und Schuldenstand im Basisszenario (S0)

In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Reales Bruttoinlandsprodukt <sup>a</sup>	0,6	-5,0	4,4	3,2	0,6	0,6	0,5
Produktionslücke <sup>b</sup>	0,9	-5,3	-2,0	0,2	0,0	0,0	0,0
Deflator des Bruttoinlandsprodukts <sup>a</sup>	2,2	1,8	1,8	1,9	1,7	1,6	1,6
Nominales Bruttoinlandsprodukt <sup>a</sup>	2,8	-3,3	6,3	5,2	2,3	2,2	2,1
Einnahmequote	46,7	46,5	45,8	45,8	46,0	46,2	46,4
Ausgabequote	45,2	51,5	50,1	47,6	47,6	47,8	48,2
Finanzierungssaldo	1,5	-5,1	-4,3	-1,8	-1,6	-1,6	-1,8
Struktureller Finanzierungssaldo	1,1	0,8	-1,0	-1,9	-1,6	-1,6	-1,7
Schuldenstandsquote	59,6	69,4	70,6	68,2	67,5	67,3	67,4
Bereinigte <sup>c</sup> Schuldenstandsquote	59,6	66,2	66,3	64,5	64,2	64,4	64,8

<sup>a</sup> Veränderungsrate gegenüber Vorjahr, <sup>b</sup> in Relation zum Produktionspotenzial in %, <sup>c</sup> Ohne Berücksichtigung der im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie ausgereichten staatlichen Kredite, erworbenen Beteiligungen und gewährten Bürgschaften.

Quellen: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IWH.

Der Projektion der öffentlichen Finanzen liegt die Mittelfristprojektion des IWH für die Jahre 2023 bis 2025 zugrunde. Im Basisszenario „Status Quo“ (S0) ist unterstellt, dass die derzeit beschlossenen finanzpolitischen Maßnahmen umgesetzt, aber keine weiteren verabschiedet werden. Zudem wird unterstellt, dass die Beitragssätze zu den Sozialversicherungen ab dem Jahr 2023 nicht weiter steigen und die Sozialversicherungen höhere Steuerzuschüsse erhalten, um die nach aktuellem Rechtsstand zu erwartenden Ausgaben zu decken. In diesem Basisszenario liegt der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo im Jahr 2025 bei -1,8% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Die Einnahmequote, die aufgrund deutlicher Steuererleichterungen im Jahr 2021 zunächst zurückgeht, läge infolge überproportional zunehmender öffentlicher Einnahmen durch die kalte Progression im Jahr 2025 wieder auf dem Niveau des Jahres 2020 (vgl. Tabelle 1).<sup>13</sup> Auch die gesamtstaatliche Ausgabequote würde mit dem unterstellten Auslaufen der Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie im Jahr 2022 zunächst deutlich zurückgehen, ab dem Jahr 2024 jedoch wieder steigen. Bemerkbar macht sich dabei in der mittleren Frist zunehmend der demografische Wandel, in dessen Folge sich der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts mehr und mehr abschwächt und die Steuer- und Beitragseinnahmen des Staates langsamer, die Ausgaben des Staates langsamer, insbesondere die monetären Sozialleistungen und die sozialen Sachleistungen, aber beschleunigt zunehmen.

<sup>11</sup> Vgl. Brautzsch, H. U.; Claudio, J. C.; Drygalla, A.; Exß, F.; Heinisch, K.; Holtemöller, O.; Kämpfe, M.; Lindner, A.; Müller, I.; Schultz, B.; Staffa, R.; Wieschemeyer, M.; Zeddies, G.: Neue Pandemiewelle verzögert konjunkturelle Erholung in Deutschland, a. a. O.

<sup>12</sup> Sofern die Schuldenstandsquote eines Mitgliedstaates den Wert von 60% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt erheblich unterschreitet und die Risiken für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen gering sind, darf sich das strukturelle Defizit auf maximal 1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt belaufen. Gemäß der hier vorgelegten Mittelfristprojektion der öffentlichen Finanzen liegt die Schuldenstandsquote jedoch auch am Ende des Projektionszeitraums noch bei deutlich über 60% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. In diesem Fall kann gemäß Stabilitäts- und Wachstumspakt ein Defizitverfahren ausgelöst werden, sofern die Referenzwertüberschreitung in den vergangenen drei Jahren nicht um 1/20 pro Jahr reduziert wurde oder keine Reduktion in dieser Höhe für das letzte Jahr mit verfügbaren Daten vorlag und für die beiden Folgejahre von der EU-Kommission prognostiziert wird, vgl. Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion vom 2. März 2012, [https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/2013-04-19-fiskalvertrag-deutsche-fassung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/2013-04-19-fiskalvertrag-deutsche-fassung.pdf?__blob=publicationFile&v=3).

<sup>13</sup> Dies gilt unter der Annahme, dass die Steuern nicht erhöht werden. Mit Blick auf den Abbau der kalten Progression sind für das Jahr 2024 bei der Lohnsteuer lediglich Entlastungen im Umfang von 0,8 Mrd. Euro im Jahr 2024 und weitere 0,4 Mrd. Euro im Jahr 2025 unterstellt.

Die Schuldenstandsquote dürfte, nach einem Anstieg bis zum Jahr 2021, in den Folgejahren zunächst wieder zurückgehen und sich dann stabilisieren. Die Projektion der Schuldenstandsquote ist allerdings mit großen Unsicherheiten behaftet, weil dabei staatliche Corona-Maßnahmen zu berücksichtigen sind, die nicht unmittelbar in den Finanzierungssaldo des Staates, aber in den Schuldenstand einfließen. Zu nennen sind hier die ausgereichten Kredite, die staatlichen Unternehmensbeteiligungen sowie öffentliche Bürgschaften und Garantien. Ausgereichte Kredite und Beteiligungen erhöhen zunächst die (Brutto-)Schuldenstandsquote; sobald sie zurückgezahlt bzw. aufgelöst werden, entfallen sie jedoch wieder aus dem (Brutto-)Schuldenstand der öffentlichen Hand. Bürgschaften gehen nur in den Schuldenstand ein, wenn sie tatsächlich gezogen werden. Die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie ausgereichten Kredite und Unternehmensbeteiligungen erhöhen also kurzfristig den (Brutto-)Schuldenstand, in den Folgejahren sollten sie ihn aber wieder reduzieren. Aufgrund der großen Unwägbarkeiten bezüglich möglicher Kreditausfälle, möglicherweise entstehender Verluste bei der Auflösung staatlicher Beteiligungen und bezüglich der Fälligkeit von Bürgschaften und Garantien ist in Tabelle 1 zusätzlich eine um die im Zusammenhang mit der Corona-Krise ausgereichten Kredite und staatlichen Beteiligungen bereinigte Schuldenstandsquote dargestellt, die die Grundtendenz des Schuldenstandes besser widerspiegelt. Auch diese nimmt bis zum Jahr 2021 zu, bildet sich aber im Jahr 2022 wieder zurück. Dieser Rückgang ergibt sich aus der Kombination eines dann wieder geringeren gesamtstaatlichen Defizits mit einem recht kräftig zunehmenden nominalen Bruttoinlandsprodukt. Ab dem Jahr 2023 nähme die bereinigte Schuldenstandsquote aufgrund der erwarteten Budgetdefizite jedoch kontinuierlich zu. Gemäß der vorliegenden Projektion würden sowohl die Schuldenstandsquote als auch das strukturelle Finanzierungsdefizit in der mittleren Frist die Referenzwerte der europäischen Fiskalregeln überschreiten.

## Konsolidierungsoptionen und deren makroökonomische Auswirkungen

### Konsolidierungsoptionen

Wenn das strukturelle Defizit bis zum Jahr 2025 wieder auf den in den europäischen Fiskalregeln vorgegebenen Referenzwert von 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zurückgeführt werden soll, sind Konsolidierungsmaßnahmen erforderlich. Im Folgenden werden drei Konsolidierungsszenarien untersucht: Ein Szenario, in dem die Konsolidierung allein über einnahmeseitige Maßnahmen erfolgt („Einnahmeseitige Konsolidierung“, S1), ein Szenario, in dem ausschließlich ausgabeseitige Maßnahmen ergriffen werden („Ausgabeseitige Konsolidierung“, S2) und ein Szenario, in dem die Konsolidierung durch eine Kombination aus einnahme- und ausgabeseitigen Maßnahmen erfolgt („Gemischte Konsolidierung“, S3).

**Tabelle 2**

### Unterstellte Entwicklung der Beitragssätze zu den Sozialversicherungen

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
<b>Status Quo (S0), Ausgabeseitige Konsolidierung (S2)</b>						
Gesetzliche Rentenversicherung	18,6	18,6	18,6	18,6	18,6	18,6
Soziale Pflegeversicherung	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05
Arbeitslosenversicherung	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4
Gesetzliche Krankenversicherung	14,6	14,6	14,6	14,6	14,6	14,6
Zusatzbeitrag zur GKV	1,0	1,2	2,3	2,3	2,3	2,3
<b>Summe</b>	<b>39,65</b>	<b>39,85</b>	<b>40,95</b>	<b>40,95</b>	<b>40,95</b>	<b>40,95</b>
<b>Einnahmeseitige Konsolidierung (S1), Gemischte Konsolidierung (S3)</b>						
Gesetzliche Rentenversicherung	18,6	18,6	18,6	19,6	20,0	20,0
Soziale Pflegeversicherung	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05
Arbeitslosenversicherung	2,4	2,4	2,4	2,6	2,6	2,6
Gesetzliche Krankenversicherung	14,6	14,6	14,6	14,6	14,6	14,6
Zusatzbeitrag zur GKV	1,0	1,2	2,3	2,4	2,5	2,6
<b>Summe</b>	<b>39,65</b>	<b>39,85</b>	<b>40,95</b>	<b>42,25</b>	<b>42,75</b>	<b>42,85</b>

Quellen: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IWH.

In dem einnahmeseitigen Konsolidierungsszenario (S1) wird unterstellt, dass der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung bis zum Jahr 2025 von derzeit 18,6 auf 20%<sup>14</sup>, der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung von ungefähr 1% im Jahr 2020 auf 2,6% im Jahr 2025, und der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von 2,4 auf 2,6% steigt (vgl. Tabelle 2). Außerdem wird ab dem Jahr 2023 von einer schrittweisen Anhebung der Einkommensteuersätze gleichmäßig über alle Einkommensklassen ausgegangen. Daraus resultierten im Jahr 2025 Steuerermehreinnahmen von ungefähr 9 Mrd. Euro. Im ausgabeseitigen Konsolidierungsszenario (S2) bleiben die Beitragssätze in der mittleren Frist konstant, und die öffentlichen Investitionen werden von 2,8% im Jahr 2020 auf 2,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 gekürzt. Zusätzlich nehmen die monetären Sozialleistungen langsamer zu als im Basisszenario. In dem gemischten Konsolidierungsszenario S3 wird auf der Einnahmeseite wie in S1 eine Erhöhung der Beitragssätze zu den Sozialversicherungen nach dem Jahr 2022 unterstellt. Die deutliche Erhöhung der Beitragssätze zu den Sozialversicherungen würde nicht ausreichen, das strukturelle Haushaltsdefizit bis zum Jahr 2025 auf  $-0,5\%$  in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zurückzuführen. Deshalb wird in dem gemischten Szenario (S3) genauso wie im ausgabenseitigen Szenario (S2) eine Kürzung der öffentlichen Investitionen unterstellt.

### Makroökonomische Simulationen

Die makroökonomischen Auswirkungen der unterschiedlichen Konsolidierungsoptionen werden mit dem finanzpolitischen Simulationsmodell des IWH geschätzt.<sup>15</sup> Es handelt sich dabei um ein neu-keynesianisches Standardmodell, welches in Bezug auf die Modellierung des öffentlichen Sektors einen hohen Detailgrad aufweist. So sind jeweils drei Ausgabe- und Einnahmevariablen erfasst. Diese umfassen staatliche Konsum- und Investitionsausgaben, Transferzahlungen sowie effektive Steuersätze auf Konsumausgaben, Lohneinkommen und Kapitalerträge. Neben verschiedenen Friktionen auf Faktor- und Gütermärkten, die eine wesentliche Eigenschaft dieses Modelltyps darstellen, wird insbesondere unterstellt, dass einigen Haushalten der Zugang zum Kapitalmarkt verwehrt bleibt und sie somit weder Ersparnisse bilden noch Kredite aufnehmen können. Somit wird deren gesamtes verfügbares Einkommen stets für den Konsum genutzt. Diese Modelleigenschaft ist für die Wirkung finanzpolitischer Maßnahmen, die die verfügbaren realen Einkommen betreffen, von Bedeutung.

Der Simulation liegen für die öffentlichen Einnahme- und Ausgabevariablen Verläufe zugrunde, die sich aus den zuvor beschriebenen Konsolidierungsszenarien ergeben. Diese werden in jedem der drei betrachteten Szenarien als Abweichungen von ihren jeweiligen Basisprojektionen modelliert. Es wird dabei unterstellt, dass den Wirtschaftsakteuren diese Verläufe bekannt sind und sie somit die zukünftige Dynamik öffentlicher Variablen in ihrem Optimierungskalkül bereits heute berücksichtigen. Dies hat zur Folge, dass zukünftige Maßnahmen über die Erwartungsbildung bereits heute makroökonomische Effekt zur Folge haben können.

In allen drei Konsolidierungsszenarien liegt das Bruttoinlandsprodukt unter dem des Basisszenarios (vgl. Tabelle 3). Dieser Effekt ist im einnahmeseitigen Konsolidierungsszenario am größten, einerseits, weil die optimierenden privaten Haushalte in Erwartung einer höheren Steuerlast zusätzliche Ersparnisse bilden, und andererseits, weil die höhere Abgabenlast deren Arbeitsangebot verringert. Das verfügbare Einkommen kreditbeschränkter Haushalte wird sowohl durch höhere Steuern als auch durch niedrigere Transferzahlungen belastet. Zwar sinken diese im Szenario einer ausgabeseitigen Konsolidierung wesentlich stärker, und auch die öffentlichen Investitionen werden im Jahr 2025 deutlich zurückgefahren. Die damit verbundenen Auswirkungen auf die Höhe des produktiven öffentlichen Kapitalstocks werden jedoch zum Teil durch die zusätzlichen Investitionen in den beiden Jahren zuvor kompensiert. Zusätzlich wird der Effekt auch durch eine höhere Auslastung des privaten Kapitalstocks reduziert. Auch ist die Bedeutung des öffentlichen Kapitals im Produktionsprozess deutlich geringer. Schließlich hat die Höhe öffentlicher Ausgaben im Gegensatz zur Höhe der Steuersätze keine direkten Auswirkungen auf das Optimierungskalkül der Haus-

<sup>14</sup> Dabei ist unterstellt, dass die Steuerzuschüsse an die gesetzliche Rentenversicherung im Jahr 2025 über das gesetzlich vorgehene Maß hinaus angehoben werden, um den Beitragssatz, wie im Koalitionsvertrag vom Februar 2018 vereinbart, bei 20% zu stabilisieren (vgl. *Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung 2020*, 39).

<sup>15</sup> Vgl. *Drygalla, A.; Holtemöller, O.; Kiesel, K.: The Effects of Fiscal Policy in an Estimated DSGE Model – The Case of the German Stimulus Packages During the Great Recession*, in: *Macroeconomic Dynamics*, Jg. 24 (6), 2020, 1315–1345.

halte. In der Folge bleiben negative Effekte auf die Produktion insbesondere aufgrund von Anpassungen des Arbeitsangebots aus. Im gemischten Szenario (S3) entsprechen die Effekte in etwa dem Durchschnitt der anderen beiden Szenarien.

**Tabelle 3**

Makroökonomische Kenngrößen, gesamtstaatliche Einnahmen, Ausgaben, Finanzierungssalden und Schuldenstand

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
<b>Einnahmeseitige Konsolidierung (S1)</b>							
	Abweichung vom Basisszenario in Prozentpunkten						
Reales Bruttoinlandsprodukt <sup>a</sup>	–	–	0,1	–0,2	–0,2	–0,4	–0,4
Produktionslücke <sup>b</sup>	–	–	0,1	–0,1	–0,5	–0,7	–0,8
Deflator des Bruttoinlandsprodukts <sup>a</sup>	–	–	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Nominales Bruttoinlandsprodukt <sup>a</sup>	–	–	0,2	–0,3	–0,1	–0,5	–0,2
	In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %						
Einnahmequote	46,7	46,5	45,8	45,8	46,5	47,0	47,4
Ausgabequote	45,2	51,5	50,1	47,6	47,8	48,1	48,4
Finanzierungssaldo	1,5	–5,1	–4,3	–1,8	–1,3	–1,1	–1,0
Struktureller Finanzierungssaldo	1,1	0,8	–1,0	–1,9	–1,1	–0,8	–0,5
Schuldenstandsquote	59,6	69,4	70,6	68,2	67,5	66,9	66,2
Bereinigte <sup>c</sup> Schuldenstandsquote	59,6	66,2	66,3	64,5	64,1	63,9	63,6
<b>Ausgabeseitige Konsolidierung (S2)</b>							
	Abweichung vom Basisszenario in Prozentpunkten						
Reales Bruttoinlandsprodukt <sup>a</sup>	–	–	–0,1	0,1	–0,1	0,2	–0,3
Produktionslücke <sup>b</sup>	–	–	–0,1	0,0	0,0	0,0	–0,1
Deflator des Bruttoinlandsprodukts <sup>a</sup>	–	–	–0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Nominales Bruttoinlandsprodukt <sup>a</sup>	–	–	–0,2	0,3	–0,3	0,3	–0,4
	In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %						
Einnahmequote	46,7	46,5	45,8	45,8	46,0	46,2	46,4
Ausgabequote	45,2	51,5	50,1	47,6	47,0	47,0	47,0
Finanzierungssaldo	1,5	–5,1	–4,3	–1,8	–1,1	–0,8	–0,7
Struktureller Finanzierungssaldo	1,1	0,8	–1,0	–1,9	–1,1	–0,8	–0,5
Schuldenstandsquote	59,6	69,4	70,6	68,2	67,0	66,0	65,1
Bereinigte <sup>c</sup> Schuldenstandsquote	59,6	66,2	66,3	64,5	63,7	63,1	62,5
<b>Gemischte Konsolidierung (S3)</b>							
	Abweichung vom Basisszenario in Prozentpunkten						
Reales Bruttoinlandsprodukt <sup>a</sup>	–	–	0,0	–0,1	–0,2	–0,3	–0,4
Produktionslücke <sup>b</sup>	–	–	0,0	–0,1	–0,4	–0,5	–0,7
Deflator des Bruttoinlandsprodukts <sup>a</sup>	–	–	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Nominales Bruttoinlandsprodukt <sup>a</sup>	–	–	0,1	–0,2	–0,1	–0,4	–0,4
	In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %						
Einnahmequote	46,7	46,5	45,8	45,8	46,5	47,0	47,2
Ausgabequote	45,2	51,5	50,1	47,6	47,8	48,1	48,2
Finanzierungssaldo	1,5	–5,1	–4,3	–1,8	–1,3	–1,1	–1,0
Struktureller Finanzierungssaldo	1,1	0,8	–1,0	–1,9	–1,1	–0,8	–0,5
Schuldenstandsquote	59,6	69,4	70,6	68,2	67,4	66,7	66,1
Bereinigte <sup>c</sup> Schuldenstandsquote	59,6	66,2	66,3	64,5	64,1	63,8	63,6

<sup>a</sup> Veränderungsrate gegenüber Vorjahr, <sup>b</sup> in Relation zum Produktionspotenzial in %, <sup>c</sup> Ohne Berücksichtigung der im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie ausgereichten staatlichen Kredite, erworbenen Beteiligungen und gewährten Bürgschaften.

Quellen: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IWH.

In sämtlichen Konsolidierungsszenarien sind die finanzpolitischen Maßnahmen vom Volumen her so ausgestaltet, dass der strukturelle Finanzierungssaldo bis zum Jahr 2025 auf –0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt steigt. Der tatsächliche Finanzierungssaldo liegt in allen Szenarien allerdings darunter, weil die unterstellten Abgabenerhöhungen bzw. Ausgabenkürzungen in sämtlichen Szenarien den Simulationsergebnissen zufolge den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts dämpfen. Deshalb ist die Produktionslücke in den Jahren nach 2022 – anders als im Baseline-Szenario – nicht geschlossen, sondern negativ. Im einnahmeseitigen Konsolidierungsszenario (S1) läge die Schuldenstandsquote im Jahr 2025 bei über 66%, die bereinigte Schuldenstandsquote bei knapp 64%. Dies geht auf die Annahme zurück, dass bis zum Jahr 2025 die im Rahmen der Corona-Maßnahmen ausgereichten staatlichen Kredite noch nicht vollständig zurückgezahlt und noch nicht alle staatlichen Beteiligungen aufgelöst sind. Die Einnahmequote

stiege bis zum Jahr 2025 auf 47,4%, die Ausgabequote auf 48,4%. Die Abgabenquote würde sich in diesem Szenario von 40,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021 auf 42,1% im Jahr 2025 erhöhen.<sup>16</sup>

Im ausgabeseitigen Konsolidierungsszenario (S2) wird die Schuldenstandsquote bei den hier unterstellten Annahmen zu Kredittilgungen und staatlichen Beteiligungen bis zum Jahr 2025 bis auf 65% zurückgeführt, die bereinigte Schuldenstandsquote sogar auf 62½%. Dies geht im Wesentlichen darauf zurück, dass eine ausgabeseitige Konsolidierung den Zuwachs des nominalen Bruttoinlandsprodukts in dem hier betrachteten Projektionszeitraum weniger dämpfen würde als eine einnahmeseitige Konsolidierung. In diesem Fall läge die Einnahmequote im Jahr 2025 in etwa auf demselben Wert wie im Jahr 2020, die Ausgabequote wäre in der mittleren Frist jedoch bei ungefähr 47% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt konstant.

Im gemischten Szenario (S3) wäre der negative Einfluss der unterstellten finanzpolitischen Maßnahmen auf das Bruttoinlandsprodukt ähnlich wie in Szenario S1, so dass hier auch die Schuldenstandsquoten auf einem ähnlichen Niveau liegen. Die gesamtstaatliche Einnahmequote würde dann von 46,5% im Jahr 2020 auf über 47% im Jahr 2025 ansteigen. Die Ausgabequote ginge von 51,5% im Jahr 2020 auf 48,2% im Jahr 2025 zurück.

### Sollte eine höhere strukturelle Neuverschuldung zugelassen werden?

Die Simulationen machen deutlich, wie schwer es fallen wird, den Europäischen Fiskalpakt wieder zu erfüllen, der das strukturelle Staatsdefizit auf maximal 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt begrenzt. Die deutsche Schuldenbremse erlaubt sogar nur ein Defizit von 0,35%. Bereits seit einiger Zeit wird diskutiert, ob sie gelockert werden sollte. Im Folgenden werden die Vor- und Nachteile diskutiert, die mit einer Abkehr von den Schuldenregeln und mit einer steigenden Staatsverschuldung einhergehen.<sup>17</sup> Die Diskussion bezieht sich lediglich auf die strukturelle – also konjunkturunabhängige – Neuverschuldung. Dass rein konjunkturelle Defizite sinnvoll sind, um prozyklische Finanzpolitik zu vermeiden, steht außer Frage.

Auf den ersten Blick scheint die Vorstellung naheliegend, dass ein hoher öffentlicher Schuldenstand eine Belastung für zukünftige Generationen darstellt; schließlich resultieren aus den Schulden grundsätzlich Zins- und Tilgungsverpflichtungen für die Zukunft, auch wenn die Renditen für deutsche Staatstitel gegenwärtig negativ sind. Eine gesamtwirtschaftliche Beurteilung hat aber auch an die Gläubiger zu denken. Wenn die Staatsschuldtitel vom Ausland erworben werden, müssen in Zukunft von Inländern gezahlte Steuern für den Schuldendienst an die ausländischen Kapitalgeber verwendet werden. Bleiben die Schuldtitel dagegen im Land, sind sowohl die Empfänger des zukünftigen Schuldendienstes als auch die Träger der für den Schuldendienst erforderlichen Steuerlast Inländer. Entsprechend kann dann nicht mehr einfach davon gesprochen werden, dass eine Erhöhung der Staatsschulden in der betroffenen Volkswirtschaft künftige Generationen belastet. Die Schulden des deutschen Staats werden gegenwärtig zu knapp der Hälfte im Ausland gehalten.<sup>18</sup> Deutschland verfügt allerdings über ein beträchtliches Nettoauslandsvermögen (im Umfang von reichlich 70% relativ zum Bruttoinlandsprodukt Ende 2019), so dass zumindest in der kurzen bis mittleren Frist eine zusätzliche Auslandsverschuldung des Staates per Saldo nicht zu einer Netto-Verschuldung Deutschlands gegenüber dem Ausland führen würde.

Aber selbst in dem Fall, dass alle Kapitalgeber Inländer sind, kann von einer Belastung künftiger Generationen durch die Aufnahme von Staatsschulden gesprochen werden. Zum einen wird ihnen nämlich ein Verteilungskonflikt aufgebürdet, weil nicht alle Haushalte Staatsschuldtitel erben werden, sich aber alle Steuerzahler, etwa auch Bezieher relativ niedriger Arbeitseinkommen, an der Finanzierung des Schuldendienstes werden beteiligen müssen.<sup>19</sup> Zum ande-

<sup>16</sup> Die Einnahmequote bezeichnet die gesamtstaatlichen Einnahmen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, die Ausgabequote die Summe aus Steuer- und Beitragseinnahmen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

<sup>17</sup> Vgl. zum folgenden etwa *Holtfrerich, C.-L.; Feld, L. P.; Heun, W.; Illing, G.; Kirchgässner, G.; Kocka, J.; Schularick, M.; Streeck, W.; Wagschal, U.; Walter, S.; von Weizsäcker C. C.*: Government Debt: Causes, Effects and Limits, 2015 und *Blanchard, O.*: Public Debt and Low Interest Rates, in: *American Economic Review*, Vol. 109, 2019, 1197–1229.

<sup>18</sup> Laut Zeitreihen-Datenbank der Deutschen Bundesbank, Stand 3. Quartal 2020.

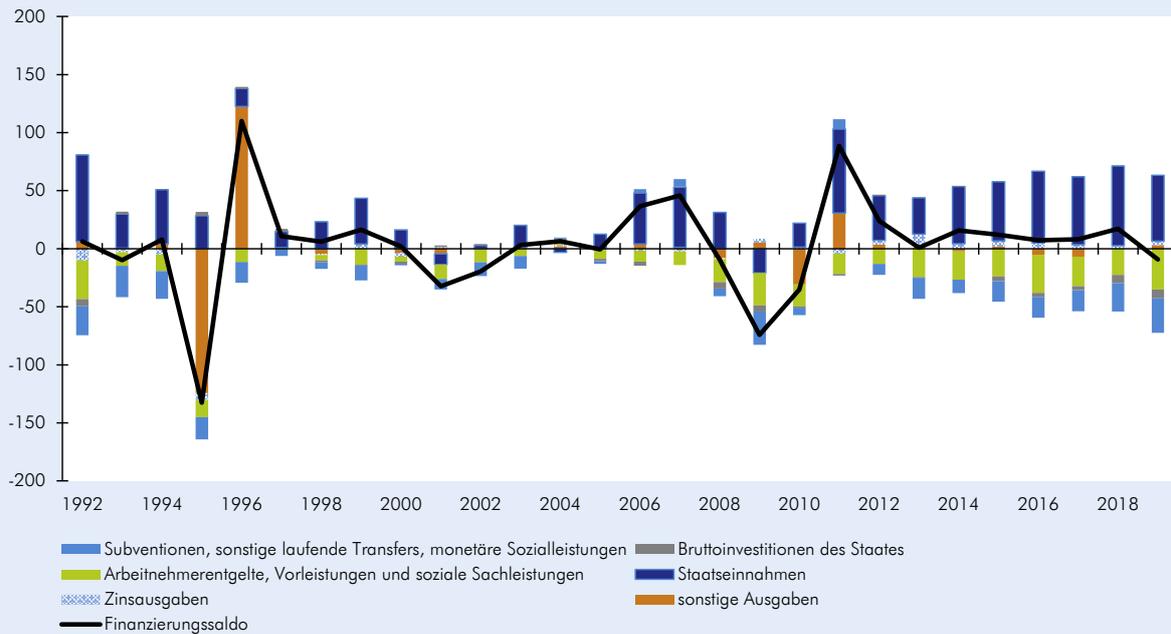
<sup>19</sup> Darauf haben kürzlich Christian Bayer und Philip Jung hingewiesen. Vgl. *Bayer, C.; Jung, P.*: „Wer kommt für die Rekordschulden auf?“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23.12.2020.

ren kann die Neuverschuldung die Kapitalbildung behindern, etwa weil Staatsausgaben private Investitionen verdrängen und selbst konsumtiv verwendet werden.<sup>20</sup> So sind die erheblichen finanzpolitischen Spielräume der vergangenen Jahre überwiegend für die Ausweitung der konsumtiven Ausgaben genutzt worden (vgl. Abbildung 2). Auch könnten schuldenfinanzierte öffentliche Investitionen weniger ertragreich sein als verdrängte private Investitionen. In beiden Fällen werden zukünftige Generationen schlechter gestellt, weil die Kapitalausstattung der Volkswirtschaft geringer sein wird als ohne öffentliche Schuldenaufnahme. Andererseits könnte die realwirtschaftliche Rendite der öffentlichen Investitionen natürlich auch größer sein als diejenige der privaten, und in diesem Fall würden zukünftige Generationen von der Verschuldung wohl profitieren.

Abbildung 2

## Beiträge zur Veränderung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos

Veränderung gegenüber Vorjahr in Mrd. Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Auf welche Weise könnte öffentliche Verschuldung private Investitionen verdrängen? Hier kommt es auf Bewegungen von Kapitalrenditen und Güterpreisen an. Nur in einem Grenzfall werden diese nicht tangiert, dann nämlich, wenn die privaten Haushalte bereit sind, die vom Staat platzierten Schuldtitel zum gegebenen Zinssatz vollständig anzukaufen und entsprechend ihre sonstigen Ausgaben zu reduzieren. Das ist der Fall, wenn die Bürger für die Zukunft mit höheren Steuerzahlungen rechnen, welche der höhere Schuldendienst erzwingen werde, und deshalb mehr sparen.<sup>21</sup> Aufgrund solcher Überlegungen dürfte aber höchstens ein Teil des zusätzlichen Angebots an Staatsschuldtiteln nachgefragt werden, schon weil viele Menschen ihr laufendes Einkommen vollständig für die Deckung ihrer gegenwärtigen Lebenshaltungskosten benötigen oder wegen fortgeschrittenen Alters gar nicht so weit in die Zukunft schauen.

Im Allgemeinen werden also private Haushalte und Unternehmen ihre Güternachfrage nicht im gleichen Maße einschränken, wie der Staat die seine mithilfe von Neuverschuldung ausweitet. Falls keine freien Produktionskapazitäten vorhanden sind, steigen dann die Preise, und in der Folge sinkt die private Nachfrage, insbesondere aus dem Ausland. Über den Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit dürfte sich die Leistungsbilanz und damit nach und nach die

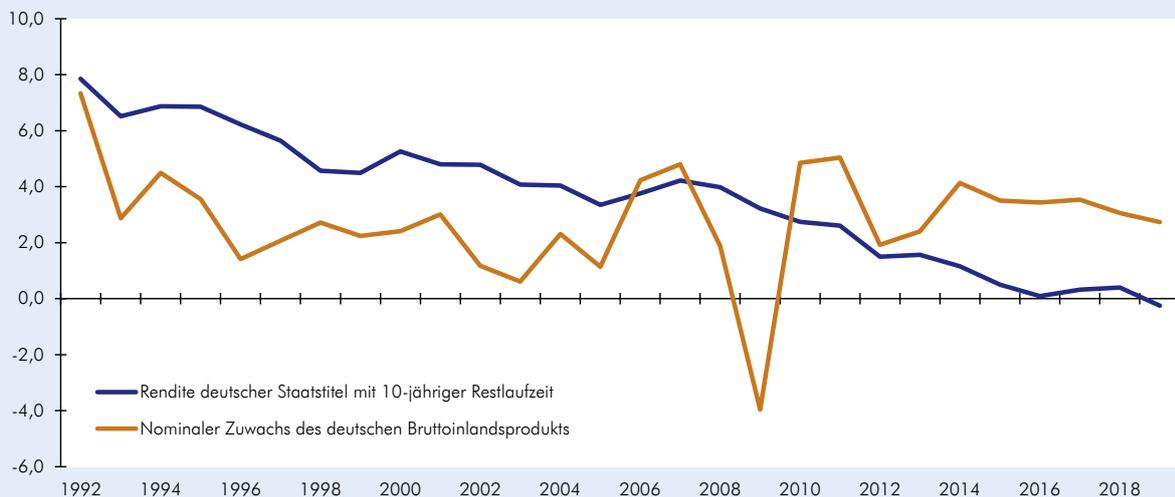
<sup>20</sup> Vgl. zu den öffentlichen Investitionen in Deutschland und zu den Rahmenbedingungen für private Investitionen *Holtemöller, O., Kiesel, K., Lindner, A., Schmalzbauer, A., Zeddies, G.: Zur Wirtschaftspolitik: Investitionen fördern – aber nicht allein mit mehr öffentlichen Mitteln!*, Konjunktur aktuell, 3 (1), 2015, 49–61.

<sup>21</sup> Dass die Steuerbelastung in Zukunft zunimmt, ist allein schon deshalb zu erwarten, weil angesichts der Beschlüsse der Rentenkommission aufgrund der Alterung der Bevölkerung mit steigenden Zuschüssen des Bundes an die gesetzliche Rentenversicherung zu rechnen ist. Vgl. *Holtemöller, O.; Schult, C.; Zeddies, G.: Zu den rentenpolitischen Plänen im Koalitionsvertrag 2018 von CDU, CSU und SPD: Konsequenzen, Finanzierungsoptionen und Reformbedarf*, in: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, 67 (3), 2018, 247–265.

Vermögensposition der Volkswirtschaft gegenüber dem Ausland verschlechtern. Ein zweiter negativer Effekt auf das gesamtwirtschaftliche Vermögen läuft über die Kapitalrendite: Zusätzliche staatliche Schuldtitel dürften im Allgemeinen nur vollständig platziert werden können, wenn deren Rendite steigt. Investitionen in den privatwirtschaftlichen Kapitalstock verlieren dadurch an Attraktivität und werden durch Staatsausgaben verdrängt (*crowding out*). Allerdings ist ein dadurch ausgelöster Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Kapitalbildung umso weniger schädlich, je niedriger die Kapitalrendite der unterbliebenen Projekte gewesen wäre. Läge sie im langjährigen Mittel unter der Wachstumsrate der Volkswirtschaft, wäre es sogar effizient, die Realkapitalbildung, etwa über eine Ausdehnung der Staatsverschuldung und eine konsumtive Mittelverwendung, zu bremsen.<sup>22</sup> In einer Welt ohne Unsicherheit wäre die Rendite zusätzlicher Investitionsprojekte gleich der von Staatspapieren, und diese ist in den vergangenen Jahren in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften tatsächlich niedriger gewesen als die durchschnittliche Wachstumsrate. Wäre sie das auf Dauer, müsste eine einmal aufgenommene Staatsschuld niemals mit künftigen Steuergeldern bedient werden. Denn auch wenn alle anfallenden Zinszahlungen über Neuverschuldung finanziert werden, wächst die Einnahmenquelle des Staates, nämlich die gesamtwirtschaftliche Produktion, schneller als die öffentliche Schuld, und der Staat bleibt auch auf Dauer zahlungsfähig. Eine solche Welt ist aber wohl zu schön, um wahr zu sein. Im wiedervereinigten Deutschland liegt die Rendite für Staatstitel jedenfalls erst seit dem Jahr 2010 unter der Wachstumsrate der Produktion (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3

Renditen deutscher Staatstitel und nominaler Produktionszuwachs in Deutschland



Quellen: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

Zudem ist zu berücksichtigen, dass realwirtschaftliche Projekte unsicher sind. Sie werden deshalb von den typischerweise risikoscheuen Investoren nur finanziert, wenn ihre erwartete Renditen deutlich höher sind als die der nahezu sicheren Staatstitel und auch als die trendmäßige nominale Wachstumsrate der Produktion, die in Deutschland gegenwärtig bei etwa 2½% liegt.<sup>23</sup> Deshalb ist auch für den Fall, dass die Rendite auf Staatstitel noch lange niedrig bleibt, zu vermuten, dass künftige Generationen schlechter gestellt würden, wenn die private Kapitalbildung aufgrund eines Anstiegs der Staatsverschuldung zurückgehen sollte und der Staat die Mittel für Konsum oder für Investitionsprojekte mit niedrigen Erträgen verwendete. Freilich dürfte es in den nächsten Jahren, auch wenn die Pandemie überstanden

<sup>22</sup> In diesem Fall wirft eine marginale Ausweitung des Kapitalstocks so wenig Rendite ab, dass auch eine vollständige Wiederanlage dieser Rendite nicht einmal ausreichen würde, um den Kapitalstock relativ zur wachsenden gesamtwirtschaftlichen Produktion konstant zu halten. Hier engt also eine Ausweitung der Investitionen die Konsummöglichkeiten sogar ein, eine Verringerung der Investitionen weitet sie aus und wäre deshalb sinnvoll.

<sup>23</sup> Als Indikator für die am Kapitalmarkt geforderten Rendite für realwirtschaftliche Investitionen kommt neben den freilich sehr volatilen durchschnittlichen Aktienrenditen (die für DAX-Unternehmen in den vergangenen 10 Jahren etwa 8% per annum betragen) der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angegebene Nettobetriebsüberschuss (ohne den Wirtschaftszweig Wohnungswesen) relativ zum privaten Bruttoanlagevermögen (ohne Wohnhäuser) in Frage, vgl. *Blanchard, O.*: Public Debt and Low Interest Rates, in: *American Economic Review*, Vol. 109 (4), 2019, 1197–1229. Diese Größe betrug in Deutschland im Jahr 2019 etwa 7%.

ist, eine Vielzahl von öffentlichen Investitionsprojekten geben, die hohe Erträge versprechen: etwa bei der öffentlichen Förderung des Aufbaus eines Breitbandnetzwerks, des Aufbaus von Hilfsmitteln und Fähigkeiten, die für digitale Lehre an Schulen und Universitäten benötigt werden, oder beim Mitwirken des Fiskus an der Energiewende. Auch hat sich in der gegenwärtigen Krise noch gar nicht angedeutet, dass der gestiegene öffentliche Finanzierungsbedarf die Renditen in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wesentlich erhöht. Dagegen stehen die Kaufprogramme der Zentralbanken sowie die Rolle des Staates, zumal des deutschen, als sicherer Hafen für Kapitalanlagen. Zurzeit ist also ein *crowding out* privater Investitionen nicht zu erkennen. Und ein für die nächste Zeit durchaus denkbarer Anstieg der Inflationsraten würde wohl eher den privaten Konsum als die privaten Investitionen treffen. Alles in allem spricht vieles dafür, trotz derzeit steigender Schuldenstände auch nach Überwindung der Pandemiekrise strukturelle Defizite in einem höheren Umfang zuzulassen, als die deutsche Schuldenbremse gegenwärtig zulässt. Auf der anderen Seite stehen politökonomische Gründe, die grundsätzlich für eine Fiskalregel sprechen: Die Interessen zukünftiger Generationen drohen im tagespolitischen Geschäft häufig zu kurz zu kommen, und deshalb hilft der Politik die Selbstbindung mittels einer fiskalpolitischen Regel, welche den Spielraum für Staatsverschuldung begrenzt. Eine solche Regel kann auch kurzfristig nützen, wenn sie nämlich schon jetzt das Vertrauen in die Solvenz des Staates festigt. Diese Aufgabe hat die Schuldenbremse seit ihrer Einführung im Jahr 2009 voll erfüllt, wohl auch deshalb, weil das Gebot eines strukturell ausgeglichenen Haushalts recht transparent ist und deshalb leicht überprüft werden kann, ob sich die Politik tatsächlich daran hält.<sup>24</sup>

## Fazit

Die Rückkehr zur Einhaltung der deutschen Schuldenbremse nach der Corona-Krise wird nur möglich sein, wenn restriktive finanzpolitische Maßnahmen ergriffen werden, die kurzfristig mit negativen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Aktivität einhergehen. Da die deutsche Schuldenbremse ohnehin als tendenziell zu restriktiv gilt, ist mit einer intensiven Debatte darüber zu rechnen, ob sie gelockert werden soll.<sup>25</sup> Der gänzliche Verzicht auf eine öffentliche Schuldenregel ist nicht zu empfehlen, weil Regierungen systematisch einen kürzeren Zeithorizont haben als die Bevölkerung insgesamt. Dies kann dazu führen, dass die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zugunsten eines größeren kurzfristigen Handlungsspielraums außer Acht gerät. Ferner sieht der Europäische Fiskalpakt vor, dass die einzelnen Länder Schuldenregeln definieren. Eine Möglichkeit wäre, die Schuldenregel dahingehend anzupassen, dass zwischen konsumtiven und investiven Staatsausgaben unterschieden wird. Die Begrenzung der jährlichen Neuverschuldung auf die Höhe der Investitionsausgaben ist jedoch sehr problematisch. Zum einen lässt sich in der Praxis oft schwer statistisch abgrenzen, ob eine Ausgabe eine Investition darstellt oder nicht. Zum anderen wären in Deutschland tendenziell nicht mehr Investitionen in Beton, sondern mehr Investitionen in Köpfe erforderlich.<sup>26</sup> Mehrausgaben für mehr Personal zur Verbesserung des Schulunterrichts und der Schulsozialarbeit hätten beispielsweise langfristig eine positive Wirkung auf das Produktionspotenzial, werden aber nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen im Staatskonsum verbucht. Es spricht daher viel dafür, an der pauschalen Begrenzung der strukturellen öffentlichen Neuverschuldung grundsätzlich festzuhalten, diese aber weniger restriktiv zu gestalten und etwa an die Europäische Fiskalregel anzupassen.

---

<sup>24</sup> An der Transparenz mangelte es der alten Fiskalregel des Grundgesetzes, die in den Jahren von 1969 bis 2009 galt. Nach ihr durften die Einnahmen aus Krediten die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten. Ein weiter Interpretationsspielraum bestand bezüglich der Frage, welche Staatsausgaben investiv oder konsumtiv sind. So zählen etwa Personalausgaben im Bildungssektor in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Staatskonsum, obwohl sie getätigt werden, um Humankapital aufzubauen.

<sup>25</sup> Zur Mechanik der deutschen Schuldenbremse vgl. *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Konjunktur deutlich abgekühlt – Politische Risiken hoch. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2019. Halle (Saale)*, 61 f.; und *Holtemöller, O.: Rekordschulden gegen Corona-Folgen sind finanzierbar – schuldenfinanzierte Konsumstimulierung aber nicht zielführend*, in: ifo Schnelldienst, Vol. 73 (8), 2020, 9–13.

<sup>26</sup> Vgl. *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Deutsche Konjunktur stabil – Wachstumspotenziale heben. Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2015. Essen*, 64 f.

## Anhang

Tabelle A1

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Jahr	Bruttoinlandsprodukt <sup>b</sup>	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen			Außenbeitrag
		Private Haushalte	Staat	Insgesamt	Bruttoanlageinvestitionen	Vorratsveränderung	
In Mrd. Euro							
2013	2 811,4	1 533,8	551,9	563,8	559,5	4,3	161,9
2019	3 449,1	1 806,9	704,5	737,7	748,0	-10,3	199,9
2025	3 980	2 085	858	813	871	-58,4	223
Anteile am BIP in % <sup>a</sup>							
2013	100	54,6	19,6	20,1	19,9	0,2	5,8
2019	100	52,4	20,43	21,4	21,7	-0,3	5,8
2025	100	52½	21½	20½	22	-1½	5½
Veränderung insgesamt in %							
2019/2013	22,7	17,8	27,7	30,9	33,7	-	-
2025/2019	15½	15½	21¼	10¼	16½	-	-
jahresdurchschnittliche Veränderung in %							
2019/2013	3,5	2,8	4,2	4,6	5,0	-	-
2025/2019	2½	2½	3¼	1¼	2½	-	-

<sup>a</sup> Differenzen in den aggregierten Werten durch Rundung. <sup>b</sup> Datenstand für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist November 2020.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektion des IWH.

Tabelle A2

Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum

Jahr	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt <sup>b</sup>				
				Preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			In jeweiligen Preisen	Deflator
				Insgesamt	Je Erwerbstätigen	Je Erwerbstätigenstunde		
				Millionen	Stunden	Mrd. Euro	Euro	Mrd. Euro
2013	42 350	37 855	1397	2917	68 884	49,3	2811	96
2019	45 269	41 117	1383	3232	71 401	51,6	3449	107
2025	44 756	41 123	1363	3307	73 894	53	3980	120
Veränderung insgesamt in % <sup>a</sup>								
2019/2013	6,9	8,6	-1,0	10,8	3,7	4,7	22,7	10,7
2025/2019	-1	0	-1½	2¼	3½	3¼	15¼	12¾
jahresdurchschnittliche Veränderung in %								
2019/2013	1,1	1,4	-0,16	1,7	0,6	0,8	3,5	1,7
2025/2019	-¼	0	-¼	½	½	½	2½	2

<sup>a</sup> Differenzen in den aggregierten Werten durch Rundung. <sup>b</sup> Datenstand für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist November 2020.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektion des IWH.



## Impressum

### Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.

Professor Dr. Oliver Holtemöller

Professor Michael Koetter, Ph.D.

Professor Dr. Steffen Müller

### Redaktion:

Stefanie Müller-Dreißigacker, M. A.

Layout und Satz: Franziska Exß, Ingrid Dede

Tel +49 345 7753 720

Fax +49 345 7753 718

E-Mail: [Stefanie.Mueller@iwh-halle.de](mailto:Stefanie.Mueller@iwh-halle.de)

### Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)

Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820

[www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de)

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,  
Beleg erbeten.

Titelbild: © Elena Mozhvilo, [www.unsplash.com](http://www.unsplash.com)

Konjunktur aktuell, 8. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 25. Januar 2021

ISSN 2195-8319